Morgenausgabe

Nr. 275 / A 139 — 46. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,50 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend 15. Juni 1929

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Vereinsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Sofortprogramm gescheitert

Ohne Beitragserhöhung kein Sofortprogramm!

Am Donnerstag war am Schluß der interfraktionellen Verhandlungen über die Erwerbslosenversicherung vereinbart worden, die Beratungen am Freitag nachmittag fortzusetzen. Die Fraktionen der Regierungsparteien sollten vor dieser Sitzung nochmals zur Beitragserhöhung und zur Regelung der Saisonarbeiterunterstützung Stellung nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion billigte die bisherige Haltung der Unterhändler und gab ihnen Vollmacht, die Verhandlungen über das Sofortprogramm unter Einbeziehung der Beitragserhöhung und der Saisonarbeiterunterstützung fortzuführen.

Einen entgegengesetzten Beschluß faßte die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Sie beschloß einmütig eine Beitragserhöhung — wenn auch nur befristet — unter allen Umständen abzulehnen. Aehnlich ist die Haltung der Demokraten. Sie sind so fest von der Richtigkeit ihrer ablehnenden Haltung zur Beitragserhöhung überzeugt, daß sie bereit sind, diesen Standpunkt aufzugeben, wenn es die Deutsche Volkspartei auch tut.

Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Esser (Z.) den Beschluß der Deutschen Volkspartei entgegengenommen hatte, teilte er den übrigen Regierungsparteien mit, daß er infolge der ablehnenden Haltung der Deutschen Volkspartei nunmehr seine Mission als erledigt betrachten müsse. **Die in Aussicht genommene interfraktionelle Sitzung fand infolgedessen nicht mehr statt.**

Das Reichskabinett wird sich jetzt nochmals damit zu beschäftigen haben, auf welchem Wege es die Neuorganisation der Erwerbslosenversicherung vorzunehmen gedenkt. Das Kabinett hatte ursprünglich bei der Beratung seines Sofortprogramms von einer Beschlußfassung Abstand genommen, um den Regierungsparteien Gelegenheit zu geben, eine Verständigung in den Fragen der Beitragserhöhung und der Regelung der Saisonarbeiterunterstützung zu versuchen.

Nachdem diese Verständigung gescheitert ist, dürfte auch das Schicksal des Sofortprogramms besiegelt sein; denn die Sozialdemokratie ist nicht geneigt, ein Gesetz zur Beseitigung der Mißstände in der Arbeitslosenversicherung zu verabschieden, ohne daß der schwerste Mißstand, nämlich die Finanzschwierigkeit der Reichsanstalt gleichzeitig behoben wird.

Die Stellungnahme der Gewerkschaften

Ernste Mahnung des ADGB.

Die „Gewerkschaftszeitung", das Organ des ADGB., schreibt:

„Wer die Versicherung erhalten will, muß wählen zwischen sofortiger Beitragserhöhung oder dem grundsätzlichen Entschluß, Reichsmittel in genügendem Ausmaß zur Verfügung zu stellen, wie es ursprünglich die Forderung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bei Schaffung des Gesetzes gewesen ist, wobei wir uns angesichts der gesamten Situation gewisser Gefahren für die Selbstverwaltung bei Reichszuschüssen durchaus bewußt sind.

Wer keins von beiden wählt, muß sich darüber klar sein, daß er die Versicherung in ihren Grundlagen gefährdet, wenn nicht gar zerstört.

Ueber den Diskussionen in der Presse und an allen Biertischen möge niemand übersehen, daß auch die Augen der gesamten Arbeiterschaft in diesem Augenblick auf den Reichstag gerichtet sind. Jahrzehntelang hat die Arbeiterschaft für diese Versicherung geworben und gekämpft; sie weiß ihren Wert zu schätzen. Es gilt nicht, der Beseitigung von Mißständen aus dem Wege zu gehen, es gilt, die Versicherung zu erhalten. So sehen wir, so sieht auch die Arbeiterschaft die Lage."

Christliche Gewerkschaften gegen Volkspartei.

Das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche" äußerte sich über die Haltung der Deutschen Volkspartei zur Arbeitslosenfrage scharf kritisch. Das Blatt schreibt:

„Die starre, von den Arbeitgebern stark beeinflußte Haltung der Deutschen Volkspartei schafft nicht nur die stärkste Gegensätzlichkeit, sondern sie birgt auch einen ernsten politischen Konfliktstoff in sich. Die Deutsche Volkspartei muß sich angesichts dessen darüber klar sein, daß alle anderen Parteien eine Gefährdung des Gesetzes selbst nicht zulassen. Will diese Partei das Odium auf sich nehmen, das Gesetz selbst in seinen Grundlagen unmöglich machen zu wollen? Wenn sie dazu nicht gewillt ist, dann muß sie die nach Ansicht fast aller Sachverständigen notwendige Beitragserhöhung zugeben oder aber dafür eintreten, daß das Reich nicht nur die bisher gewährten Darlehen niederschlägt, sondern auch zukünftig mit Zuschüssen einspringt.

Wir sind gewiß keine Freunde der Beitragserhöhung und haben unsere Bedenken dagegen wiederholt geltend gemacht. Aber wir haben von Anbeginn der Debatte den Standpunkt vertreten, daß wir bei der Frage: Entweder schwerer Einbruch in die Struktur des ganzen Gesetzes oder Beitragserhöhung für die Beitragserhöhung Stellung nehmen. In dieser Hinsicht sind sich auch die Angestellten, die mehr denn je von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, mit den Arbeitern einig. Wenn zudem das Reich die gewährten Darlehen niederschlägt — und es wird sich dieser Forderung gerechterweise kaum entziehen können —, dann wird die Beitragserhöhung auch wohl nur für eine gewisse Zeit notwendig sein. Es ist schließlich nicht damit zu rechnen, daß auch der nächste Winter so anormal schwer wird. Bei dem ehrlichen Willen auch der Gewerkschaften, vorhandene Mißstände auszuräumen, dürfte eine Einigung nicht unmöglich sein. Wenn die Arbeitgeber aber glauben, ihren parteipolitischen Einfluß bis ins Unerträgliche geltend zu machen, dann werden sie auf stärkste, für sie unüberwindliche Widerstände stoßen. Das Gesetz ist einmal da. Es muß und wird weiterleben."

Zwischenfall in Madrid.

Stresemann durch einen Ausfall Zaleskis gereizt.

V. Sch. **Madrid**, 14. Juni. (Eigenbericht.)

Im Völkerbundrat kam der Dringlichkeitsantrag Stresemanns über die neue Liquidation des Eigentums ehemaliger Reichsdeutscher in Polen zur Sprache. Dabei hat es einen Zwischenfall gegeben, dessen Tragweite sich erst in der Schlußsitzung übersehen lassen wird. Stresemann gab einen kurzen historischen Ueberblick über die Angelegenheit, die er als eine ausgesprochene Frage des Minderheitenschutzes bezeichnete. Er teilte mit, daß der Versuch, diese Frage durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu regeln, gescheitert sei.

Der polnische Außenminister Zaleski antwortete mit einer langen Erklärung ziemlich ablehnend.

Die Liquidationsfrage gehöre nicht vor den Rat, denn sie sei gar keine Minderheitenfrage.

Sie könne nur in direkten Verhandlungen behandelt werden. Zaleski hielt es für angebracht, mit einer Retourkutsche zu argumentieren, die nichts mit der Frage der Liquidation zu tun hat. Er sagte, daß er ebenso gut den Oppelner Zwischenfall vor den Rat hätte bringen können, doch würde er davon absehen, um nicht die Diskussion zu verschärfen.

Stresemann, über diese scheinheilige Erwiderung sichtlich erregt, verlangte im Gegensatz zu den Vorschlägen des Vorsitzenden Adatschi, daß die Rede Zaleskis in vollem Wortlaut ins Englische übertragen werde. Dann bat er um Vertagung bis auf Sonnabend, da ihn diese Ausführungen zu einer Antwort zwinge.

Adatschi antwortete, daß er fürchte, man würde dann die Tagung am Sonnabend kaum schließen können. Er wollte

zwischen den beiden Parteien noch am Freitag abend vermitteln,

um am Sonnabend darüber zu berichten. Stresemann verlangte darauf nur, eine Schiedskommission unter einem neutralen Vorsitzenden einzusetzen unter der Voraussetzung, daß bis zu ihrem Spruch die Liquidationen eingestellt würden, andernfalls Deutschland den Haager Gerichtshof anrufen werde.

Zaleski antwortete darauf nichts. Adatschi wird zu vermitteln suchen und am Sonnabend berichten. Die Frage ist, inwieweit Stresemann am Sonnabend nochmals das Wort ergreifen wird, um die Anspielung Zaleskis auf Oppeln zurückzuweisen. Er scheint die Absicht zu haben, mit aller Schärfe die Hineinziehung dieser bedauerlichen Vorkommnisse, die die Reichsregierung bereits zur Genüge verurteilt hat, zurückzuweisen und zu betonen, daß zwischen den Liquidationen und den Ausschreitungen der Hakenkreuzler in Oppeln nicht der geringste Zusammenhang besteht.

(Weitere Nachrichten siehe 2. Seite.)

Der Vertrag mit der Kirche

Preußen und der Papst.

Von Ernst Heilmann.

Der Kirchenvertrag zwischen Preußen und dem Papst ist gestern vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments abgeschlossen und veröffentlicht worden. Damit wird endlich den wilden Gerüchten ein Ende gemacht, die seit Jahren über die preußischen Konkordatsverhandlungen verbreitet worden sind. Gerüchten, die niemals auf einer Tatsache beruht haben, denen aber schwer entgegenzutreten war, weil während der schwebenden Verhandlungen der Verhandlungsinhalt nicht bekanntgegeben werden konnte.

Der Vertrag Preußens mit der katholischen Kirche regelt in 14 Artikeln durchweg nur reine Kirchenverwaltungsangelegenheiten. Nach einer Einleitung, in der die Bestimmungen der Weimarer Verfassung über den Schutz der Religionsfreiheit wiederholt werden, wird die Einteilung Deutschlands in Kirchenbezirke festgelegt. Dabei erhalten Breslau und Paderborn (neben Köln) Erzbistümer, Berlin und Aachen Bistümer. Der Beitrag des Staates zu den Kosten dieses Kirchenregiments, bisher auf 1,4 Millionen Mark festgesetzt, aber tatsächlich schon wesentlich höher, wird auf 2,8 Millionen Mark jährlich fixiert. Der 5. Artikel sichert der Kirche das Benutzungsrecht an denjenigen staatlichen Gebäuden, die sie bisher besessen hat. Die nächsten Artikel geben dem Staat ein Einspruchsrecht bei der Besetzung der leitenden Kirchenstellen, sichern also eine Art politischen Einfluß des Staates auf die katholische Kirche. Weiter wird die Vorbildung der katholischen Geistlichen geregelt und allgemein an die drei Voraussetzungen geknüpft: deutsche Reichsangehörigkeit, deutsche Abschlußprüfung, deutsches Universitätsstudium. Endlich werden die Fragen der Theologieprofessoren an den katholisch-theologischen Fakultäten geregelt. Die Berufung eines solchen Universitätslehrers angehender katholischer Geistlicher bedarf bischöflicher Zustimmung; ist ein Theologieprofessor berufen und gerät nachträglich wegen seiner Lehre oder seines Lebenswandels mit der Kirche in Konflikt, so bleibt er Universitätslehrer, scheidet aber aus der theologischen Fakultät aus.

In der Weimarer Nationalversammlung hat Erzberger eine seiner berühmten Antworten auf eine deutschnationale Anklagerede mit den Worten begonnen: „Ist das alles?" Mancher wird geneigt sein, angesichts des Wortlauts des Konkordats die gleiche Frage zu erheben. Aber es steht wirklich nicht mehr darin. Alle gefährlichen und bedenklichen Bestimmungen, insbesondere jegliche Bestimmung über die Schule, die Schulaufsicht, die Lehrerbildung, die Mönchs- und Nonnenorden und alle Erhöhungen kirchlicher Geldansprüche für die später etwa kommende finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche sind aus dem Vertrag ferngehalten worden. Insofern stellt dieses Vertragswerk, wie auch seine Gegner offen zugeben, einen großen Erfolg der preußischen Regierung dar, der in erster Linie auf das Konto Otto Brauns kommt, unter dessen persönlicher Aufsicht die Verhandlungen mit dem Nuntius Pacelli geführt worden sind.

Bei der Beurteilung des Kirchenvertrages ist von zwei Tatsachen auszugehen. Einmal von der Weimarer Verfassung, die der Kirche volle Freiheit und Selbstverwaltung all ihrer Angelegenheiten zusichert, aber zugleich dem Staat erhebliche finanzielle Leistungen an die Kirche als Pflicht auferlegt. Zweitens davon, daß seit dem Jahre 1821 eine päpstliche Bulle, welche die Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Preußen regelt, durch Aufnahme in die preußische Gesetzesammlung preußisches Gesetz geworden ist, so daß also seit 1821 diese Zirkumskriptionsbulle „de salute animarum" eine Art preußisch-päpstlichen Konkordats darstellt. Dieses Konkordat wollte die preußische Regierung, wie der Kultusminister Genosse Haenisch 1919 dem Papst schrieb, aufrechterhalten wissen. Rom stellte sich aber auf den Standpunkt, daß durch den Wegfall des preußischen Königs, des Vertragspartners, und durch die Grenzänderung des Versailler Vertrags das alte Konkordat hinfällig geworden sei. Ein wichtiger Gesichtspunkt für die, die in dem Kirchenvertrag eine Kündigungsklausel vermissen! In den langjährigen Verhandlungen mit dem Papst über einen neuen Vertrag hat es gefährliche Momente gegeben. Am 6. Januar 1920 hat der volksparteiliche Kultusminister Dr. Boelitz dem päpstlichen Stuhl mitgeteilt, er sei bereit, in Verbindung mit dem Reichsinnenminister über die Sicherstellung der katholischen Ansprüche auf die Schule Vereinbarungen zu treffen. Auch die Versuche, unter einem Zentrumskanzler zu einem Reichskonkordat zu gelangen, mußten erhebliche Befürchtungen erwecken. Der jetzt zustandegekommene preußische Vertrag erneuert lediglich das Konkordat von 1821, gibt keine Staatshoheitsrechte preis und bringt keine wesentliche Mehrbelastung der Staatskasse.

Allerdings wird die Dotation des katholischen Kirchenregiments auf 2,8 Millionen Mark erhöht. Aber bei den 75 Millionen Mark jährlichen Zuschusses, den die Kirche sich von der bürgerlichen Landtagsmehrheit — abgesehen von

den Kirchensteuern — aus der Staatskasse hat zuwenden lassen, spielt das wirklich keine Rolle. Von diesen 75 Millionen Mark sind 70 Millionen Mark widerrufliche Zuschüsse zu den Pfarrergehältern, davon 50 Millionen Mark für die evangelische und 20 Millionen Mark für die katholische Kirche. Jede auch nur indirekte Festlegung dieser Zuwendung im Konkordat ist abgewehrt worden. Sobald im Landtag irgendeine Mehrheit zu finden ist, die diese Zuwendungen beseitigen und herabsetzen will, hat sie dafür vollkommen freie Hand. Außerdem erkennt das Konkordat ausdrücklich an, daß in der Reichsverfassung die finanzielle Trennung von Staat und Kirche vorgesehen ist. Für den Fall, daß diese Trennung tatsächlich vorgenommen wird, verpflichtet sich die Kirche, keine Forderungen auf Grund des neuen Vertrages zu erheben, sondern sich mit dem zu begnügen, was ihr auf Grund des bisherigen Rechtes zustand. Dieser Hinweis auf die Durchführung der finanziellen Trennung von Staat und Kirche ersetzt übrigens auch durchaus die fehlende Kündigungsklausel.

Von materieller Tragweite ist weiter der Fortfall der sogenannten Realdotation der Kirche. Das Konkordat von 1821 hatte vorgesehen, daß an Stelle der jährlichen Staatszuschüsse für das Kirchenregiment die Ausstattung der Kirche mit entsprechend umfangreichem Grundbesitz treten sollte. Diese Bestimmung ist jetzt fortgefallen, die Kirche hat den Anspruch aufgegeben, ihr das nach Kirchenauffassung zu unrecht bei der Verstaatlichung der Kirchengüter entzogene Grundeigentum zurückzugeben.

Einteilung der Kirchenbezirke, Auswahl der Erzbischöfe und Bischöfe, Ausbildungsgang der angehenden Geistlichen sind nach der Weimarer Verfassung reine Selbstverwaltungsangelegenheiten der Kirche. Rom hätte es sich verbitten können, daß der Staat überhaupt in diese Fragen hineinredet. Aber bei der großen Macht der katholischen Kirche über Millionen von Gläubigen wäre es immerhin nicht angenehm, wenn etwa in Grenzbezirken ein Ausländer oder auch ein ausländisch gesinnter Deutscher zum höchsten Kirchenfürsten bestimmt oder wenn die Ausbildung der katholischen Priester ganz getrennt und abweichend von der allgemeinen höheren Bildung in Deutschland durchgeführt würde. Insbesondere, da nach der Verfassung die katholisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten aufrechterhalten werden müssen, ist irgendeine Verständigung zwischen Staat und Kirche über ihre Besetzung unvermeidlich. Der Staat hat sich, gestützt auf die Dotationen, die er gibt, auf allen diesen Gebieten Aufsichtsrechte gesichert, die keine übermäßig große praktische Bedeutung haben mögen, aber doch ein Schutz gegen schwere Mißstände sind und namentlich für die Zukunft allerlei Konfliktsmöglichkeiten vorbeugen.

Und hier liegt für uns der einzige positive Wert des Konkordats. Die Republik darf nicht den Fehler machen, den das Kaiserreich mit dem Kulturkampf begangen hat. Die Großzügigkeit, mit der die Weimarer Verfassung die Kirche behandelt hat, muß auch für die Politik der Republik im ganzen gelten. Im Kampf gegen staatliche Verfolgungen, im Kampf gegen Bismarck ist der politische Katholizismus stark geworden. Aufklärung und Gewinnung der katholischen Arbeiter wird für die sozialistische Bewegung um so leichter sein, je weniger die Kirche sich über Verfolgung, Bedrückung und Unrecht beschweren kann. Natürlich darf deswegen die religiöse Freiheit und der geistige Fortschritt nicht gehemmt werden; aber das geschieht durch diesen Kirchenvertrag auch in keiner Weise. Deshalb hat die sozialdemokratische Fraktion des Landtags ihm zugestimmt und Genosse Braun seine Unterschrift darunter gesetzt. Wir möchten annehmen, daß der Vertrag ohne wesentliche Schwierigkeiten in der Sommertagung des Landtages verabschiedet werden wird. Dann dürfte es von dem Konkordatsgeschrei bald völlig still werden; denn eine Wirkung dieses Vertrages nach außen hin wird niemand zu spüren bekommen oder feststellen können.

Gegen die Parlamentssabotage.

Ein Vorschlag des Reichstagspräsidenten.

In der Sitzung des Aeltestenrats am Freitag teilte Präsident Löbe im Anschluß an den Zwischenfall bei der Bezweiflung der Beschlußfähigkeit durch den Nationalsozialisten Dr. Frick in der Donnerstagssitzung mit, daß er die Einfügung einer Bestimmung in die Geschäftsordnung in Aussicht genommen habe, wonach die Frage nach der Beschlußunfähigkeit des Hauses nur gestellt werden darf mit Unterstützung von 15 Mitgliedern einer Fraktion.

Dank der Reichsregierung.

Die Sachverständigen beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing gestern die deutschen Sachverständigen der Pariser Konferenz, die Herren Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Dr. Melchior und Geheimrat Kastl. Der Reichskanzler sprach den Sachverständigen den aufrichtigsten Dank der Reichsregierung für die aufopfernde Arbeit in Paris aus und fügte den Dank an die in erster Linie beteiligten Beamten, insbesondere die Ministerialdirektoren Dorn, Schaeffer, Ritter sowie die Ministerialräte Berger und Clautzen hinzu. Daran schloß sich eine kurze Erörterung der an den Sachverständigenplan anknüpfenden allgemeinen Fragen.

Der Reichspräsident empfing ebenfalls die deutschen Vertreter auf der Pariser Sachverständigen-Konferenz und nahm von ihnen einen Bericht über die Ergebnisse der Konferenz entgegen.

Die Pariser Vereinbarung.

Der Senatsausschuß fordert Vorlegung zur Ratifizierung.

Paris, 14. Juni.

Der Auswärtige Ausschuß des Senats hat heute einstimmig folgende Entschließung in der Reparations- und Schuldenfrage angenommen: Der Auswärtige Ausschuß ist der Ansicht, daß der Sachverständigenbericht, die Ratifizierung der Kriegsschulden, die Vorlegung eines neuen Reparationsplanes und neuer Garantien, die an Stelle der Garantien des Dawes-Planes treten sollen, ein geschlossenes Ganzes bilden und daß die Gesamtheit dieser Probleme vor Liquidierung des Dawes-Planes dem Parlament in Form einer Gesetzesvorlage vorgelegt werden muß.

Der Preußische Landtag ist nunmehr endgültig zu seiner nächsten Plenarsitzung für Dienstag, den 25. Juni, nachmittags 1 Uhr, berufen. Die umfangreiche Tagesordnung enthält nur kleinere Vorlagen, unter anderem das Polizeikostengesetz, die Vorlage wegen der Umbildung der Stettiner Hafengesellschaften und die Novelle zum Volksschullehrerbesoldungsgesetz.

Die Räumung des Rheinlands.

Besprechung über die Reparations- und Räumungskonferenz.

V. Sch. Madrid, 14. Juni. (Eigenbericht.)

Briand wird am Sonnabend mit Stresemann zunächst unverbindlich über das Prinzip der Einberufung der Räumungs- und Reparationskonferenz beraten. Zu einer Festlegung wird es wegen der Abwesenheit von englischen und belgischen Ministern nicht kommen; sind aber erst die deutsche und die französische Regierung darüber einig, so ist die Zustimmung der übrigen Regierungen gesichert. Da der italienische Unterstaatssekretär Grandi mit Stresemann und Briand konferiert hat, dürfte auch das Einverständnis Italiens feststehen. Der britische Botschafter Graham hat sich von Stresemann im Auftrage der Arbeiterregierung über die Absichten der deutschen Regierung unterrichten lassen.

Aus der französischen Delegation hört man, daß Briand sich der Notwendigkeit der baldigen Abhaltung einer Regierungskonferenz nicht mehr verschließt und die

Räumung des Rheinlandes als notwendige Konsequenz der neuen Räumungs- und Reparationsfrage

anerkennt. Auf Schwierigkeiten dürfte die deutsche Absicht stoßen, das Saarproblem bei dieser Gelegenheit mit zu erledigen. Die Franzosen wenden ein, daß das Saarproblem eine Reihe wirtschaftlicher und finanzieller Fragen enthält, die man am besten später und gesondert, im Zusammenhang mit großen wirtschaftlichen Vereinbarungen auf lange Sicht regeln könnte. Demgegenüber muß aber daran erinnert werden, daß die „Gesamtlösung", die Briand schon vor drei Jahren in Thoiry angeregt hat, auch die Erledigung der Saarfrage vorsah.

Daß Deutschland mit einer baldigen Wiedererlangung der vollen Souveränität über das Saargebiet rechnet, geht auch daraus hervor, daß in der nichtöffentlichen Nachmittagssitzung des Rates auf Antrag Stresemann die **Entscheidung über eine Völkerbundsanleihe für das Saargebiet, welche die Regierungskommission erstrebt, aber neuerdings für überflüssig hält, wieder einmal vertagt**

Eine andere Schwierigkeit dürfte aus der französischen Forderung der Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichskommission für das Rheinland entstehen, die im September 1928 in das sogenannte Genfer September-Programm aufgenommen wurde. Diese Angelegenheit ist seitdem eingeschlafen, aber aus der französischen Delegation vernimmt man, daß dieser Gedanke bei der Aufstellung der Tagesordnung der kommenden Konferenz wieder auftauchen wird. Allerdings sind sich die Franzosen bewußt, daß sie nicht mehr wie im September auf blinde Unterstützung Englands bei der Durchsetzung ihrer „Sicherheits"wünsche rechnen können.

Ueber den Zeitpunkt der Konferenz gibt es zurzeit zwei Auffassungen. Die Deutschen wünschen die Konferenz, die wohl 10 bis 12 Tage dauern würde, spätestens in der zweiten Junihälfte, da der Young-Plan am 1. September in Kraft treten soll und zu seiner parlamentarischen Erledigung ein entsprechender Spielraum notwendig ist.

Auf französischer Seite neigt man eher zu einer Tagung im August aus Gründen, die mit der Fälligkeit der kommerziellen Schulden Frankreichs an Amerika in Höhe von 400 Dollar und mit der neuen notwendigen Ratifizierung des Schuldenabkommens Mellon-Berenger zusammenhängen, zu der die Regierung Poincaré wegen der Bearbeitung der französischen öffentlichen Meinung Zeit braucht.

Die Frage des Zeitpunktes dürfte daher durch die Wünsche der englischen Regierung entschieden werden. Macdonald will Anfang September zur Eröffnung der Völkerbundsversammlung von Amerika zurück in Genf sein.

Das gleiche gilt für den Ort der Konferenz. Deutschland regt Baden-Baden an. Briand soll diesem Vorschlag nicht abgeneigt sein, doch wenn England London vorschlagen sollte, dürfte man sich ohne weiteres auf die englische Hauptstadt einigen.

Der Staatsvertrag mit der Kurie.

Der Wortlaut des sogenannten Konkordats.

Der von den Vertretern des Freistaates Preußen und der römischen Kurie unterzeichnete Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. und das Preußische Staatsministerium, die in dem Wunsche einig sind, die Rechtslage der katholischen Kirche in Preußen den veränderten Verhältnissen anzupassen, haben beschlossen, sie in einem förmlichen Vertrag neu und dauernd zu ordnen.

Artikel 1. Der Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung der katholischen Religion wird der preußische Staat den gesetzlichen Schutz gewähren.

Artikel 2. (1) Die gegenwärtige Diözesanorganisation und -zirkumskription der katholischen Kirche Preußens bleibt bestehen, soweit sich nicht aus dem folgenden Aenderungen ergeben.

(2) In Aachen wird wieder ein Bischöflicher Stuhl errichtet und das Kollegiat- in ein Kathedralkapitel umgewandelt. Das Bistum Aachen wird den Regierungsbezirk Aachen sowie die Kreise Grevenbroich, Gladbach, M. Gladbach, Rheydt Krefeld (Stadt und Land) und Kempen umfassen und der Kölner Kirchenprovinz angehören

(3) Dem Bistum Osnabrück werden die bisher von seinem Bischof verwalteten Missionsgebiete einverleibt. Es wird in Zukunft Suffraganbistum des Metropoliten von Köln sein.

(4) Dem Bischöflichen Stuhle zu Paderborn wird der Metropolitancharakter verliehen; das dortige Kathedralkapitel wird Metropolitankapitel. Zur Paderborner Kirchenprovinz werden außer dem Erzbistum Paderborn die Bistümer Hildesheim und Fulda gehören. An die Diözese Fulda tritt die Paderborner die Bezirke ihres Kommissariats Heiligenstadt und ihres Dekanats Erfurt ab.

(5) Das Bistum Fulda überläßt den Kreis Grafschaft Schaumburg dem Bistum Hildesheim und den bisher ihm zugehörigen Teil der Stadt Frankfurt dem Bistum Limburg. Wie Fulda so wird auch dieses aus seinem bisherigen Metropolitanverband gelöst, aber der Kölner Kirchenprovinz angegliedert.

(6) Der Bischöfliche Stuhl von Breslau wird zum Sitze eines Metropoliten, das Breslauer Kathedral- zum Metropolitankapitel erhoben. Der bisher dem Bischof von Breslau mitunterstehende Delegaturbezirk Berlin wird selbständiges Bistum, dessen Bischof und Kathedralkapitel bei St. Hedwig in Berlin ihren Sitz nehmen. In Schneidemühl wird für die derzeit von einem Apostolischen Administrator verwalteten westlichen Restgebiete des Erzbistum (Gnesen-) Posen und des Bistums Kulm eine Praelatura nullius errichtet. Das zurzeit vom Bischof von Ermland als Apostolischem Administrator mitverwaltete, früher zur Diözese Kulm gehörige Gebiet von Pomesanien wird mit dem Bistum Ermland vereinigt. Die Bistümer Ermland und Berlin und die Prälatur Schneidemühl werden zusammen mit dem Erzbistum Breslau die Breslauer Kirchenprovinz bilden.

7. Das Kathedralkapitel in Aachen wird aus dem Propste, sechs residierenden und vier nichtresidierenden Kapitularen und sechs Vikaren, das Kathedralkapitel in Berlin aus dem Propste, fünf residierenden und einem nichtresidierenden Kapitular und vier Vikaren, das Kathedralkapitel in Frauenburg in Zukunft aus dem Propste, dem Dechanten, sechs residierenden und vier nichtresidierenden Kapitularen und vier Vikaren bestehen. Im Metropolitankapitel von Breslau wird die bisher dem Propste von St. Hedwig in Berlin vorbehaltene Stelle aufgehoben. In Hildesheim und in Fulda wird die Zahl der residierenden Domkapitulare künftig fünf betragen.

8. Eines der nichtresidierenden Mitglieder der Metropolitankapitel von Köln und Breslau und des Kathedralkapitels von Münster soll der in dem betreffenden Erzbistum oder Bistum bestehenden theologischen Fakultät entnommen werden.

9. Eine in Zukunft etwa erforderlich erscheinende Neuerrichtung eines Bistums oder einer Kirchenprovinz oder sonstige Aenderung der Diözesanzirkumskription bleibt ergänzender späterer Vereinbarung vorbehalten. Dieser Form bedarf es nicht bei Grenzverlegungen, die lediglich im Interesse der örtlichen Seelsorge geschehen.

10. Zur Unterstützung des Diözesanbischofs wird in Zukunft den Erzbischöflichen Stühlen von Köln, Breslau und Paderborn und den Bischöflichen Stühlen von Trier, Münster und Aachen ein Weihbischof zugeteilt sein, der vom Heiligen Stuhl auf Ansuchen des Diözesanbischofs ernannt wird. Nach Bedarf können in derselben Weise für die genannten und andere Bistümer weitere Weihbischöfe bestellt werden. Zum Sitz eines Weihbischofs wird ein anderer Ort als der Sitz des Diözesanbischofs erst nach Benehmen mit der Preußischen Staatsregierung bestimmt werden.

Art. 3. Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 2 können kirchliche Aemter frei errichtet und umgewandelt werden, falls Aufwendungen aus Staatsmitteln nicht beansprucht werden. Die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung von Kirchengemeinden erfolgt nach Richtlinien, die mit den Diözesanbischöfen vereinbart werden.

Art. 4. 1. Die Dotation der Diözesen und Diözesananstalten wird künftig zwei Millionen achthundertausend Reichsmark betragen. Im einzelnen wird sie gemäß besonderer Vereinbarung verteilt werden.

2. Die Dienstwohnungen und die Diözesanzwecken dienenden Gebäude bleiben der Kirche überlassen. Die bestehenden Eigentums- und Nutzungsrechte werden auf Verlangen durch Eintragung in das Grundbuch gesichert werden.

3. Für eine Ablösung der Staatsleistungen gemäß Artikel 138 Abs. 1 der Verfassung des Deutschen Reichs bleibt die bisherige Rechtslage der Diözesandotation maßgebend.

Art. 5. 1. Das Eigentum und andere Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen der katholischen Kirche an ihrem Vermögen werden nach Maßgabe der Verfassung des Deutschen Reichs gewährleistet.

2. Soweit staatliche Gebäude oder Grundstücke Zwecken der Kirche gewidmet sind, bleiben sie diesen, unbeschadet etwa bestehender Verträge, nach wie vor überlassen.

Art. 6. 1. Nach Erledigung eines Erzbischöflichen oder Bischöflichen Stuhles reichen sowohl das betreffende Metropolitan- oder Kathedralkapitel als auch die Diözesanerzbischöfe und -bischöfe Preußens dem Heiligen Stuhle Listen von kanonisch geeigneten Kandidaten ein. Unter Würdigung dieser Listen benennt der Heilige Stuhl dem Kapitel drei Personen, aus denen es in freier, geheimer Abstimmung den Erzbischof oder Bischof zu wählen hat. Der Heilige Stuhl wird zum Erzbischof oder Bischof niemand bestellen, von dem nicht das Kapitel nach der Wahl durch Anfrage bei der Preußischen Staatsregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen.

2. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste und bei der Wahl wirken die nichtresidierenden Domkapitulare mit.

Art. 7. Zum Praelatus nullius und zum Koadjutor eines Diözesanbischofs mit dem Rechte der Nachfolge wird der Heilige Stuhl niemand ernennen, ohne vorher durch Anfrage bei der Preußischen Staatsregierung festgestellt zu haben, daß Bedenken politischer Art gegen den Kandidaten nicht bestehen.

Artikel 8. 1. Die Dignitäten der Metropolitan- und der Kathedralkapitel verleiht der Heilige Stuhl, und zwar beim Vorhandensein zweier Dignitäten die erste (Dompropstei) auf Ansuchen des Kapitels, die zweite (Domdekanat) auf Ansuchen des Diözesanbischofs, beim Vorhandensein nur einer Dignität (Dompropstei oder Domdekanat) diese abwechselnd auf Ansuchen des Kapitels und des Diözesanbischofs.

2. Die Kanonikate der Kapitel besetzt der Diözesanbischof abwechselnd nach Anhörung und mit Zustimmung des Kapitels. Die Abwechslung findet bei residentialen und nichtresidentialen Kanonikaten gesondert statt.

3. Die Domvikarien besetzt der Diözesanbischof nach Anhörung des Kapitels.

Artikel 9. 1. Angesichts der in diesem Vertrag zugesicherten Dotation der Diözesen und Diözesananstalten wird ein Geistlicher zum Ordinarius eines Erzbistums oder Bistums oder der Praelatura nullius, zum Weihbischof, zum Mitglied eines Domkapitels, zum Domvikar, zum Mitglied einer Diözesanbehörde oder zum Leiter oder Lehrer an einer Diözesanbildungsanstalt nur bestellt werden, wenn er a) die deutsche Reichsangehörigkeit hat, b) ein zum Studium an einer deutschen Universität berechtigendes Reifezeugnis besitzt, c) ein mindestens dreijähriges philosophisch-theologisches Studium an einer deutschen staatlichen Hochschule oder an einem der gemäß Artikel 12 hierfür bestimmten bischöflichen

Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe

Erhöhung um 3 Prozent.

In dem seit Mitte April schwebenden Gehaltsstreik fällte unter dem Vorsitz von Reichsgerichtsrat Dr. Königsberger die Schlichterkammer einen Schiedsspruch, nach dem die geldlichen Leistungen des Teiles II des Reichstarifvertrages für das Versicherungsgewerbe mit Geltung ab 1. April um 3 Proz. erhöht werden.

Dieser unbefriedigende Spruch wurde trotz Vorliegens eines günstigen Sachverständigengutachtens gefällt.

Seminare oder an einer päpstlichen Hochschule in Rom zurückgelegt hat.

2. Bei kirchlichem und staatlichem Einverständnis kann von den in Abs. 1 zu a, b und c genannten Erfordernissen abgesehen werden; insbesondere kann das Studium an anderen deutschsprachigen Hochschulen als den zu c genannten anerkannt werden.

3. Mindestens zwei Wochen vor der beabsichtigten Bestellung eines Geistlichen zum Mitglied eines Domkapitels oder zum Leiter oder Lehrer an einem Diözesanseminar wird die zuständige kirchliche Stelle der Staatsbehörde von dieser Absicht und, mit besonderer Rücksicht auf Absatz 1 dieses Artikels und gegebenenfalls auf Abs. 2 des Artikels 12, von den Personalien des betreffenden Geistlichen Kenntnis gegeben. Eine entsprechende Anzeige wird alsbald nach der Bestellung eines Bistum-(Prälatur-)Verwesers, eines Weihbischofs und eines Generalvikars gemacht werden.

Artikel 10. 1. Die Diözesanbischöfe (der Praelatus nullius) werden an die Geistlichen, denen ein Pfarramt dauernd übertragen werden soll, die in Artikel 9 Abs. 1 zu a bis c, und an die sonstigen in der Pfarrseelsorge anzustellenden Geistlichen mindestens die dort zu a und b genannten Anforderungen stellen. Für beide Fälle gilt Artikel 9 Abs. 2.

2. Im Falle der dauernden Uebertragung eines Pfarramts wird der Diözesanbischof (Praelatus nullius) alsbald nach der Ernennung der Staatsbehörde von den Personalien des Geistlichen, mit besonderer Rücksicht auf Abs. 1 dieses Artikels, Kenntnis geben.

Artikel 11. Bis zu einer neuen Vereinbarung, insbesondere für den Fall des Erlasses des in Artikel 38 der Verfassung des Freistaates Preußen vorgesehenen Gesetzes, wird die Präsentation auf Grund eines sogenannten Staatspatronats durch die Staatsbehörde erst nach Benehmen mit dem Diözesanbischof oder Praelatus nullius gemäß besonders zu vereinbarender Anweisung geschehen.

Artikel 12. 1. Für die wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen bleiben die katholisch-theologischen Fakultäten an den Universitäten in Breslau, Bonn und Münster und an der Akademie in Braunsberg bestehen. Ihr Verhältnis zur kirchlichen Behörde regelt sich entsprechend den für die katholisch-theologischen Fakultäten in Bonn und Breslau geltenden Statuten.

2. Der Erzbischof von Paderborn und die Bischöfe von Trier, Fulda, Limburg, Hildesheim und Osnabrück sind berechtigt, in ihren Bistümern ein Seminar zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen zu besitzen. Der Unterricht an diesen Seminaren wird ebenso wie den kirchlichen Vorschriften dem deutschen theologischen Hochschulunterricht entsprechen. Die genannten Diözesanbischöfe werden dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung von den Statuten und dem Lehrplan der Seminare Kenntnis geben. Zu Lehrern an den Seminaren werden nur solche Geistliche berufen werden, die für die Lehrtätigkeit in dem zu vertretenden Fach eine den Anforderungen der deutschen wissenschaftlichen Hochschulen entsprechende Eignung haben.

Artikel 13. Die Hohen Vertragschließenden werden eine etwa in Zukunft zwischen ihnen entstehende Meinungsverschiedenheit über die Auslegung einer Bestimmung dieses Vertrages auf freundschaftliche Weise beseitigen.

Artikel 14. 1. Dieser Vertrag, dessen deutscher und italienischer Text gleiche Kraft haben, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen möglichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Er tritt mit dem Tag ihres Austausches in Kraft.

2. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages treten die seinen Bestimmungen entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Geschehen in doppelter Urschrift.

Berlin, den 14. Juni 1929.

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage geschlossenen Vertrages des Freistaats Preußen mit dem Heiligen Stuhle haben die ordnungmäßig bevollmächtigten Unterzeichneten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen integrierenden Bestandteil des Vertrages selbst bilden.

Zu Artikel 4 Abs. 1 Satz 1. Bei Bemessung der Dotation ist von dem derzeitigen Stande der Aufwendungen des Preußischen Staates für vergleichbare persönliche und sächliche Zwecke ausgegangen worden. Es besteht Einverständnis darüber, daß in Zukunft hierin etwa eintretende Aenderungen bei der Dotation entsprechende Berücksichtigung finden sollen.

Zu Artikel 9 Abs. 1 Buchst. c. Das an einer österreichischen staatlichen Universität zurückgelegte philosophisch-theologische Studium wird entsprechend den Grundsätzen gleichberechtigt, die für andere geisteswissenschaftliche Fächer gelten werden.

Zu Artikel 9 Abs. 3 Satz 1. Ein staatliches Einspruchsrecht wird hierdurch nicht begründet.

Zu Artikel 12 Absatz 1 Satz 2. Der Sinn des § 4 Ziffer 1 und 2 der Bonner und des § 48 Buchstaben a und b der Breslauer Statuten ist folgender:

Bevor an einer katholisch-theologischen Fakultät jemand zur Ausübung des Lehramts angestellt oder zugelassen werden soll, wird der zuständige Bischof gehört werden, ob er gegen die Lehre oder den Lebenswandel des Vorgeschlagenen begründete Einwendungen zu erheben habe. Die Anstellung oder Zulassung eines derart Beanstandeten wird nicht erfolgen.

Die der Anstellung (Absatz 1) vorangehende Berufung, d. h. das Angebot des betreffenden Lehrstuhls durch den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, wird in vertraulicher Form und mit dem Vorbehalt der Anhörung des Diözesanbischofs geschehen. Gleichzeitig wird der Bischof benachrichtigt und um seine Aeußerung ersucht werden, für die ihm eine ausreichende Frist gewährt werden wird. In der Aeußerung sind die gegen die Lehre oder den Lebenswandel des Vorgeschlagenen bestehenden Bedenken darzulegen; wie weit der Bischof in dieser Darlegung zu gehen vermag, bleibt seinem pflichtmäßigen Ermessen überlassen. Die Berufung wird erst veröffentlicht werden, nachdem der Bischof dem Minister erklärt hat, daß er Einwendungen gegen die Lehre und den Lebenswandel des Berufenen nicht zu erheben habe.

Sollte ein einer katholisch-theologischen Fakultät angehöriger Lehrer in seiner Lehrtätigkeit oder in Schriften der katholischen Lehre zu nahetreten oder einen schweren oder ärgerlichen Vorstoß gegen die Erfordernisse des priesterlichen Lebenswandels begehen, so ist der zuständige Bischof berechtigt, dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hiervon Anzeige zu machen. Der Minister wird in diesem Fall, unbeschadet der dem Staatsdienstverhältnis des Betreffenden entspringenden Rechte, Abhilfe leisten, insbesondere für einen dem Lehrbedürfnis entsprechenden Ersatz sorgen.

Zu Artikel 12 Absatz 2 Satz 4. Die Eignung wird hauptsächlich durch eine der akademischen Habilationsschrift entsprechende wissenschaftliche Arbeit nachgewiesen; sofern diese von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung ist, kann von dem Erfordernis der theologischen Promotion abgesehen werden.

Berlin, den 14. Juni 1929.

Ozeanflug geglückt.

Landung des „gelben Vogels" in Spanien.

Paris, 14. Juni.

Havas meldet aus Santander: Das Flugzeug „Gelber Vogel" ist bei Comillas unweit von Santander gelandet.

Radek bittet um seine Wiederaufnahme. Der in Moskau eingetroffene Radek hat, wie in politischen Kreisen verlautet, bei der Parteileitung unverzüglich um die Wiederaufnahme in die Partei nachgesucht.

Zwei Staatsanwälte.

„Pah, ein paar Mörder laufen lassen! Aber haben Sie schon mal, Herr Kollege, einen Unschuldigen aufs Schaffot gebracht?"

Nieder mit den Gewerkschaften!

Die „neue Taktik" der Kommunistischen Partei.

Es ist kaum zu zählen, wie oft auf dem Kommunistischen Parteitag die wirtschaftliche und politische Lage „analysiert" worden ist. Am Freitag besorgte das Paul Merker, der eine stundenlange Vorlesung über das Kapitel „Wirtschaftskämpfe und revolutionäre Gewerkschaftstaktik" hielt. Paul Merker steht noch in guter Erinnerung bei den gewerkschaftlich organisierten Gastwirtsgehilfen, und gerade deshalb ist er berufen, die „neue Taktik" der Kommunistischen Partei zu erklären. Trotzdem er mit Zitaten von Marx, Engels und Lenin nur so um sich warf, zeigten nur wenige Delegierte Interesse zu seiner Vorlesung. Um so größeres Interesse hat aber die Oeffentlichkeit, etwas Näheres über die „neue Taktik" der Kommunistischen Partei zu erfahren.

Sie geht von der Lehre aus, daß die „Gewerkschaftsbureaukratie" mit den Unternehmern ein Bündnis zur Niederhaltung der Arbeiterklasse geschlossen habe. Diese „Banditen" wollen keine Kämpfe, sie sind für Tarifverträge und Schlichtungswesen. Die „revolutionäre Opposition" dagegen will jeden Konflikt ohne Rücksicht auf die allgemeine Lage zum Kampf erweitern, aus diesem wirtschaftlichen Kampf einen politischen machen, und wenn er verloren geht, so bleibt als Ergebnis die „Steigerung der Kampferfahrung". Die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe darf nicht den Gewerkschaften überlassen bleiben, sondern es müssen „Kampfausschüsse" in den Betrieben gebildet werden, die sich auf die Unorganisierten und auf die Erwerbslosen stützen. Aus den Teilbewegungen sollen sich dann Massenstreiks entwickeln, die schließlich zum Endkampf führen. Noch einmal wird betont, daß es bei alledem nicht so sehr auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ankommt, sondern durch den „Kampf" sollen das Klassenbewußtsein der Unorganisierten gestärkt und die Voraussetzungen für den endgültigen revolutionären Kampf geschaffen werden.

Man könnte dazu sagen, daß das nichts anderes ist als ein schaler Aufguß der alten syndikalistisch-anarchistischen Methoden, die sich, wie schon so oft, so auch diesmal wieder totlaufen werden, selbst wenn sie unter der „revolutionären Flagge" der Kommunistischen Partei auftauchen. Immerhin bekommt die Sache ein anderes Gesicht, wenn man hört, unter welchen Parolen die „neue Taktik" durchgeführt werden soll. Herr Merker hat ausdrücklich die „revolutionäre Opposition" aufgefordert, gegen die Tariftreue und gegen das Schlichtungswesen aufzutreten. Vor dieser Opposition stehe die Aufgabe, unter Ausschaltung der Gewerkschaften die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen. Die Gewerkschaften sollen beiseite gedrängt und den „Kampfausschüssen" das alleinige Recht zuerkannt werden, Abschlüsse mit den Unternehmern zu tätigen. Freilich beißt sich die Katze hier in den eigenen Schwanz: Da die „Kampfausschüsse" den Tarifbruch als eines ihrer „revolutionären" Kampfesmittel ansehen sollen, so wird es wohl keinen Unternehmer geben, der mit ihnen „Verträge" abzuschließen geneigt wäre.

Diese ganze „neue Taktik" ist also ein neuer Schandstreich, gerichtet gegen die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse. Wenn man den Unorganisierten einredet, sie brauchten keine Gewerkschaften mehr, sie könnten durch „Kampfausschüsse" ihre Lage verbessern und obendrein dabei noch die Gewerkschaftsbeiträge sparen, so untergräbt man die Grundlage, auf der die Arbeiterbewegung sich aufbaut. Keine ihrer Verantwortung an der Arbeiterklasse bewußte Gewerkschaft wird sich dieses Treiben der „revolutionären Opposition" gefallen lassen können.

Sonnabend nachmittag soll der Parteitag endlich zu Ende geführt werden. Es sind nur noch einige Formalien zu erledigen, wie die Wahl der Zentrale: eine leere Komödie, da schon längst von anderen Stellen als von den Delegierten die Namen festgesetzt worden sind. Ernst Meyer und Arthur Ewert werden nicht mehr dabei sein.

Der Bombenattentäter gefaßt?

Schwerer Verdacht gegen einen Landvolkführer.

Kiel, 14. Juni. (Eigenbericht.)

Im Zusammenhang mit dem Bombenattentat in Hohenwestedt verhaftete die Polizei einen rechtsradikalen Handlungsreisenden, der seit längerer Zeit Führer der Landvolkbewegung in Hohenwestedt gewesen ist. Gegen die Verhaftung legte der Rechtsbeistand des Verdächtigten Beschwerde ein, der das Landgericht stattgab. Infolge der außerordentlich starken Verdachtsmomente dürfte die Staatsanwaltschaft jedoch gegen die Haftentlassung Beschwerde einlegen, so daß mit einer Wiederverhaftung des Verdächtigten zu rechnen ist. Die Polizei glaubt in ihm einen der Täter gefunden zu haben. Da zwischen den drei Bombenattentaten ein unmittelbarer Zusammenhang auch in bezug auf die Täter zu bestehen scheint, kommt der Aufklärung des Attentats von Hohenwestedt besondere Bedeutung zu.

Der Dynamitfund in der Roten Hilfe.

Hannover, 14. Juni.

Die Untersuchung des Bombenfundes in der Roten Hilfe hat ergeben, daß es sich um eine Dynamitmenge von beträchtlichem Umfange handelt, die in einer koffer ähnlichen Kiste war. Es wurden 127 Normalpatronen und 12 kleinere Patronen gefunden. Der Sprengstoff stammt, wie ermittelt werden konnte, zum Teil aus der Fabrik der Aktiengesellschaft Lignose, Berlin, der Dynamit-A.-G. Alfred Nobel, Fabrik Würgendorf i. W., teils aus dem Sprengstoffwerk Kloster Lechfeld G. m. b. H. Neben diesen Dynamitpatronen enthielt die Kiste zwei sogenannte Stauffer-Büchsen, gußeiserne Oelgefäße, wie sie in großen Werken auf die Maschinen aufgeschraubt werden. Die Polizei ist auf das eifrigste bemüht, Licht in die Angelegenheit zu bringen. Die Festnahme verdächtiger Personen ist zur Stunde noch nicht erfolgt, doch ist mit Verhaftungen in der nächsten Zeit zu rechnen.

Venezuela bedauert.

Holland wird ein Kriegsschiff in Westindien stationieren.

Amsterdam, 14. Juni. (Eigenbericht.)

Der Ueberfall auf Curaçao hat die Regierung von Venezuela veranlaßt, den Niederlanden in einer Note ihr Bedauern auszudrücken. Die Note schließt mit der Erwartung, daß die Behörden von Curaçao eine eingehende Untersuchung vornehmen und die verantwortlichen Täter genau feststellen.

Der niederländische Kolonialminister äußerte am Freitag vor Vertretern der Presse, daß die Regierung durch den Vorfall wahrscheinlich gezwungen werde, in Westindien ständig ein Kriegsfahrzeug zu unterhalten.

Die Nachwahl in Rugby.

Knapper Sieg des Konservativen. — Verdreifachung der Arbeiterstimmen.

London, 14. Juni. (Eigenbericht.)

Durch den Tod des Arbeiterkandidaten für den Wahlkreis Rugby vor der Wahl war diese verschoben und ist nun vorgenommen worden. Während 1924 der Kandidat der Arbeiterpartei mit 3768 Stimmen an dritter Stelle stand, hat die Arbeiterpartei diesmal 11 588 Stimmen erhalten und damit den liberalen Kandidaten an die dritte Stelle gedrückt. Der konservative Vorsprung hat sich um 600 Stimmen verringert, das Mandat bleibt ihnen.

Der endgültige Stand der Parteien ist jetzt: Arbeiterpartei 288, Konservative 261, Liberale 59, Unabhängige 7. Der Stand bei der Auflösung des letzten Parlaments war: Konservative 400, Arbeiterpartei 162, Liberale 46, Unabhängige 7.

Akademischer Heimwehrgeist.

Die Hochschulrowdies von Wien.

Wien, 14. Juni. (Eigenbericht.)

An der Wiener Universität sind seit annähernd 14 Tagen fortgesetzte antisemitische Krawalle zu verzeichnen. Das Rektorat hat deshalb den Hakenkreuzlern zunächst das Tragen ihrer Abzeichen verboten und die Schließung der Universität angedroht. Diese Studenten haben darauf mit dem geschlossenen Eintritt in die Heimwehr geantwortet. Sie wollen eines Tages die Universität stürmen.

Die demokratische Studentenschaft hat sich jetzt in einem Aufruf an die Oeffentlichkeit gegen dieses Treiben gewandt. Darin heißt es u. a., daß die Situation heute der vor dem 7. Oktober (Demonstrationssonntag in Wiener-Neustadt) gleiche. Der Unterschied sei nur der, daß diesmal Zusammenstöße nicht nur wahrscheinlich, sondern mit Sicherheit zu erwarten seien. Niemand könne heute wissen, ob der aufgeregten Stimmung nicht plötzlich Menschenleben zum Opfer fallen und ob nicht Mitglieder der nichtakademischen Wehrformationen den Kampf auf die Straße verpflanzen werden.

Die Nachricht vom Eindringen russischer Truppen in die Mandschurei scheint falsch zu sein. Aus Schanghai und Peking in London eingetroffene Telegramme besagen, daß man dort an einen solchen Einfall nicht glaube.

Hilfe für das schlesische Textilgebiet.

Kommunistische Agitationspolitik. / Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Der Hauptausschuß des Landtages beschäftigte sich am Freitag zunächst mit einem kommunistischen Antrag, der die Staatsregierung auffordert, zur Behebung der Notlage unter den niederschlesischen Bergarbeitern einen Betrag von 8 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Interessant war die Begründung dieser Forderung durch den Abgeordneten Wollweber (Komm.), der offen zugab, daß der Antrag nicht gestellt sei, um den Bergarbeitern zu helfen, sondern um die Stellung der anderen Parteien, vor allem der Sozialdemokraten, festzustellen und agitatorisch zu verwerten. Dieses allzu deutliche Eingeständnis kommunistischer Agitationspolitik war selbst dem Abgeordneten Schulz-Neukölln fatal, der vergeblich versuchte, den peinlichen Eindruck der Ausführungen seines Freundes Wollweber zu verwischen. — Der Antrag verfiel nach dieser Begründung selbstverständlich der Ablehnung.

Ein Zentrumsantrag, die in der Schwebe befindlichen Lohnverhandlungen für die Staatsarbeiter durch Gewährung einer angemessenen Lohnerhöhung zum Abschluß zu bringen, wurde auf Antrag des Berichterstatters durch die inzwischen erfolgte Lohnerhöhung für erledigt erklärt. Abgeordneter Winzer (Soz.) wies aber darauf hin, daß die Erregung der Staatsarbeiter durch die Art der Erledigung dieser Forderung auf Lohnerhöhung begreiflich sei. Namentlich verdiene das Verhalten des Sachbearbeiters im Finanzministerium schärfste Kritik. Dank des Eingreifens des Ministerpräsidenten Braun sind die lange in der Schwebe befindlichen Verhandlungen endlich wieder in Fluß gekommen und Lohnerhöhungen durchgesetzt worden, wenn auch nicht in der gewünschten Höhe, wie die Staatsarbeiter es gefordert haben. Er hoffe, daß in Zukunft sich solche Mißhelligkeiten bei Verhandlungen mit den Staatsarbeitern nicht wieder einstellen.

Sodann beschäftigte der Hauptausschuß sich mit einem **sozialdemokratischen Antrag**, der sich mit der

ungeheuren Notlage der Stadt Langenbielau

befaßt. Der Antrag stellt spezifizierte Forderungen; so verlangt er Uebernahme des von der Stadt allein zu tragenden Beitragsfünftels für die Krisenfürsorge für 1929 auf den Staat, Beihilfen für Kinderspeisung, einen laufenden Unterhaltszuschuß von 5000 Mark für ein Erholungsheim für tuberkulosekranke Kinder, besondere Hauszinssteuermittel und Baudarlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen usw. Die Aussperrung der schlesischen Textilarbeiter, die die Notlage besonders in Langenbielau verschärft hat, gibt diesem Antrag erhöhte Bedeutung. Schon vor der Aussperrung waren annähernd 50 Proz. der Arbeiterschaft voll erwerbslos.

Abgeordneter Lang-Langenbielau (Soz.) wies als Berichterstatter auf die völlige Abhängigkeit der Stadt Langenbielau von der Textilindustrie hin. Das sprichwörtliche Weberelend, die ungeheure Arbeitslosigkeit, bedingen eine gewaltige Belastung der Stadt an sozialer Fürsorge, insbesondere an Kinderspeisungen. Erschwerend falle ins Gewicht, daß alle bisherigen Beihilfen fortgefallen sind. Wohnungselend, Tuberkulose und Sterblichkeit der Bevölkerung hätten in diesem Hungergebiet die Spitze erreicht. Daß unter solchen Bedingungen die Einnahmen der Stadt in keinem Verhältnis zu den Ausgaben stehen, liege auf der Hand.

Die sozialdemokratische Fraktion habe den Antrag nicht nur in der Erwartung gestellt, daß er angenommen wird. Es müsse auch gleichzeitig der Regierung die Verpflichtung auferlegt werden, unter allen Umständen helfend einzugreifen. In den letzten Wochen habe sich zu allem Unglück die Notlage und

das Elend der Textilarbeiter durch die grundlose Aussperrung ins Ungemessene gesteigert.

Durch diese Aussperrung seien selbstverständlich auch der Stadt Langenbielau außerordentliche Ausgaben erwachsen. Der Redner legt dem Ausschuß eine Anzahl Originalphotographien zur Illustrierung der unsäglich schlechten Wohnungsverhältnisse vor. Dieselben Notstände herrschten im ganzen Kreise Reichenbach und insbesondere in der Stadt Peterswaldau. Die Staatsregierung möge erklären, wie sie sich ein Eingreifen denkt.

Ein Vertreter des Innenministeriums gab zu, daß die Notstände des Kreises Reichenbach und der Stadt Langenbielau außerordentlich groß seien. Die Staatsregierung werde deshalb 500 000 Mark an Krediten zur Verfügung stellen. Besondere Fonds ständen leider nicht zur Verfügung. Erfreulicherweise habe sich der Finanzminister mit dieser Hilfsaktion einverstanden erklärt. Für Langenbielau aber werde nichts anderes übrig bleiben als die Realsteuern zu erhöhen. Auf den Rückfluß der jetzt zur Verfügung gestellten Mittel könne aber mit Rücksicht auf andere hilfsbedürftige Gemeinden nicht verzichtet werden.

Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß die Notlage der Stadt Langenbielau keine ständige, sondern durch die schlechte Konjunktur verschuldete sei. Immerhin habe das Finanzministerium Verständnis für die besondere Lage der Stadt und werde für den zur Verfügung gestellten Kredit einen erheblich verbilligten Zinssatz gewähren.

Die Vertreter des Wohlfahrtsministeriums

lehnten zwar ab, für das in Langenbielau errichtete Tuberkulosekinderheim einen laufenden Zuschuß zu gewähren, stellten aber eine einmalige Beihilfe in Aussicht. Außerordentlich befremdend wirkte die Erklärung, daß ein Wohnungsmangel in Langenbielau nicht bestehe. Die Arbeiter seien, wenn auch schlecht, untergebracht. Aber solche schlechten Wohnungsverhältnisse beständen auch in anderen Gemeinden. Sehr seltsam war auch die Bemerkung, daß das Wohlfahrtsministerium nicht in der Lage sei, besondere Zuschüsse für Kinderspeisungen zu geben, daß im Gegenteil vor einer Bevorzugung einzelner Gemeinden dringend zu warnen sei.

In der Aussprache bedauerte der Abg. Beuermann (D. Vp.), daß durch die Aussperrung der Textilarbeiter in Schlesien

„so eine Art Klassenkampf"

zwischen Arbeitern und Unternehmern ausgebrochen sei. (Heiterkeit.) Er forderte Einwirkung auf die Reichsregierung, beim Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages und bei Aenderung des tschechischen Handelsvertrages die Interessen der notleidenden Textilindustrie ausreichend zu berücksichtigen.

Der Abg. Winzer (Soz.) führte aus, daß die Schlesier das bittere Gefühl hätten, als ob die Notlage ihrer Heimat vielfach nicht so gewürdigt wird wie in den anderen Grenzgebieten. Der Kreis Reichenbach und insbesondere die Stadt Langenbielau seien als ausgesprochene Textilgebiete durch das Fehlen der bisherigen Absatzgebiete in besonders schwierigen Verhältnissen. Daher sei die Notlage dort nicht nur vorübergehend, wie der Regierungsvertreter behauptete, sondern eine dauerde. Er erklärte, daß die Ausführungen der Regierungsvertreter keineswegs zufriedenstellend gewesen seien. In Langenbielau, in Peterswaldau und im ganzen Kreise Reichenbach sei das Wohnungselend mit all seinen Folgeerscheinungen katastrophal. Das sprichwörtliche Weberelend sei die Grundlage für den Klassenkampf, den Herr Beuermann nun auch schon bemerkt habe. In keiner Gegend Deutschlands sei der Unterschied zwischen Elend und Besitztum so kraß als in diesem Bezirk. Dabei seien die Gewinne der Textilunternehmer, die jetzt die hungernden Textilarbeiter ausgesperrt haben, immer noch ganz respektabel gewesen. Der Redner kritisiert sodann noch sehr scharf die mangelnde Hilfsbereitschaft des Wohlfahrtsministeriums in bezug auf Wohnungsbau und Kinderspeisungen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich mit all seinen Forderungen unverändert angenommen.

Kommunistische weitergehende Agitationsanträge verfielen der Ablehnung. Ein Antrag der Volkspartei, beim Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages die Notlage der schlesischen Textilindustrie besonders zu berücksichtigen, wurde ebenfalls angenommen.

Passive Resistenz bei Siemens

Die Durchführung des neuen verbindlich erklärten Schiedsspruches für die Berliner Metallindustrie macht den Unternehmern einige Kopfschmerzen. Die Unternehmer verweigern in allen Fällen, in denen bereits die Durchschnittsverdienste und auch die Löhne die Höhe des Schiedsspruches vorher erreicht haben, jegliche Zulagen. Deshalb entstehen in den meisten Betrieben Differenzen mit den einzelnen Arbeitergruppen.

Auch der Siemenskonzern darf bei diesen Differenzen nicht fehlen. Im Wernerwerk F. in der Abteilung: Vorwählerrahmenbau verlangten die 180 Frauen und die sechs Einrichter, daß ihre Löhne und Akkorde nach dem neuen Schiedsspruch bezahlt werden sollten. Die Firma lehnte eine Erhöhung der Akkordpreise ab, weil folgende Verdienste erzielt worden seien: Löterinnen: 69 Pf., Justiererinnen: 69 bis 72 Pf., Wicklerinnen: 69,2 Pf., Montiererinnen: 69 Pf., Kontrolle: 70,3 Pf. Nachdem die Forderung auf Erhöhung der Akkordpreise abgelehnt und keine Zulage gewährt wurde, traten die Arbeiterinnen dieser Abteilung am Mittwoch dieser Woche ab 3 Uhr in passive Resistenz. Die Verhandlung mit der Betriebsvertretung am Donnerstag verlief ergebnislos. Darauf nahmen die Arbeiterinnen die Arbeit nicht wieder auf und wurden wegen Arbeitsverweigerung fristlos entlassen.

Die Folgen, die diese Bewegung haben wird, sind zurzeit noch nicht abzusehen.

Kein Streik im Lunapark.

Verhandlungen in letzter Stunde führten zu einer Einigung zwischen der Belegschaft und der Direktion des Lunaparks. Der von den Arbeitern angenommene Schiedsspruch hat jetzt auch die Zustimmung der Direktion gefunden, nachdem die Arbeiterschaft noch das Zugeständnis machte, daß der erhöhte Lohn erst von der laufenden Woche ab zu zahlen ist.

Lohntarif der Buchdrucker allgemeinverbindlich

Freie Lohnvereinbarung für das Schriftgießergewerbe.

Die im März dieses Jahres von den Tarifparteien für das Buchdruckgewerbe abgeschlossene Lohnvereinbarung ist mit Wirkung vom 1. April 1929 vom Reichsarbeitsminister allgemeinverbindlich erklärt worden. Dadurch hat der Lohntarif der Buchdrucker für das ganze Reich Rechtsgültigkeit erlangt. Die Bestimmungen des Tarifs gelten für alle in Buch- und Zeitungsdruckereien und in Buchdruckabteilungen anderer Unternehmungen Beschäftigten, mit Ausnahme derjenigen, für die andere Tarife maßgebend sind.

*

Im Schriftgießergewerbe haben die Lohnverhandlungen zu einer freien Vereinbarung geführt. Der Spitzenlohn wird um 6 Pf. pro Stunde erhöht. Reine Akkordarbeiter erhalten 4 Proz. Zuschlag, während für alle anderen Lohnklassen eine prozentuale Lohnerhöhung eintritt. Das Abkommen gilt vom 3. Juli 1929 bis 30. September 1930. Ueber die Verbesserung des bis Ende März 1930 laufenden Reichsstücklohntarifs soll im Herbst verhandelt werden.

Montag Verhandlungen im Ruhrbergbau.

Essen, 14. Juni.

Die Schlichtungsverhandlungen für die Bergarbeiter des Ruhrbezirks beginnen auf Einladung des Schlichters am Montag, dem 17. Juni, vormittags 10 Uhr, beim Zechenverband in Essen.

Ein spitzer Keil abgebrochen.

London, 14. Juni. (Eigenbericht.)

Ein Londoner Morgenblatt hatte in seiner Freitagausgabe in sensationeller Aufmachung von einem Vorstoß des britischen Bergarbeiterverbandes gegen die Regierung berichtet, als dessen Zweck die sofortige Aufhebung des konservativen Achtstundentaggesetzes für den Bergbau angeführt wurde.

Der durchsichtige Zweck dieses Manövers war, nachzuweisen, daß die Gewerkschaften durch übereilte Forderungen eine Art Revolverpolitik gegen die Arbeiterregierung zu betreiben gedachten. Die Zeitungsmeldung wird nunmehr vom Bergarbeiterverband dementiert. Der Präsident des Verbandes, Herbert Smith, fügte dem offiziellen Bulletin persönlich hinzu, er hoffe, daß sein Verband alle nötigen Rücksichten auf die Regelung nehmen werde, daß jedoch andererseits der Weg zu der früheren Regelung (Siebenstundentag) zurückgefunden werden müsse.

Internationale Arbeitskonferenz.

Rede Albert Thomas'.

Genf, 14. Juni. (Eigenbericht.)

Die allgemeine Aussprache über die Tätigkeit des Arbeitsamtes wurde am Freitag von Albert Thomas mit einer groß angelegten Schilderung der Lage des Arbeitsamtes und seiner Tätigkeit beendet. Thomas beschäftigte sich vor allem mit den Hemmnissen, die die Tätigkeit des Amtes dadurch erleide, daß wirtschaftlich sehr wichtige Staaten, wie die Vereinigten Staaten und Rußland, sich nicht an den Genfer Arbeiten beteiligen. Er bedauerte ferner die sehr peinliche Tatsache, daß Argentinien, das im vorigen Jahre den Präsidenten der Arbeitskonferenz stellte, sich seitdem zurückgezogen habe und überhaupt nicht vertreten sei. Besondere Möglichkeiten, diese Staaten zu näherer Mitarbeit heranzuziehen, beständen nicht. Thomas wies im übrigen eine Reihe von Vorstößen der Arbeitgeber aus der voraufgegangenen Generaldebatte zurück. Er warnte davor, die Hoffnungen, die die Arbeiterklasse seit 1919 in die Tätigkeit der Arbeitskonferenzen setze, durch Beschränkungen und Verwässerungen der Ergebnisse der bisherigen Arbeit zu enttäuschen.

In bezug auf die Ratifikation ist Thomas Optimist. Es seien seit Beginn der Konferenz eine ganze Reihe neuer Ratifikationen von den verschiedensten Staaten angekündigt worden.

Nach der Rede Albert Thomas' nahm die Internationale Arbeitskonferenz mit 76 gegen 5 Stimmen einen Entschließungsentwurf an, der von den belgischen und deutschen Arbeiterdelegierten unterbreitet worden war und in dem der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ersucht wird, zu prüfen, ob nicht auf die Tagesordnung einer nächsten Konferenz die Frage der wöchentlichen Ruhezeit für die Glasarbeiter gesetzt werden soll.

Ferner wurde mit 82 gegen 1 Stimme ein Resolutionsentwurf des ungarischen Regierungsvertreters Marffy-Mantuano angenommen, der sich dahin ausspricht, daß die Frage der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung auf die Tagesordnung einer der nächsten Konferenzen zu setzen sei.

Protest gegen den Terror in Litauen.

Die Arbeitergruppe der 12. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf beschloß gegen die ungerechtfertigten Verhaftungen in Litauen, die Schließung der Geschäftsstellen der Gewerkschaften und die Verletzung der Gewerkschaftsfreiheit, die ohne Unterschied gegen die freien und christlichen Gewerkschaften jeden Tag von neuem begangen werden, energisch zu protestieren. Die Arbeitergruppe fordert, daß das Leben und die Freiheit aller in Litauen geachtet wird. Sie erklärt ihre Solidarität mit den in Litauen Verfolgten und wird protestieren, bis die Ungerechtigkeit und Brutalität in Litauen endlich ein Ende finden werden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Morgen, Sonntag, Probe des Sprech- und Bewegungschors im Freilicht-Theater Volkspark Jungfernheide, Treffpunkt 8¼ Uhr am Bahnhof Jungfernheide. — Die Sonnenwendfeier der Freien Gewerkschaftsjugend findet statt am Sonnabend, dem 22. Juni, um 21 Uhr, im Freilicht-Theater des Volksparks Jungfernheide. Mitwirkende: Alfred Beierle, „Der junge Chor", Dirigent Heinz Uhlfeld, Sprech- und Bewegungschor der FGJ. Berlin, Schüler der Hochschule für Musik. Unkostenbeitrag 50 Pf. Fahrverbindungen: Ringbahn bis Bahnhof Jungfernheide, Straßenbahn: Linien 3, 12, 55, 64. Karten sind noch zu haben in der Jugendzentrale, Engelufer 24–25, 1 Trp., in den Jugendabteilungen der Verbände, in den Jugendgruppen und im Zigarrengeschäft von Horsch, Berlin, Engelufer 24–25.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlern; Feuilleton: R. H. Döcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Gewinnauszug
3. Klasse 33. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

1. Ziehungstag — 14. Juni 1929

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 120 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 255406
2 Gewinne zu 5000 M. 311294
2 Gewinne zu 3000 M. 27041
4 Gewinne zu 2000 M. 38050 354968
4 Gewinne zu 1000 M. 9204 132364
12 Gewinne zu 500 M. 18516 30484 126110 225031 276340 292586
32 Gewinne zu 500 M. 13470 26729 37270 52141 57836 69469 126279 164480 171743 183380 186690 197782 207959 304348 315391 315732
108 Gewinne zu 400 M. 15324 21746 23305 27269 28617 29347 34683 36583 43569 46814 68301 69064 72106 82827 85244 86450 89809 107360 109690 120461 124238 132371 148527 149584 155304 156450 199120 201337 209862 223377 228015 247632 260829 262902 268528 269334 271277 277626 284405 286210 300343 303387 318833 319246 320995 321368 325523 328929 335744 341415 373955 387368 388716 394713
258 Gewinne zu 240 M. 371 4285 7408 12452 13843 16151 21429 21750 24862 28986 31821 35014 36177 44348 46548 51074 51523 53316 56629 57902 60066 69392 71299 73644 74948 78760 78975 81231 85116 89228 96136 103937 108526 114461 114561 114927 117696 119210 120701 123188 125674 130028 132830 136863 140727 145121 148755 152293 156473 161640 163570 163927 164701 165372 165688 170301 170984 178140 178685 181824 183045 185889 190431 195568 207221 216408 219319 222146 223300 223424 225166 229760 232045 235149 245261 254090 258726 264537 265202 266806 269114 271143 271501 277877 280630 281610 282717 285189 286660 292152 292497 292881 303241 304288 320983 320997 321432 321828 322470 326677 329333 330333 332069 335960 335993 336260 339071 339388 342730 344848 345860 346988 349115 349572 350487 353908 355627 361408 369090 371220 371252 372895 380168 387353 388180 388788 389088 392414 399189

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 120 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 282946
2 Gewinne zu 3000 M. 211067
2 Gewinne zu 2000 M. 336711
8 Gewinne zu 1000 M. 46326 231633 262395 333130
8 Gewinne zu 500 M. 28161 35281 110350 376296
28 Gewinne zu 500 M. 90856 136353 156300 203470 238102 260669 279008 336416 361913 363463 365681 385020 399623
102 Gewinne zu 400 M. 8178 10503 24651 25701 33751 41557 46346 46677 49346 49784 66103 70635 73411 75565 87645 92319 119991 121254 140075 165685 178191 182786 188392 193063 196766 197766 200548 215571 215672 218807 221674 230549 235576 237543 252957 262216 310997 313211 329177 329297 331172 333881 334102 346996 348606 364220 370722 381618 382034 393845 395275
230 Gewinne zu 240 M. 6311 6437 7509 7618 9464 10051 18428 22027 32181 36641 44940 45693 46722 46756 52839 66187 83844 94784 98767 102343 107092 109656 110084 116345 116190 124593 126545 130459 130824 136639 140192 147959 150519 153011 154811 157643 164728 167438 168201 171288 172854 174601 180685 185750 185923 186333 187165 187301 187770 188613 193415 194309 196607 196314 201473 201997 215902 219076 222317 228754 235377 238944 246378 250420 250785 254151 267372 271753 274270 277310 277798 279938 280955 283173 285768 292653 294879 297001 297130 298847 301701 302221 304083 305564 308420 309347 310062 318114 325320 327769 330005 331388 336047 339209 339541 344927 345581 347414 347458 350190 352207 355156 356267 356319 357659 357895 363072 364160 376473 379550 380301 384292 384916 388612 392649

Die in der heutigen Vormittagsziehung gezogenen beiden Hauptgewinne von je 100000 Mark fielen auf Nr. 255406 in Abteilung I nach Berlin, in Abteilung II nach Berlin.

Orts-Krankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter zu Berlin.

Den Herren Arbeitgebern sowie den Mitgliedern teilen wir mit, daß die am 2. Mai 1929 vom Ausschuß beschlossene Aenderung des § 44 Abs. 1 der Satzung vom Oberversicherungsamt am 5. Juni 1929 genehmigt worden ist. Demnach betragen die Beiträge ab 17. Juni 1929 sieben Hundertstel des im § 15 festgesetzten Grundlohnes für jeden Kalendertag.

Berlin, den 15. Juni 1929.

Der Vorstand.

Fr. Meersbach, Vorsitzender. Richard Graupenhin, stellv. Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Montag, den 17. Juni, abds. 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25 (Großer Saal)

Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher, Werkzeughärter und Hartschleifer

Tagesordnung
1. Branchenangelegenheiten.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Dr. Richter gesteht einen Meineid.

Schwer belastende Zeugenaussagen.

Bonn, 14. Juni.

Der dritte Verhandlungstag im Prozeß Dr. Richter begann mit der Zeugenvernehmung zum zweiten Teil der Anklage, der Mordangelegenheit. — Im Laufe der Nachmittagssitzung ließ Dr. Richter durch seinen Verteidiger erklären, daß er seinerzeit in der Ehescheidungsklage der Frau Mertens einen Meineid geleistet habe. Damit hat Dr. Richter den ersten der beiden Anklagepunkte, der auf Meineid lautete, als richtig anerkannt.

Der Zeuge Student Barth, der seit 1927 bei der Mutter der Verstorbenen wohnt, war an dem kritischen Tage abends nach dem Theater gegen ½11 Uhr nach Hause gekommen. Frau Mertens habe ihn gebeten, nicht in die Küche zu gehen, da sie Besuch habe. Sie sei sehr gut aufgelegt gewesen. Nach dem Abendessen sei er gegen 11¼ Uhr fortgegangen und bis gegen 1 Uhr weggeblieben. Er habe sich bei seiner Rückkehr über die Unordnung in der Küche zwar gewundert, sich aber dann schlafen gelegt. Die Zeugin Frau Joseph Müller hatte an dem betreffenden Abend, ehe sie ins Theater ging, ihr Kind, das mit dem der Frau Mertens gleichaltrig ist, zu Frau Mertens gebracht und holte es nach 11 Uhr ab. Frau Mertens sei in einer sehr glücklichen Stimmung gewesen und habe gesagt: „Dr. Richter ist jetzt zu Besuch bei mir. Mein Herzalerliebster ist in der letzten Zeit ganz verändert. Ich habe zwar Dr. Richter in Königswinter treffen wollen, habe ihn aber schriftlich gebeten, nach Bonn zu kommen, da meine Mutter verreist ist." Beim Abschied habe Frau Mertens noch in der Haustüre gesagt: „Auf Wiedersehen bis morgen!" Zeuge Student Stillger wohnte in der Unglücksnacht in der Etage über Frau Mertens. Kurz nachdem er sich gegen 12 Uhr schlafen gelegt hatte, sei er durch einen

furchtbaren Notschrei geweckt

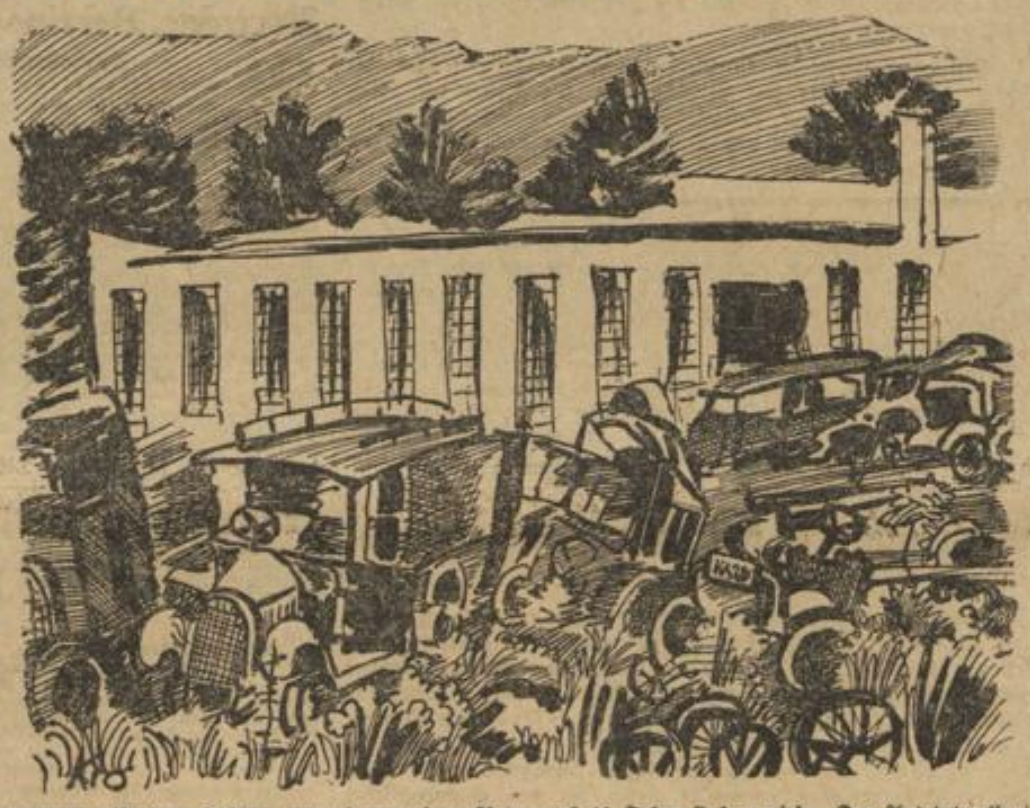
worden. Ein zweiter und dritter derartiger Schrei seien nach einigen Minuten erfolgt. Beim letzten Schrei habe er sich angezogen und etwa eine Viertelstunde an seiner Tür gestanden. Er habe dort das Umfallen von Stühlen und Tischen sowie das Klirren von Porzellan gehört. Auch sei es innerhalb des Mertensschen Flures recht laut gewesen. Er habe ferner gehört, wie Frau Mertens ihrem Kinde zugerufen habe: „Liselotte, komm doch zur Mutter, Mutter muß sterben! Er habe weiter gehört, wie Frau Mertens verschiedentlich versucht habe, die Korridortür zu öffnen, sie sei aber immer wieder zugeschlagen worden. Auch habe er Frau Mertens mehrere Male rufen hören: „Laß mich hinunter, ich will doch nur zum Klosett." Später sei dann Frau Mertens mit dem Herrn fortgegangen und habe sich dabei am Geländer festgehalten. Die in dem Mertensschen Hause wohnende Zeugin Frau Banting sagt in ähnlichem Sinne wie der Student Stillger aus. Sie habe von ihrem Fenster aus später auch beobachtet, daß Frau Mertens nach der gegenüberliegenden Polizeiwache habe gehen wollen. Dr. Richter habe sie aber mehrere Male am Arm zurückgerissen.

Die kritische Nacht.

Nach weiteren Zeugenaussagen wurde Dr. Richter zur Mordangelegenheit an Frau Mertens vernommen. Die Anklage wirft ihm in ihren zwei Punkten bekanntlich vor, in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember 1928 Frau Mertens mit Strophantin vergiftet zu haben. Der Angeklagte äußert sich hierzu ungefähr wie folgt: Es gibt verschiedene Arten von Nasenerkrankungen, gegen die Reizmittel angewandt werden. Unter diesen Mitteln befindet sich auch Strophantin. Im Jahre 1923 erhielt ich dieses Gift zum erstenmal von dem Dozenten der Aachener Hochschule, Lambert Schmidt, den ich in Aachen besuchte. Er schenkte mir 10 Milligramm in einem kleinen Glasröhrchen. Im Mai 1928 wandte ich das Gift bei einer Patientin in Stärke von einem Zehntel der Maximaldose an. Auch bei einem Rheinschiffer wandte ich das Gift an, und dieser glaubte, ein Nachlassen seiner Beschwerden feststellen zu können. Am 9. November 1928 (drei Wochen vor der Mordtat) kam ein Patient namens Seitz zu mir und klagte über Verlust des Geruchssinnes. Gleichzeitig war auch der Geschmack beeinträchtigt. Aus diesem Grunde fragte ich am 16. November bei dem Binger Apotheker Magerstaedt nach Strophantin. Da er es nicht vorrätig hatte, wurde es bestellt und mir am 29. November aus der Apotheke ausgehändigt.

Der Angeklagte schildert dann weiter, daß er in Bonn mit Frau Mertens im sogenannten weißen Zimmer gesessen habe, doch seinen Mantel, Hut und Aktentasche, in dem sich ärztliche Instrumente und das Strophantin befunden hätten, habe Frau Mertens nebenan in das Zimmer eines abwesenden Studenten getragen. Im Laufe des Abends habe sie über heftige Schmerzen geklagt und ihn gebeten, sie zu untersuchen. Er habe abgelehnt und sie ersucht, sich am nächsten Tage in der Frauenklinik untersuchen und behandeln zu lassen. Frau Mertens habe später wieder von der Vornahme einer Untersuchung angefangen. Er habe sich aber davor zu drücken versucht mit dem Bemerken, daß er keine Instrumente bei sich habe. Als sie aber weiter in ihn gedrungen sei, habe er sich schließlich dazu bereit erklärt. Sie sei dann aus der Küche, in die sie sich inzwischen begeben hatte, fortgegangen und nach etwa fünf Minuten mit einem Mullläppchen und einem Fingerling, sowie einem kleinen Blechdöschen mit Vaseline wiedergekommen. Auf dem Küchentisch habe er Frau Mertens dann untersucht. Als sich Schmerzen einstellten, sei er mit Frau Mertens in die Klinik gefahren, wo, noch in der Nacht, ihr Tod erfolgte. Er sei dann selbst zur Polizeiwache gegangen, um dort mitzuteilen, daß Frau Mertens gestorben sei. Bei seiner Ankunft auf der Polizeiwache habe der Polizeibeamte Mertens seinen Bericht bereits fertig vorliegen gehabt. Man habe dann den Kommissar geweckt, und auch Kriminalbeamte hätten ihn sofort ausgefragt und seine Sachen untersucht. Auf den Vorwurf eines Polizeibeamten, er habe einen kleinen Gegenstand in der Größe einer halben Zigarette in das Feuer geworfen, wahrscheinlich sei es ein Medizingläschen gewesen, meinte der Angeklagte, es handle sich um ein vollständig zusammengeknäultes Taschentuch. Er habe sich in der Nacht nach der Untersuchung die Hände gewaschen und sich die Finger an einem kleinen Taschentuch abgetrocknet. Dieses habe er auf der Wache aus der Tasche gezogen und in den brennenden Ofen geworfen, da es von der Untersuchung her sehr übel gerochen habe. Das Taschentuch sei außerordentlich klein und fest zusammengeknäult gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er bei seiner ersten Vernehmung niemals Strophantin erwähnt habe, meinte Dr. Richter, er habe das absichtlich nicht getan, bis tatsächlich festgestanden habe, daß Frau Mertens überhaupt vergiftet worden sei.

Ein Berliner Autofriedhof.



Unter freiem Himmel ein Gewirr von Autos, die sich totgelaufen haben; Personenwagen, Droschken, Lastkraftwagen in der Auflösung begriffen, hie und da noch mit der schadhaften Karosserie, meistens aber nur noch im Skelett vorhanden. Haufen von Rädern ohne Pneumatiks, Federn, Kurbelwellen. In einer Ecke das „Krematorium": ein offenes Feuer, über dem die Karosserien verbrannt werden, um die Eisenteile ohne umständliche Arbeit herauszulösen. Als Abschluß ein weitläufiges Magazin, in dem die „Verschleißartikel" nach den einzelnen Fabrikmarken fein säuberlich aufgestapelt sind, um in gebrauchte Wagen wieder eingebaut zu werden. Für einen alten, unbrauchbaren Wagen werden 50 bis 100 M. gezahlt, für Lastwagen bis zu 350 M. Die Preise richten sich in erster Linie nach den vorhandenen Metallteilen; vor allem ist Aluminium geschätzt. Zum Unterschied von den „Ausschlachtwagen", die so kaputt sind, daß sich keine Reparatur mehr lohnt, landen hier noch „fahrwertige" Wagen, bei denen das schadhafte Objekt (Zahnräder, Kupplung) ersetzt werden kann. Eigenartig ist das Fehlen von Mercedeswagen auf dem Autofriedhof, die sind zu solid „gebaut", erklärt der Abwrackhändler. Die Lebensdauer eines Durchschnittswagens von heute kann man auf 20 Jahre festsetzen. Doch ist bei der steigenden Autoproduktion zu erwarten, daß die künftige Lebensdauer eines Autos auf 10 Jahre sinken wird. Der Autointeressent wird wahrscheinlich öfter vor die Wahl gestellt werden: kostspielige Reparatur oder neuer Wagen. Ein Ueberangebot von gebrauchten Wagen wird einsetzen und das Abwrackaute zu einem Mimusobjekt herabsinken, das man wie in Amerika an der Landstraße liegen läßt.

Jack London:

56] **Lockruf des Goldes**

(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

„Ja und nein. Es gibt Dinge, die man nicht tun darf, und solange ich nicht Lust habe, sie zu tun, ist es mir auch einerlei."

„Wenn Sie aber Lust haben?" fragte sie schnell.

„Dann tue ich sie." Bei dieser Willenserklärung hatte er die Lippen zusammengepreßt, aber im nächsten Augenblick schränkte er seine Behauptung etwas ein: „Das heißt, meistens. Aber ich verstehe nicht, warum man etwas nicht tun darf, wenn es nicht schlecht ist und niemand schadet — dies Reiten zum Beispiel."

Sie spielte eine Zeitlang nervös mit einem Bleistift, als dächte sie über ihre Antwort nach, und er wartete geduldig.

„Dies Reiten," begann sie, „ist nicht das, was man ‚guten Ton' nennt. Ich überlasse es Ihnen selbst, Ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Sie kennen die Welt. Sie sind Herr Harnish, der Millionär — —"

„Der Spieler," unterbrach er sie barsch.

Sie nickte ihre Zustimmung zu diesem Ausdruck und fuhr fort:

„Es ist eine ganz einfache und recht gewöhnliche Situation, in der wir uns befinden. Ich stehe in Ihren Diensten. Es kommt nicht darauf an, was Sie oder ich, sondern was andere Menschen darüber denken. Und darüber brauche ich Ihnen weiter nichts zu sagen, das wissen Sie selber."

Ihre kühle Art, die Sache zu behandeln, stimmte nicht ganz mit ihren wirklichen Gefühlen überein — das meinte Daylight wenigstens, als er jetzt die Anzeichen weiblicher Erregung, die weichen Linien ihrer Gestalt, die wogende Brust und die Röte sah, die die Bewegung auf ihren Wangen hervorgerufen hatte.

„Es tut mir leid, daß ich Sie verscheucht habe," sagte er scheinbar zusammenhanglos.

„Sie haben mich nicht verscheucht," erwiderte sie eifrig. „Ich bin kein Schulkind. Ich habe lange für mich sorgen müssen, und ich bin nie bange gewesen. Wir waren zwei Sonntage zusammen, und ich habe mich wahrlich weder vor Ihnen noch vor Bob gefürchtet. Das ist es nicht. Ich kann schon lange für mich einstehen, aber die Welt will auch mitreden. Das ist das Unglück. Was würde die Welt sagen, wenn mein Chef und ich uns jeden Sonntag in den Bergen träfen und miteinander ritten. Es ist albern, aber es ist nun einmal so. Mit einem von den Kontoristen könnte ich ohne weiteres reiten, aber mit Ihnen — nein."

„Aber die Welt weiß es ja gar nicht und braucht es auch nicht zu wissen," rief er.

„Das macht es gewissermaßen noch schlimmer, wenn man weiß, daß man auf heimlichen Wegen herumschleicht und immer das Gefühl hat, etwas Verkehrtes zu tun. Es wäre richtiger und besser, wenn ich öffentlich..."

„Wochentags mit mir frühstücken ginge," erriet Daylight den Sinn ihres unvollendeten Satzes.

Sie nickte.

„Es ist zwar nicht ganz, was ich dachte, aber wir können es sagen. Ich würde vorziehen, offen zu handeln, so daß alle Menschen es sehen können, statt etwas im geheimen zu tun. Es wird ja doch entdeckt. Nicht, daß mir etwas an einer Einladung zum Frühstück läge," fügte sie lächelnd hinzu. „Ich bin sicher, daß Sie meine Lage begreifen."

„Aber warum dann nicht offen mit mir durch die Berge reiten," fragte er.

Sie schüttelte den Kopf, wie er sich einbildete, mit einem Hauch von Bedauern, und sein Verlangen nach ihr wuchs so schnell, daß es ihm fast die Besinnung raubte.

„Sehen Sie, Fräulein Mason, ich verstehe, daß Sie über so etwas nicht im Geschäft reden mögen. Ich auch nicht. Das gehört auch dazu, denke ich, ein Mann darf mit seiner Sekretärin nicht über andere Dinge im Geschäft sprechen. Wollen Sie nächsten Sonntag mit mir reiten, dann können wir weiter über die Sache reden und vielleicht einen Ausweg finden. In den Bergen ist der richtige Ort. Ich denke, Sie kennen mich genügend, um zu wissen, daß ich ein einigermaßen anständiger Mensch bin. Ich — ich achte und ehre Sie, und ich..." Er begann zu stottern, und die auf dem Löscher ruhende Hand zitterte sichtbar. Er nahm sich zusammen. „Heißer habe ich mir noch nie etwas in meinem Leben gewünscht. Ich — ich — ich kann nicht erklären, was ich meine, aber es ist, wie ich sage. Wollen Sie? — Nächsten Sonntag? Morgen?"

Aber er ließ sich nicht träumen, daß er ihr kaum hörbares Ja mehr als allem anderen den Schweißtropfen auf seiner Stirn, seiner zitternden Hand und seiner allzu augenscheinlichen Bedrängnis verdankte.

*

„Aus dem, was die Leute sagen, erfährt man natürlich nie, was sie eigentlich wollen."

Daylight berührte Bobs rebellische Ohren mit der Peitsche und dachte unzufrieden über seine letzte Aeußerung nach. Sie drückte nicht aus, was er eigentlich gemeint hatte.

„Ich möchte, daß Sie mir rein heraus sagten, Sie wollten mich nicht mehr treffen, und daß Sie mir Ihre Gründe dafür angäben. Aber wie kann ich den wissen, ob es Ihre wirklichen Gründe sind. Vielleicht haben Sie keine Lust, näher mit mir bekannt zu werden, und wollen es nur nicht sagen aus Furcht, mich zu verletzen. Können Sie es nicht einsehen? Ich bin der letzte auf der Welt, der sich aufdrängen will, wenn andere nichts von ihm wissen wollen. Und wenn ich wüßte, daß Sie sich nicht das geringste aus mir machen, so würde ich mich schleunigst zurückziehen."

Dede lächelte über seine Worte, ritt aber schweigend weiter. Und das Lächeln dünkte ihn das wunderbarste Lächeln, daß er je gesehen. So konnte nur jemand lächeln, der einen ein bißchen gern hatte. Natürlich war sie sich dessen, wie er sich im nächsten Augenblick selbst sagte, ganz bewußt. Es mußte eben so kommen, wenn zwei Menschen ein wenig miteinander zu tun hatten... Jeder Fremde, jeder Geschäftsmann, Angestellte oder sonst wer würde nach einigen zufälligen Begegnungen dieselbe Freundlichkeit gezeigt haben. Aber es machte in diesem Fall besonderen Eindruck auf ihn, denn es war ein so süßes, wunderbares Lächeln. Andere Frauen hatten nie so gelächelt; das war sicher.

Es war ein glücklicher Tag gewesen. Daylight hatte Dede auf dem Wege nach Berkeley getroffen, und sie hatten mehrere Stunden zusammen verbracht. Erst jetzt, als der Tag auf die Neige ging und sie sich dem Gattertor bei Berkeley näherten, begann er den Gegenstand zu berühren, der ihn so beschäftigte.

Sie ging zuerst auf seine letzte Bemerkung ein, und lauschte dankbar. (Fortsetzung folgt.)

Der Kampf um die Schule.

Vor einer Kundgebung sozialistischer Schüler im reaktionären Berliner Westen sprach am Donnerstag Genosse Seydewitz-Zwickau über das Thema „Kriegsgefahr, Faschismus, Schulkampf".

Er zeigte den engen Zusammenhang zwischen den Erziehungsfragen und den wichtigsten politischen Fragen auf und wies darauf hin, daß der Kampf der Arbeiterbewegung nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die Menschen und vor allem die jungen Menschen erzieht zur Einsicht in die wahren Zusammenhänge der auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die höheren Schulen sind immer noch eine Hochburg reaktionärer Gesinnung und ein Rekrutierungsfeld der faschistischen Gegner der Arbeiterbewegung und der Republik. Den jungen Menschen die Verknüpfung ihres instruktiven Freiheitskampfes gegen die verknöcherte Schulbureaukratie mit dem gewaltigen Ringen der Arbeiterschaft bewußt zu machen, ist Aufgabe der sozialistischen Schülerbewegung. Abscheu gegen den Krieg und gegen die faschistischen Methoden der geistigen und physischen Knebelung müssen in der Jugend geweckt werden. Das Bewußtsein, daß die Arbeiterbewegung die einzige wirkliche Sicherheit gegen Krieg und Unterdrückung ist, muß die Schülerschaft dazu führen, sich der großen Front der Arbeiterbewegung einzureihen. Begeisterter Beifall zeigte, daß der Appell des Redners an die Schuljugend nicht ungehört verhallte.

In der Diskussion gefielen sich vier Kommunisten in ermüdender Langweiligkeit darin, immer den gleichen Unsinn zu wiederholen. Ein deutschnationaler Jüngling schmetterte unter dem Gelächter der Anwesenden pathetische Fanfaren über deutsches Heldentum und andere schöne Dinge in den Saal. Er schloß mit der alten Walze vom „Landesverrat" der Sozialdemokraten.

Der Referent rechnete mit den Kommunisten aufs schärfste ab, die sich nicht gescheut hatten zu schwindeln, die Sozialdemokratie habe unter der Bürgerblockregierung den Wehretat bewilligt. Auch den Deutschnationalen überlieferte er der verdienten Lächerlichkeit.

Schule im Licht.

Jubelfeier der Charlottenburger Wald-Volksschule.

Nahe dem Bahnhof Heerstraße liegt unter den Kiefern des Grunewalds die Charlottenburger Wald-Volksschule, die erste Waldschule, die in Groß-Berlin entstand. Fünfundzwanzig Jahre sind es jetzt her, daß sie eröffnet wurde, freudig begrüßt von Freunden und Vorkämpfern des Schulfortschrittes. Damals, im Jahre 1904, wurde sie in der Nähe des Spandauer Bocks untergebracht, etwa an der Stelle des heutigen Sachsenplatzes. Im Jahre 1910 siedelte sie nach dem Gelände über, auf dem sie noch heute ihr Heim hat. Die Erwartungen, die vor einem Vierteljahrhundert an jenen Versuch geknüpft wurden, haben sich erfüllt. Mit Recht durfte bei der Jubelfeier, die am Freitag auf dem Waldschulgelände veranstaltet wurde, an den von dieser Stätte der Erziehung und der Gesundheitspflege ausgegangenen Segen erinnert werden.

An der Feier beteiligten sich mit den Lehrern und Kindern der Schule viele Mitglieder des Charlottenburger Bezirksamts und der Bezirksversammlung, Vertreter der Berliner Zentralverwaltung, im besonderen der städtischen Schulverwaltung, auch des Provinzialschulkollegiums. Der Waldschulleiter Rektor Jaesrich wies in seiner Festrede darauf hin, daß der aus echtem Pestalozzigeist unternommene Charlottenburger Versuch einer Waldschule in allen großen Städten Deutschlands und auch in vielen Städten des Auslandes begeisterte Nachfolge gefunden hat. In fünfundzwanzig Jahren sind 6000 Kinder durch die Charlottenburger Waldschule gegangen, schwächliche und kränkliche Kinder der Volksschule, denen es not tat, daß sie einmal ein halbes Jahr hindurch Tag für Tag vom Morgen bis zum Abend im Freien, in Luft und Licht weilen durften, um zu gesunden. Glückwünsche des Bezirksamtes Charlottenburg brachte Bürgermeister Augustin, der den Fürsorgegedanken der Waldschule hervorhob. Im Namen des Magistrats Berlin und der städtischen Schulverwaltung sprach in Vertretung des Stadtschulrats Nydahl der Magistratsoberschulrat Dr. Fischer. Er betonte, daß die Waldschulsache und überhaupt die Gesundheitspflege für die Schuljugend eine wichtige Aufgabe der Gemeinde ist und ihr besonders am Herzen liegt. Der Magistrat spendete der Waldschule eine Jubiläumsgabe von 2000 M. zur Vervollständigung ihrer Lehrmittel. Kreisschulrat Dr. Vogel als Vertreter des Provinzialschulkollegiums begrüßte in dieser Schule die Schule der neuen Zeit. Auch Vertreter der Lehrerschaft und der Elternschaft brachten Glückwünsche.

Mit einer Waldfeier in Liedern und Gedichten trugen die Kinder der Waldschule zur Verschönerung des Festes bei. Und über den Häuptern der Festgesellschaft pfiffen und flöteten ihr Frühlingslied die Finken und Drosseln, die in den Bäumen des Waldschulgebäudes saßen.

Wann Kommunalwahlen?

Bisher weiß noch niemand, welcher Tag für die Kommunalwahlen ausersehen ist, die Ende dieses Jahres vollzogen werden müssen. In bürgerlichen Blättern findet man von Zeit zu Zeit immer mal wieder einen bestimmten Termin genannt, aber da handelt es sich stets nur um Vermutungen. Jetzt wird gemeldet, daß der Verband der preußischen Landgemeinden den preußischen Minister des Innern um Auskunft gebeten hat, ob das Staatsministerium den Kommunalwahltermin vor oder nach dem 1. Dezember festsetzen will. Der Minister des Innern hat erwidert, das Staatsministerium habe bisher noch keinen Beschluß über die Festsetzung des Wahltages gefaßt. Es werde das voraussichtlich erst tun, wenn sich der Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes über die kommunale Neuregelung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, das kürzlich dem Landtag zugeleitet wurde, übersehen lasse. Auch wir Berliner werden uns noch gedulden müssen.

Ein feiner Hauswirt.

Beschimpfungen und Beleidigungen bleiben straflos.

Vor dem Amtsgericht Lichtenberg hatte sich der 59 Jahre alte Hauswirt Georg Kowalki wegen versuchter Nötigung, Drohung und Beleidigung zu verantworten.

Der Angeklagte ist Eigentümer des Hauses in der Fortuna-Allee 46 zu Biesdorf-Süd. In der Wohnung seiner Tochter wohnt als Untermieter ein Lagerverwalter D., mit dem der Hauswirt in Streitigkeiten geriet. Am 24. April dieses Jahres befand sich die Ehefrau des Lagerverwalters in der Waschküche, sie hatte die Wäsche eingeweicht und war im Begriff, mit ihrer Arbeit zu beginnen, als der Hauswirt auf der Bildfläche erschien und mit den Worten: „Sie haben keine Waschküche in Ihrem Vertrage" sie aufforderte, den Raum zu verlassen. Der Ehemann, der seiner Frau beim Waschen behilflich war, lehnte das ab. Da wurde der Wirt von einer furchtbaren Wut gepackt, ergriff einen zwei Pfund schweren Hammer, und drang damit auf den Lagerverwalter ein, indem er ihm zurief, man müßte ihm gleich den Schädel einschlagen. Inzwischen waren noch andere Mieter in die Waschküche gekommen, die den Wirt hinderten, mit dem Hammer loszuschlagen. Der Mieter, der sich nach diesem Vorfall mit seiner Frau entfernte, wurde von dem Wirt beschimpft, der ihm Ausdrücke wie Urkundenfälscher, Betrüger und Brandstifter nachrief.

In der Verhandlung fragte der Vorsitzende, ob dem Zeugen an der Bestrafung des Wirtes liege. Auf Zureden entschloß sich dieser, seinen Strafantrag wegen Beleidigung zurückzunehmen, im übrigen stellte das Gericht das Verfahren gemäß § 153 ein, das heißt, wegen „Geringfügigkeit". Der Hauswirt ist übrigens wegen Sachbeschädigung und Widerstandes vorbestraft.

Gasunglück in der Potsdamer Straße.

Zwei Arbeiter betäubt.

Auf einem Neubau in der Potsdamer Straße dicht am Kleistpark ereignete sich gestern abend ein glücklicherweise seltener Unfall. Beim Verlegen von Gasröhren wurde scheinbar nicht mit der notwendigen Sorgfalt gearbeitet, so daß an einer undichten Stelle größere Gasmengen ausströmen konnten. Zwei auf dem Bau beschäftigte Arbeiter wurden durch die Gase betäubt und von Arbeitskollegen bewußtlos aufgefunden. Die zur Hilfe gerufene Feuerwehr stellte bei den Gasvergifteten Wiederbelebungsversuche an, die auch von Erfolg waren. Die Gefahrenzone wurde in weitem Kreise polizeilich abgesperrt. Arbeiter der Städtischen Gaswerke stellten den Gasstrang ab und erneuerten das schadhafte Rohr.

Ermäßigung der Kinosteuer geplant.

Die Inhaber der Berliner Kinos haben in der letzten Zeit durch eine lebhafte Agitation gegen die Höhe der von ihnen zu zahlenden Vergnügungssteuer die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken gesucht. Sie erklärten, daß sie ihre Betriebe, wenn ihnen nicht eine Ermäßigung der Vergnügungssteuer bewilligt würde, nicht länger aufrecht zu erhalten vermöchten. Um ihren Klagen mehr Nachdruck zu geben, kündigten sie sogar an, daß sie zum 1. Juli die Betriebe schließen würden. Die Drohung scheint die gewünschte Wirkung gehabt zu haben. Aus dem Rathaus wird jetzt gemeldet:

Die Finanz- und Steuerdeputation beschloß in ihrer heutigen Sitzung, bei der Vergnügungssteuer der Notlage der Kinotheater durch eine individuelle Behandlung der einzelnen Theater Rechnung zu tragen. Die Steuer soll vom 1. Mai bis 15. September bei einem gegenüber dem Vorjahre nachgewiesenen Besucherrückgang von 10 bis 20 Proz. um ein Drittel, bei einem Rückgang von mehr als 20 Proz. um die Hälfte herabgesetzt werden. Die herabgesetzten Beträge werden zunächst gestundet. Am 15. September werden die Beträge, die sich aus dem Besucherrückgang insgesamt ergeben haben, niedergeschlagen. Die gesamte Regelung erfolgt durch die Verwaltung ohne besonderen Antrag. Die Frage, ob eine ähnliche Regelung auch für die Theater nötig ist, soll noch im Unterausschuß geprüft werden. Alle diejenigen Fälle, in denen Pauschsteuer statt Kartensteuer erhoben wird, sollen sofort daraufhin nachgeprüft werden, ob die Pauschalierung noch den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht.

Zu diesem Beschluß wird nun zunächst der Magistrat Stellung zu nehmen haben und dann wird gegebenenfalls die Stadtverordnetenversammlung entscheiden.

---

100 000-Mark-Gewinn gezogen.

Gleich zu Beginn der Ziehung zur dritten Klasse der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf die Nummer 255 406 der 100 000-Mark-Gewinn gezogen. Auch diesmal scheinen wieder die kleineren Spieler besonders begünstigt zu sein. Die Nummer 255 406 wird in beiden Abteilungen in Achtellosen gespielt. Ein Teil der glücklichen Gewinner wohnt im Zentrum Berlins, ein anderer im Westen. **Einzelne Stücke des Hauptgewinns werden auch nach Sachsen auswandern. Die Gewinner sind zum großen Teil alte Stammkunden, die für ihre Ausdauer endlich einmal belohnt wurden.**

Funkwinkel.

„Die Stumme von Portici" als Sendeoper zu geben, war ein Witz; aber kein ganz schlechter. Zwar fehlt für den Hörer die Hauptperson der Oper, die Trägerin der Titelrolle, völlig — und damit die durchgehende Handlung. Niemand kann ohne Kenntnis des Textbuches die dramatischen Zusammenhänge auch nur ahnen. So ist der Eindruck ein höchst unvollständiger. Wer sich aber von der Musik genügen ließ, kam auf seine Kosten. Erstens ist das Aubers Verdienst, der in der „Stummen" eine außerordentlich wirkungsvolle, gegensatzreiche Musikmalerei schuf. Selmar Meyrowitz verstand es auch, dieser großartigen Musik den dramatischen Schwung zu geben. Er fand in den Sängern glänzende Helfer, besonders in Joseph Schmidt, obwohl dieser im Beginn des vierten Aktes anscheinend mit einer vorübergehenden Indisposition zu kämpfen hatte. Auch Berta Kiurina bot in ihrer Rolle mehr als guten Durchschnitt. Sonst war der Tag, abgesehen von einer hübschen Nachmittagsmusik, nicht sehr ergiebig. Aber weshalb werden die Konzerte aus dem Reich eigentlich immer nur auf den Deutschlandsender und nicht auch auf Berlin übertragen? Das schöne Leipziger Konzert am Nachmittag hätte den Berliner Hörern, die nur über Detektorapparate verfügen, sicher eine sehr erwünschte Abwechslung gebracht. Ueberhaupt wäre ein häufigerer Programmaustausch sehr erfreulich — und sehr lehrreich. Prof. Dr. Martin Igels Vortrag über „Die Technik der Eisenbahnstraßen", behandelte das durchaus nicht uninteressante Thema recht langweilig. **Weshalb mußte zu den wirklich überflüssigen Rennübertragungen noch eine Einführung mit, wenn auch nur angedeuteten Tips, gegeben werden? Soll die Wettsucht noch weiter ausgebreitet werden?**

Tes.

Benzinmangel auf dem Ozeanflug.

„Der gelbe Vogel" will auf den Azoren notlanden.

Das französische Flugzeug der „Gelbe Vogel", das zum Transozeanfluge von Amerika nach Europa gestartet ist, hat einem französischen Dampfer durch Rundfunk mitgeteilt, daß das Flugzeug den **Kurs auf die Azoren nehmen** wird, um **dort wegen Benzinmangel landen zu können.** Wenn sich die Wind- und Wetterverhältnisse bessern, so wollen die Flieger versuchen, ohne zu landen von den Azoren nach der portugiesischen Küste weiterzufliegen. Eine andere Meldung aus New York bestätigt, daß das Flugzeug wegen seines starken Gasolinverbrauchs den Kurs nach den Azoren genommen habe. In Fliegerkreisen wird vermutet, daß vielleicht **durch das Mitfliegen eines blinden Passagiers die Berechnungen über den Gasolinverbrauch nicht stimmen.** Der blinde Passagier soll ein 22jähriger Mann namens Artur Schreiber sein, der seit dem Start des „Gelben Vogels" vermißt wird. Schreiber hatte mit einem Freunde ausgelost, wer den Versuch unternehmen solle, als blinder Passagier mitzufliegen. Als das Los ihn traf, soll es Schreiber, der sich einen Monteuranzug anzog, geglückt sein, sich im Flugzeug zu verstecken. Von den Azoren liegen bisher keinerlei Nachrichten vor.

August Sellin — 70 Jahre. Der langjährige Obmann der Revisoren des Bezirksverbandes der SPD., Genosse August Sellin begeht heute seinen 70. Geburtstag. Im Jahre 1883 kam er als Tischlergeselle nach Charlottenburg, wo er auch heute noch seinen Wohnsitz hat. Bald betätigte er sich auch in der Partei und gehörte 1889 mit zu den Gründern des Charlottenburger Wahlvereins. 1901 trat Sellin bei der Charlottenburger Ortskrankenkasse ein, und war von 1902—1908 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Seit 1924 befindet sich Genosse Sellin im wohlverdienten Ruhestand. Wir wünschen dem Jubilar von ganzem Herzen, daß er noch recht lange sein verantwortungsvolles Ehrenamt ausüben möge.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vorm. 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag der Frau Maria Krische: Die sexuelle Belastung der Frau. Harmonium: Berceuse (Godard). Gäste willkommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Sonnabend, 15. Juni. Lichtenberg. Kam. „Boxhagen". Mondscheinfahrt der Kameraden mit Angehörigen nach der Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt von der Oberbaumbrücke um 20 Uhr. **Wassersportabteilung.** 20 Uhr 2. Stiftungsfest in Form eines Kommerses mit Damen im „Alten Krug", Tegel, Hauptstr. 14. — **Sonntag, 16. Juni. Mitte.** Nachmittags treffen sich die Kameraden mit ihren Angehörigen auf dem Sportplatz Friedrichsfelde. **Steglitz.** 10—12 Uhr Sportübung in Lichterfelde, Schützenhaus. **Wassersportabteilung.** Wegen der DWB.-Regatta auf dem Tegeler See wird unsere Hafenausfahrt von 13—18 Uhr gesperrt. Kameraden, die nicht an der Regatta beteiligt sind, bitten wir recht früh auszufahren. **Ruderriege.** Fahrtverbot. Treffpunkt anläßlich der DWB.-Regatta 12½ Uhr Bootshaus Tegel. **Marineabteilung.** Antreten 9½ Uhr Bootshaus Tegel. — **Montag, 17. Juni. Kreis Berlin Westen.** 20½ Uhr Sitzung der Funktionäre der Jugend bei Kroll, Wilmersdorf, Holsteinische Str. 60. **Prenzlauer Berg.** Kam. „Senefelder Platz" bei Heiles, Meyer Straße. **Kreuzberg.** Jugend 3 bei Kropp, Manteuffel 75, Vortrag des Kam. Rektor Kabalke. **Neukölln-Britz.** 20 Uhr 2. Kam. 1. Zug, Versammlung bei Schabelto, Weichselstr. 5. 2. Zug, Versammlung bei König, Böhmische Str. 42—44. 3. Kam. Zug Ebert, Versammlung bei Hinsken, Bode-Ecke Thomasstraße. 4. Kam. 20 Uhr Versammlung. Buschkrug, Rudower Straße Ecke Spittaallee. — **Gauvorstand.** Sitzung der Jungbannerführer um 20 Uhr im Gaubureau. Jungreichsbanner- und Bundesverfassungsfeier. — **Friedrichshain. Kam. Warschau.** Sonnabend, 15. Juni, 19½ Uhr, alle Jungkameraden Bahnhof Warschauer Brücke. Nachtfahrt nach dem Stößensee. Weitere Kameraden Sonntag 7½ Uhr Bahnhof Warschauer Brücke. Bahnhofshalle. Beteiligung von anderen Kameradschaften erwünscht. — **Wedding.** Achtung, Jungbanner! Sonntag, 16. Juni, Führung durch Alt-Berlin. Treffpunkt 9½ Uhr Untergrundbahnhof Spittelmarkt. Gäste willkommen. — **Kreuzberg.** Sonntag, 16. Juni, 7.05 Uhr, Abfahrt Görlitzer Bahnhof nach Lübbenau zur Spreewaldfahrt. Rückfahrkarte 4.90 M. Bundeskleidung. Gäste willkommen. **Montag, 17. Juni.** Jugend 1. 20 Uhr, Jugendheim Yorckstr. 11. Diskussionsabend.

Reichskartell Republik. Sonntag, 16. Juni. **Charlottenburg.** 10 Uhr Schießen im Schützenhaus Zehlendorf. Gleichzeitig Vorschießen der beiden Mannschaften für das nächste Gaupreisschießen. **Köpenick.** Ortsverein. Ab 10 Uhr im Wilhelmshof (am Bahnhof Hirschgarten). Uebungsschießen. — **Ortsverein Lichtenberg.** Sportplatz Friedrichsfelde, Sonntag, 16. Juni, Schießen von 8—12 Uhr die Ortsvereine Friedrichshain und Mitte, ab 12 Uhr bis 17 Uhr Treptow und Lichtenberg. Die folgenden Tage bis einschließlich Freitag, 21. Juni, bleiben den genannten Ortsvereinen ebenfalls vorbehalten.

Der **Gemischte Chor Weißensee** (Mitglied des DASB.), veranstaltet heute, Sonnabend, 15. Juni, im Gesamtetablissement des Orankesee, Hohenschönhausen, ein Strandfest verbunden mit einem Sommernachtsball und Gartenkonzert. Anfang 18 Uhr. Ende 3 Uhr. Eintrittskarten sind zum Preise von 1 M. an der Abendkasse erhältlich.

Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. V. W. [illegible]-Wanderung: Sonntag, 16. Juni. Besuch des Naturschutzgebietes Pfaueninsel unter Führung des Städtischen Kommissars für Naturdenkmalpflege, Herrn Dr. Max Hilzheimer, Direktor der naturwissenschaftlichen Abteilung des Märkischen Museums. Treffpunkt 9 Uhr am Bahnhof Wannsee. Mitglieder frei, Gäste 20 Pfennig.

Deutscher Ido-Bund. Vom 7.—11. August 1929 findet in Freiburg im Br. der Weltkongreß der Anhänger der Weltsprache Ido statt. Bisher liegen Anmeldungen aus folgenden Ländern vor: Frankreich, Deutschland, Luxemburg, England, Schweiz, Schweden, Tschechoslowakei. Jede gewünschte Auskunft über Ido, Unterrichtsmaterial usw. ist erhältlich vom Deutschen Ido-Bund e. V., Saarstr. 73, Berlin-Charlottenburg 9. (Ehrenpräsident: Prof. Wilhelm Ostwald, Großbothen.)

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.) Meist wolkig, Neigung zu Gewitterregen, etwas Abkühlung. — **Für Deutschland:** In der westlichen Hälfte Deutschlands etwas kühler, im übrigen Reiche Fortbestand des herrschenden Witterungscharakters, Neigung zu Gewitterregen, besonders im Westen.

Neue Raumkunst bei Wertheim.

Der Dienst am Kunden beschränkt sich bei dem großen Warenhaus nicht nur auf die Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs, es sucht — und das vor allen Dingen — durch Geschmackskultivierung den Kunden zum besseren, zum lukrativen Käufer zu erziehen. Die Kunstabteilung A. Wertheim in der Bellevuestraße bringt eine neue Idee und eine neue Note in die Kaufgepflogenheiten des Kunstgewerbes. Bisher war auf diesem Gebiet mehr oder minder der Kunde vom Architekten abhängig; je höher der Ruf des letzteren, desto exponenter auch die Preise und überdies die Gefahr, vom Raumkünstler allzu persönlich beeinflußt zu werden. Die neue Geschäftsgebarung Wertheims mit seiner Abteilung „Innenbau" bricht gründlich mit diesen Wertmaßen: sie stellt eine Vermittlungsstelle dar, in der das Publikum frei und unbeeinflußt die Entwürfe seines Geschmackes nach Künstlervorschlägen studieren kann. Eine Arbeitsgemeinschaft anerkannter Innenarchitekten, neben berühmten wie Bruno Paul, Tessenow, Straumer und andere (auch dankenswerterweise eine Reihe jüngerer Kräfte), zeigen an Mustern, was ihre Art und ihr Stil ist. Die Abteilung übernimmt bei der Wahl der Künstler lediglich die Rolle eines unparteiischen Vermittlers. Die zentrale Stelle bedient sich dabei neben der geschmackvollen Ausstellung in den schönen Ansichtsräumen noch eines Vorführungsraums, wo dem Kunden an Hand von ein paar tausend Diapositiven von Innenbauentwürfen das Suchen und Finden erleichtert werden soll. Besondere Abteilungen unterrichten bei sachkundiger Beratung über Wandbehandlung, Stoffe oder Teppiche, über die Arten der zu verarbeitenden Edelhölzer, des Marmors, des Glases, der Keramik. Um groß gedachte Raumkunst gleichzeitig an einigen trefflichen Beispielen zu zeigen, ist dieser neuen Veranstaltung eine Ausstellung altenglischer Wohnräume angegliedert. Den passenden Hintergrund für die Kollektion altenglischer Möbel schuf der Architekt J. A. Campbell. Man darf gestehen, daß diese prachtvolle Stimmungsarchitektur den alten schönen Gegenständen aus verschiedenen Zeiten gerecht wird.

Am 12. Okt. 1492 entdeckte Columbus – den Tabak
Die Bewohner der westindischen Inseln, auf denen er landete, rauchten die getrockneten Blätter, fest zusammengepreßt, in ein dünnes Maisblatt gewickelt, ähnlich wie eine Zigarette. Diese Rauchrollen nannten sie „tabaco", ein Name der später auf die Pflanze selbst übertragen wurde.
Von Amerika unternahm der Tabak seinen Siegeszug durch die ganze Welt. Immer subtiler werden die Formen seines Genusses und am Ende dieser Entwicklung steht „Greiling-Auslese" als der vorbildliche Zigaretten-Typ von 1929.
GREILING
AUSLESE 5 ₰
Andere Greiling-Marken: Kolibri 8 ₰ Regatta 6 ₰ Servus 5 ₰ Schwarz Weiss 4 ₰

Bäder u. Kurorte

Höhenwanderungen im Schwarzwald.

Drei gutmarkierte, staubfreie Höhenwege führen über die vielgestaltige Bergwelt des Schwarzwaldes bis zum Oberrhein. Der Höhenweg 1 hat eine Länge von 322 Kilometer und berührt bei einer durchschnittlichen Höhe von 1000 Meter ü. M. die höchsten Erhebungen des bis zu 1500 Meter ansteigenden schönen südwestdeutschen Waldgebirges. Wunderbare Fernsichten erschließen sich dem Wanderer, Tallandschaft und Höhenromantik zaubern immer neue Bilder hervor. Nervenstärkende, belebende Höhenluft und heilkräftige Höhensonne erfrischen Geist und Körper. Plätschernde Quellbäche begleiten den Wanderer überall, Gebirgsseen laden zum erquickenden Bade ein. Wer Steigungen vermeiden will, kann die aussichtsreichen Hochtäler bequem mit den hochinteressanten Gebirgsbahnen oder den zahlreichen Postkraftwagenlinien mühelos erreichen. Eine Auswahl der beliebtesten Wanderpläne mit Tageseinteilung und Marschzeit ist in einem neu erschienenen, mit einer Skizze der Höhenwege ausgestatteten Faltprospekt „Höhenwanderungen im Schwarzwald" enthalten, der kostenlos durch den Badischen Verkehrsbund Karlsruhe erhältlich ist.

Sol- und Moorbad Lüneburg. Die außerordentliche Heilkraft der natürlichen Solquelle sowie der eisen- und schwefelhaltigen Moorerde hat Lüneburg eine führende Stelle unter den Heilbädern Nordwestdeutschlands verschafft. Neben seiner Bedeutung als Badeort ist es infolge seiner günstigen Lage für Wanderungen durch die Schönheiten der Lüneburger Heide als Standquartier besonders geeignet. Wer fern von dem Hasten und Treiben der Großstadt weilen will, findet hier volle Befriedigung und Erholung. Der Verlauf der diesjährigen Saison zeigt gegenüber dem Vorjahre eine wesentliche Steigerung der Besuchsziffer. Die zum Kurgebrauch vorhandenen Sol-, Moor- und medizinischen Bäder haben bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Skrofulose, Rachitis und Frauenleiden zu hervorragenden Heilerfolgen geführt. Sonst wandert man durch die Stadt und erfreut sich an den alten Bauwerken und Straßenbildern, besichtigt das historische Rathaus, das Museum mit seinen Kunstschätzen, das Kloster Lüne und die über 1000 Jahre alte Saline. Auch die waldreiche Umgebung mit den wechselnden Landschaftsbildern und das schöne Ilmenautal bieten Gelegenheit zu herrlichen Spaziergängen.

Lautenthal/Oberharz. Der Kurort des Mittelstandes, eine sich immer mehr entfaltende Sommerfrische ist das malerisch gelegene Lautenthal. Eingebettet zwischen himmelanstrebenden Tannenwäldern, umgeben von wildduftenden Bergwiesen, ziehen sich die Straßen des Bergstädtchens in vier Täler hinauf. Wen nicht lauter Kurbetrieb lockt, sondern wer Freude findet am Zauber der Natur, der findet hier, was er sucht, ein glückliches Plätzchen in den Bergen. Erst kürzlich wurde das einzig in seiner Art dastehende Licht-, Luft-, Sonnen- und Sandbad seiner Bestimmung übergeben.

Kurhaus Luisenbad
Bad Polzin, am Walde gelegen, heilt **Gicht, Rheuma, Ischias, Frauenleiden**
Vorzügliche Verpflegung, mäßige Preise, freie Arztwahl
Prospekt durch **Direktor Krause**

Bei Gicht, Rheumatismus, Jschias, Frauen- und Nervenleiden, Alterserscheinungen **hilft Bad Landeck in Schlesien** mit seinen Radium-Schwefelkuren, Moorbädern, Radium-Emanatorium.
Auskünfte u. Prospekte durch die Verkehrsbüros u. die städtische Badverwaltung.

Nordseebad Büsum Hotel-Pension „Seeblick"
empf. herrl. gel. Zimmer. Seeaussicht. Pension Vor- u. Nachs. 6 M., Haupts. 7 M.

Harz und Kyffhäuser

Bad Lauterberg i. Harz
Luft- und Wasserheilbad — Vom Kneippbunde anerk. Kneipp-Kurort für Mittel- und Norddeutschland
Wenzels H. Kurpark, 5.50–7 T. 155, Gar.
Gasth. „Zur Linde" P. 5 M. an T. 145
Pensionsh. „Hubertus" P. 5.50 M. an
„Park-Villa" L. 1.50, P. v. 4.30 M. an

Benneckenstein
(600 m N. N.) im sonnigen Südhochharz, der Kurort für Ueberarbeitete

Blankenburg, Harz
(254 m mittlere Höhe)
Luftkurort, mildes Gebirgsklima
Kurverwaltung A.-G.
Telephon 625

Besucht Braunlage!

Clausthal-Zellerfeld
Oberharz (600 m) Prospekt u. Wohnungsnachw. durch Kurkommission

Elbingerode, Harz
Ruhiger Kurort für Ueberarbeitete (Herz, Nerven, Atmungsorgane). Freibad und Tennisplatz.
Gasthaus Schützenhaus. Tel. 69. Pension 5.— M. Direkt am Walde.

Halberstadt
Besuchen Sie die alte, berühmte Bischofsstadt, wenn Sie im Harz sind. Hervorragende Kirchenbauten, Fachwerkhäuser, Museen. Günstiger Standort für Harztouren. Auskunft Städt. Verkehrsamt.

Hasselfelde 460 m
die ruhige Sommerfrische. Herrliches Freibad, 10 000 qm groß.

Gernrode
Klimatischer Kurort in prachtvoller Lage
300 m. Unmittelbar an herrlichen, meilenweiten Buchen- u. Fichten-Waldungen. Ausgangspunkt schönster Harzpartien. 2 Freischwimmbäder. [illegible] Idealer Wochenendplatz.
Mäßige Preise - Keine Kurtaxe

Jlsenburg
der Luftkurort am Fuße des Brockens. Herrliche Waldwege im Ilsetal u. Brockengebiet. Günstige Bahnverbind. Mäßige Preise.
Hotel z. d. roten Forellen P. 6–12 T. 9
Hotel Waldhöhe P. 7–8 T. 10
Hotel Stadt Stolberg P. 6–7.50 T. 201
Hotel Prinzeß Ilse P. 6–8 T. 8

Stecklenberg (Ostharz)
Heilkräftige Radiumquelle, Luft- u. Sonnenbad. Prospekte Kurverwaltung. Telephon: Gernrode Nr. 346.
Hotel Waldfrieden mit Diana Pension 5–6 Mk. Teleph. Thale 577.

Rübeland im Harz
Herrl. Waldungen. Reine gesunde Höhenluft. Besonders empfehlenswert ist der Besuch der schönsten Tropfsteinhöhle Deutschlands, der
Baumannshöhle

Tanne (Hochharz)
Ländlicher Höhenluftkurort. Freibad mit Liegewiese.

Wernigerode
„Alle Städte den Harz hinauf den Harz hinab, haben ihre Schätze und Kostbarkeiten; keine aber ist so reich und so bunt wie Wernigerode."
Herm. Löns
Die vielseitige bunte Stadt bietet jedem etwas! Man fordere kostenl. Schriften (auch über Kurmittel, Ausflüge u. Marktfestspiele) vom: **Städt. Verkehrsamt.**

Auskunft,
Werbeschriften durch die Reiseb., die Kurverwaltg. und den Harzer Verkehrsverband, Wernigerode.

Norderney
das führende deutsche Nordseebad
Kurkarteninhaber kaltes Seebad frei!
Auskunft und Prospekte: Reisebüros u. Badeverwaltung

Bad Langenau in Schlesien
heilt Herz-, Nerven-, Frauenleiden, Gicht, Rheuma, Jschias.
Prospekte kostenlos durch die Badeverwaltung u. alle Reisebüros

Pension Schloßberg
Inh. Genosse Grieb
680 Meter Höhe in Tännesberg Oberpfalz
Volle Pension pro Tag 4.— Ideale Lage, waldr. Gegend. Bekannt gute Verpflegung. Prosp. frei

Kurort Dargun
Mecklb. Schweiz
Jeder 1000. Kurgast der Saison erhält eine goldene Armbanduhr von der **Kurverwaltung.**

LINDAU
BODENSEE. Reizende Inselstadt in unvergleichlich schöner Lage mit den Gartenstadtteilen Aeschach — Reutin — Hoyern mit Bad Schachen.
Neue, elegante Strandbäder, Wasser- u. Bergsport.
Täglich Promenadenkonzerte. Seefeste. Bequeme Ausflüge mit Dampfer oder Aussichtswagen rund um den Bodensee, nach Vorarlberg und der Schweiz. Flugzeuge, Bergbahnen. Prospekte durch das städt. Verkehrsbüro Bahnhof 21, Tel. 614

Bayrischer Hof	Hotel Seegarten	Hotel Reutemann	Lindauer Hof	Hotel Bad Schachen
Zimmer M. 4–7.–; Pension M. 9–13.-	Zimmer M. 2.50–4.50; Gartencafé	Zimmer M. 2.50–4.50; Pension M. 7–9.-	Zimmer M. 2.50–4.–; Terrass.-Rest.	Zimmer M. 3.50–7.–; Pens. M. 9–13.50

Märkisches Verkehrsbüro
Charlottenstraße 14
KOSTENLOSE AUSKUNFT
über Landschaften, Verbindungen, Unterkunft.
„Die Mark in Wort und Bild 1929"
Beste Informationsschrift, 100 Seiten stark, 50 Pfennige und Porto.

Westerland a. Sylt

erfüllt alle Ihre Erholungswünsche. Ihre Freunde werden es bestätigen. Bitte, lassen Sie sich im Reisebüro unser neues Faltblatt geben. Ausführliche Bilder-Kurschrift schickt auf Verlangen die Badeverwaltung Nordseebad Westerland.
Schönste Sommerfreude: Baden am Strand Graben im Sand Von Westerland!

Ostseebad Heiligenhafen in Holstein.
Pension 4.— bis 6.— RM.
Führer durch Badeverwaltung.

Luckenwalde Anhalt. Bahn. III. Klasse 1,90, II. Klasse 2,90, Sonnt. m. Rückf. 2,50 u. 3,80 M. Stadt v. herrl. Waldgürtel umg., Laub- u. Nadelwald. Ausflug z. H. Golm, 178 m. Günstig. Zugverbind. m. Berlin. **Lohnendes Wochenendziel.** Auskunft im Verkehrsbureau Karl Grischkat, Breite Str. 30, Fernruf 800.

Königsee / Thür. Preisw. Sommerfrische. Große Waldungen, herrlicher Waldsee m. Strandbad. Prospekte grat. durch Verkehrsbureau.

Sol- und Moorbad Lüneburg
heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias, Skrofulose, Rachitis, Frauenleiden usw.
Gradierwerk — Großer Park
Täglich Konzerte
Ganzjährige Kurzeit
Prospekte durch die Badeverwaltung u. die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

392–575 m. ü. d. M. **Saison Mai mit September**
Schönst gelegener, windstillster Kurort des Fichtelgebirgs
mitten im Wald. Ausgedehnte schattige Spaziergänge in Tal und Berg. Terrainkuranlage nach Prof. Oertel. Licht-, Luft- u. Schwimmbad im Wald. Tennisplatz. Spielplatz. Fischereigelegenheit. Kurhaus mit Lesesaal. **Vorzügliche Kurkapelle konzertiert 18. Mai bis 8. September täglich 2 mal. Sonntags 3 mal. Jeden Mittwoch und Samstag Tanzabend.** Gute sanitäre Einrichtungen, behagliche Gasthaus- und Privatwohnungen. Vorzügliche preiswerte Verpflegung. **Prospekte u. Wohnungsverzeichnis unentgeltl. d. Städt. Kurverwaltung Berneck i. F.**

Friedrichroda des Thür. Waldes führender Kurort
auch Ihre Sommererholung
Fordern Sie die illustrierte Kurschrift von der Kurverwaltung oder im Reisebureau

Jschgl i. Paznaun, 1400 m Höhenkurort
Gasthof gold. Adler
Bestgeführtes Haus. Pension von 7½ S. an. — — Prospekt frei.

WyK Nordsee-Insel **FÖHR** Vornehmes Familienbad.

Das mecklenburgische Ostseebad **Arendsee** ist auf der Höh'!
Freibad - Vielseit. Unterhaltungen

Sommeraufenthalt! Bacharach a. Rhein
Pension. Inhaber: Gen. Basquit auf der Mauer — Pensionspreis 5,50 M. Zimmer m. Frühstück 2,75 M. Bad im Hause — Rheinterrasse.

BAD ORB
Die Krankheiten des Herzens und der Gefäße, deren Ursachen, deren Komplikationen.
Die an Kohlensäure überreichen radioaktiven Solsprudel von Orb, seine Lage in den Ausläufern des Spessarts in einem wald- und wiesengeschmückten Tale mit den günstigsten klimatischen Verhältnissen, seine an Kohlensäure und Lithion reiche Trinkquelle die Martinusquelle als Kampfmittel gegen Ursachen und Folgen der Herzfehler und der Aderverkalkung: Gicht, Rheumatismus, Fettsucht, Diabetes, Blutstockungen in Lungen und Unterleibsorganen, Stockung des Gallenflusses, Magen- und Verdauungsstörungen machen das „Kleinod des Spessarts" zu einer Wallfahrtsstätte für Herz- und Gefäßkranke, zu einem Heilbade für die vielfachen Ursachen und Komplikationen der Herzleiden. Versand der Martinusquelle: 30 Flaschen Mk. 18.— ab Orb. [illegible] Reisewege: von Wächtersbach (Frankfurt—Bebraer Eisenbahn) in 15 Minuten nach Bad Orb. Prospekt und Auskunft durch die Kurdirektion.

Bund der Eisenverarbeiter.

Ein Verband der Verbände. — Was wird er nützen?

Jahrzehnte hindurch war das Kräfteverhältnis der eisenerzeugenden und eisenverarbeitenden Industrie durchaus ungleich. Die Erzeuger waren Großunternehmungen in verhältnismäßig geringer Zahl und überdies durch feste Verbände zusammengeschlossen. Ihnen gegenüber standen die Verarbeiter in einer großen Zahl Betriebe zersplittert und bis zum Kriege organisatorisch kaum nennenswert vereinigt. Die eisenerzeugende Industrie beschäftigt nach der Statistik rund 220 000 Arbeiter, während die Eisen- und Stahlwarenindustrie nach der Betriebszählung 1925 insgesamt 149 329 Betriebe mit 852 690 beschäftigten Personen und unter Ausschaltung der handwerksmäßigen Betriebe mit bis zu 5 Beschäftigten 21 600 Betriebe mit über 650 000 Beschäftigten aufweist. Die Eisen- und Stahlverarbeitung beschäftigt also 2½ mal soviel Personen wie die Schwerindustrie und über 200 000 mehr als der gesamte Bergbau Deutschlands. Auch nach der Zahl der hergestellten Artikel — schätzungsweise 3500 — und deren Exportfähigkeit ist die Fertigindustrie ein besonders bedeutungsvoller wirtschaftlicher Faktor.

Der Weg zur Einheitsfront.

Bis vor dem Krige waren nur Ansätze von Organisationen vorhanden. Es bestanden wohl Fachvereinigungen, doch konnte von irgendeiner Geschlossenheit nicht geredet werden. Wie in so vielen Dingen, hat auch hier der Krieg Wandel geschaffen und namentlich haben die zwangsmäßigen Zusammenschlüsse als Ausfuhrstellen usw. in der Nachkriegszeit zu großen Organisationen geführt. Heute ist das Bild ungefähr folgendermaßen: Der Maschinen- und Apparatebau ist zusammengeschlossen im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. Der Eisen- und Stahlwaren-Industrieverband (Esti) umfaßt die verarbeitende Industrie, namentlich des bergischen Landes. Daneben besteht der Reichsbund der Metallwarenindustrie und die Gesamtvereinigung der Weiß- und Schwarzblech verarbeitenden Industrien, um nur die wichtigsten zu nennen.

Seit längerer Zeit wird der Versuch gemacht, eine Einheitsfront der Fertigindustrie zu schaffen. Dies ist jetzt gelungen. Es wurde eine Dachorganisation, der Zentralverband der Blech-, Eisen-, Metall- und Stahlwarenindustrie, gegründet. Diese Dachorganisation umfaßt nur erst einen Teil der Eisenwarenindustrie. Als Verbände haben sich ihm angeschlossen: Der Reichsverband der deutschen Spielwarenindustrie, die Gesamtvereinigung der Weiß- und Schwarzblech verarbeitenden Industrien, die Organisation der Drahtwaren-Fabrikanten und einige andere. Der Esti und der Reichsbund der Metallwarenindustrie stehen noch außerhalb der Organisation. Es sollen in Kürze Verhandlungen mit sämtlichen Spitzenorganisationen zum Zwecke der Verbreiterung des Zentralverbandes angeknüpft werden.

Die Satzungen des „Verbandes der Verbände".

Die Satzungen dieser neuen Dachorganisation gehen von dem Gedanken aus, daß nur eine zentrale Organisation, gestützt auf festgefügte Fachverbände, in der Lage ist, die Industrie kraftvoll zu vertreten. Die dem Zentralverband angegliederten Verbände bleiben weiter bestehen. Die neue Organisation ist als Verband der Verbände aufgezogen worden. Man glaubte dieses Prinzip der Organisation bevorzugen zu müssen, weil nur in einem wirtschaftspolitischen Spitzenverband die allen Mitgliedsindustrien gemeinsamen Aufgaben behandelt und gelöst werden können. Die Fachverbände hätten nach wie vor besondere Aufgaben zu regeln, Sache des Spitzenverbandes sei es, die Gesamtinteressen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik, der Verkehrspolitik, der Geld- und Kreditpolitik, der Kartellpolitik usw. zu vertreten. Die leitenden Personen des Zentralverbandes haben große Pläne. Hofft man doch, die neue Organisation zu einem Gesamtverband der Fertigwarenindustrie überhaupt ausbauen zu können.

Die Notwendigkeit einer einheitlichen Interessenvertretung wird wohl niemand bestreiten. Sie ist gerade in der letzten Zeit den Eisenverbrauchern sehr eindringlich zu Gemüte geführt worden. Mitte Mai hat z. B. der Roheisenverband die Preise um etwa 5 Prozent erhöht, ohne davon der Avi oder dem Reichswirtschaftsministerium Mitteilung zu machen. Wenn auch nur die Rohstahlgemeinschaft zu einer solchen Mitteilung verpflichtet war, so sah man in dieser Brüskierung doch einen Vorstoß der gesamten Schwerindustrie überhaupt. Angesichts dessen mutet es komisch an, wenn ein Mitglied der fertigverarbeitenden Industrie, Herr Funke aus Hagen, auf der Jahrestagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die gemeinsamen Belange der Erzeuger und Verbraucher hervorhob und den Ausspruch tat: „Unsere Interessen sind Ihre Interessen!"

Daß die Interessen der Schwerindustrie und diejenigen der Fertigindustrie sich vielfach direkt entgegenstehen, ist eine altbekannte Tatsache. Schließlich haben die Verarbeiter die Behandlung, die man ihnen zuteil werden läßt, verdient. Sie haben gegen die Monopolpolitik der Schwerindustrie keinen nennenswerten Kampf geführt, sondern höchstens die Faust in die Tasche gemacht. Sie haben durch ihre Zustimmung die internationale Kartellierung der Schwerindustrie ermöglicht. Wenn die Schwerindustrie mithin gar keinen ernsthaften Widerstand findet, sondern ihr noch eingeredet wird, daß es sich um gemeinsame Interessen handele, dann braucht man sich über den Uebermut der Schwerindustrie nicht zu wundern.

Inlands- und Auslandspreise.

Dabei handelt es sich um ganz konkrete Dinge. Nehmen wir z. B. die Preisfrage, so ist festzustellen, daß der deutsche Verarbeiter einen höheren Preis bezahlen muß, als die ausländische Konkurrenz. Um wieviel die deutschen Preise höher sind als die des Auslandes, dafür ein Beispiel. Es handelt sich um die Effektivpreise von Handelsblechen von einer Stärke von 0,4 Millimeter:

Jahr	Deutscher Preis ab westlich. Werk	Englischer Preis fob bzw. loco	Deutscher Preis über dem englischen	
	Reichsmark pro Tonne			Proz.
1913	231,70	183,60	+ 48,10	+ 21,6
1924	345,95	312,40	+ 33,55	+ 10,7
1925	351,40	269,55	+ 84,85	+ 31,4
1926	293,95	255,—	+ 38,95	+ 15,2
1927	331,55	246,—	+ 85,55	+ 34,7

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die deutschen Preise die englischen weit überragen. Sie sind sogar höher als die tschechischen. An dieser Uebersetzung wird auch durch das bekannte Avi-Abkommen sehr wenig geändert. Erstens kommt dies nur den Großverbrauchern zugute und zweitens ist die Erlangung der daraus sich ergebenden Vorteile mit allerhand Schwierigkeiten verbunden. Fest steht also, daß die scharfe Kartellierung der Schwerindustrie im Bunde mit der Schutzzollgesetzgebung die Konkurrenzverhältnisse der deutschen Fertigindustrie verschlechtert. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die deutschen Fertigprodukte auf dem Weltmarkte nur langsam vorwärts kommen und teilweise sogar schwere Einbuße erlitten haben.

Wenn auch durch die Gründung des Zentralverbandes der Blech-, Eisen-, Metall- und Stahlwarenindustrien ein Anfang gemacht wurde, die gemeinsame Wahrnehmung der Interessen zu erreichen, so glauben wir dennoch, daß das gesteckte Ziel noch in weitem Felde liegt. Erstens ist es schwer, die vielseitigen Interessen der Fertigindustrie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, zweitens sind die einzelnen Fachverbände noch gar nicht davon überzeugt, daß ein solcher Dachverband eine Existenzberechtigung hat. Also auch in Zukunft wird die Schwerindustrie mit ihrer lückenlosen Geschlossenheit im Vorteil sein. Man darf nur gespannt sein, ob die Fertigindustrie bei dem Neuzustandekommen der internationalen Verbände wiederum ihren Segen im voraus geben wird. Jeder Mensch erleidet das Schicksal, das er sich selbst bereitet. Dieses Sprichwort trifft auf die Fertigindustrie vollinhaltlich zu.

P. U.

Mannheimer Genossenschaftstag.

Gegen Mittelstandsterror. — Für Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft.

Der am Sonntag in Mannheim zusammentretende Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird vor dringliche Aufgaben gestellt werden. Vorstand, Ausschuß und Generalrat des Zentralverbandes haben sie in einem Antrag, der sicherlich in Mannheim einstimmige Annahme finden dürfte, kurz gekennzeichnet. Darin werden alle sozialistisch und genossenschaftlich Denkenden aufgefordert, gegen den sich immer mehr und mehr breit machenden Mittelstandsterror geeignete und scharfe Abwehrmittel anzuwenden. Insbesondere wird die Landwirtschaft aufgefordert, sich nicht für die Bestrebungen gegen die organisierten Konsumenten mißbrauchen zu lassen, da die enge Verbindung der landwirtschaftlichen Erzeuger mit den organisierten Verbrauchern eins der Mittel ist, die Landwirtschaft vor weiterer Verelendung zu bewahren.

Mit diesem Appell an die Landwirtschaft steigt der Zentralverband deutscher Konsumvereine sozusagen mitten in die Dinge. Er formuliert seine Stellung gegenüber der Agrarkrise klar und eindeutig und zeigt in der engsten Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern sicherlich nicht das letzte Mittel, um über die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft hinwegzukommen. Wir sind nicht geneigt, alles das, was uns von Agrarseite über die Not in der Landwirtschaft gesagt wird, als bare Münze hinzunehmen. Insbesondere stimmt die Behauptung der Landwirtschaft, ihre Preise seien durchweg nicht ausreichend und unzulänglich, nicht. Wir dürfen aber nicht verkennen, daß seit Monaten die Getreidepreise in einem Ausmaß gesunken sind, das die Rentabilität des Getreidebaus in Deutschland gefährdet. Auch müssen wir uns damit vertraut machen, daß von der Seite der Agrarkreise aus Maßnahmen erfolgen müssen, wenn wir die äußerst spärliche landwirtschaftliche Basis Deutschlands auch nur einigermaßen für die Ernährung seiner Bevölkerung ausnutzen wollen, was im Interesse unserer Handelsbilanz nicht zu umgehen sein dürfte. Zwei Faktoren werden hier zusammenwirken: Einmal wird man durch Maschinisierung der Landwirtschaft, durch Standardisierung ihrer Produkte, durch Schulung der Agrarbevölkerung und bessere Bezahlung ihrer Arbeiterschaft die Gestehungskosten senken. Das kann sehr bald erfolgen. Aber die zu erzielende Senkung dürfte nicht ausreichen, um die Agrarpreise in ein entsprechendes Verhältnis zu den Industriepreisen zu bringen. Die Rationalisierung in der Landwirtschaft wird sich durch die öffentliche Hand ergänzen müssen. Sinn dieser Bewirtschaftung ist, den deutschen Getreidebau durch Einfluß auf die Preisbildung rentabel zu erhalten. Die Zusammenschweißung der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist ein Zeichen eines einschneidenden Kurswechsels in unserer Agrarpolitik.

Mit ihm werden wir rechnen müssen, und mit ihm haben besonders unsere Konsumgenossenschaften zu rechnen. Das durch eine öffentliche Getreidebewirtschaftung gestützte Agrarkartell wird vor allem und zuerst in Richtung der Preise drücken. Denn es will ja den landwirtschaftlichen Erzeugern höhere Preise verschaffen. Es kommt nun darauf an, wer hier die Zeche bezahlt, der Handel oder die Verbraucher. Tatsache ist, daß die Getreidepreise in Deutschland gegenwärtig nur um ein Geringes über dem Friedensstand liegen. Dagegen bezahlt die breite Masse Brotpreise, die diesen niedrigen Getreidepreisen nicht angepaßt sind. Unsere Brotpreise bauen sich auf Getreidepreisen auf, die um 50 bis 80 Mark pro Tonne höher sind als die, die der Landwirt tatsächlich für sein Getreide bekommt. Die Verbraucher sagen ganz mit Recht: Man soll die Handelsgewinne ermäßigen, dann kann man auch dem Landwirt angemessene Preise bezahlen. Deshalb empfiehlt man Ausschaltung des Handels und engste Verbindung zwischen den Erzeugern und Verbrauchern, wovon man sich eine Erhöhung der Erzeugerpreise und eine Senkung der Brotpreise verspricht. Der Handel weitert: wir wollen uns nicht ausschalten lassen, weil wir volkswirtschaftlich unentbehrlich sind; der Staat hat die Pflicht, uns zu schützen. Man empfiehlt mit allem Ernst dem Agrarkartell, die erhöhten Erzeugerpreise auf die Verbrauchermassen abzuwälzen. Ohne Zweifel treffen die Forderungen der Verbraucher das Richtige, während die Behauptungen des Handels Märchen aufwärmen, die längst abgetan sein sollten und nur dem Profitstreben dienen. Wir sehen, daß die Valorisierung der Getreideerzeugerpreise zu einer einschneidenden Veränderung in unserer ganzen Güterverteilung führen muß. Auch die Geschichte des organisierten Konsums steht vor einem Wendepunkt.

Hier liegt der Ursprung des gehässigen Kampfes des Handels gegen die organisierten Verbraucher, der leider in letzter Zeit reichlich, allzu reichlich die Unterstützung von Justiz, Behörden und Gesetzgebung gefunden hat. Die Dinge sind so weit gediehen, daß mittelständlerische Vereinigungen solche Mitglieder ausschließen, die aus Konsumvereinen ihre Waren beziehen. Handwerkervereinigungen haben den Beschluß gefaßt, Kinder solcher Eltern nicht als Lehrlinge aufzunehmen, die Mitglieder einer Genossenschaft sind. Diesen Terror und Boykott haben die in Frage kommenden Stellen geduldet. Kein Wunder, daß das Wort von der Vertrauenskrise der Justiz im weitesten Maße bei den Konsumgenossenschaften zutrifft.

Man bestreitet den Stadtverwaltungen und städtischen Unternehmungen das Recht der Mitgliedschaft in Konsumvereinen. Das sei eine unerlaubte Vergünstigung der Konsumentenbewegung durch die Kommunen, während eine große Einkaufsvereinigung der Kolonialwarenhändler gelegentlich ihrer letzten Ausstellung in Essen es nur natürlich fand, Nachrichten an Zeitungen durch ein städtisches Nachrichtenamt verbreiten zu lassen. Wenn die Konsumvereine etwas im Interesse der organisierten Verbraucher tun, dann soll das nach Auffassung der Mittelständler Recht und Gerechtigkeit, Moral und Wirtschaftsfreiheit widersprechen. Sie selbst verlangen aber für sich, daß ihnen Staat und Gemeinden eine Monopolstellung einräumen. Eine Truppe der Reichswehr hat sich vor kurzem erlaubt, Wurstwaren von einem Berliner Kaufmann zu beziehen, sicherlich, weil sie dort besser, billiger und wohlfeiler als bei den Berliner Metzgern zu haben waren. Darauf großes Getobe in der Fachpresse der Mittelständler, wie die Reichswehr dazu komme, nicht bei den Fleischern, sondern im Warenhaus zu kaufen. Es folgten dann Angriffe im Reichstag, und das Fachblatt der Berliner Fleischer konnte nach kurzer Zeit mitteilen, der Reichswehrminister habe Anweisung gegeben, daß Bestellungen des Heeresverpflegungsamtes bei Kaufhäusern unterbleiben. Das ist Mittelstandspolitik, das ist Gewerbefreiheit und Wirtschaftsmoral, wie sie sich die Mittelständler denken.

Daß die Konsumvereine dieses Treibens jetzt endlich müde sind und zur Gegenwehr greifen, finden wir selbstverständlich. Wenn die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" in ihrem Begrüßungsartikel zum Mannheimer Konsumgenossenschaftstag u. a., schreibt, „seit Kreuznach hat kein Genossenschaftstag stattgefunden, der für die Konsumvereine so völlig auf Kampf eingestellt gewesen ist wie der heutige, daß seine Truppen in Kämpfen aller Art geschult sind und daß ihr Verteidigungswille zu jeder Zeit zum Angriffswillen werden kann und werden muß, falls die Gegenseite es haben will", so findet das unsere volle Sympathie. In diesem Sinne wünschen wir dem Genossenschaftstag in Mannheim zu seiner Tagung vollen Erfolg!

Das Konjunkturbarometer steigt.

Starke Eisenproduktion. — Wachsender Güterverkehr.

Die günstigen Ergebnisse der Roheisen-Produktion im Monat Mai, die jetzt in der Zeitschrift „Stahl und Eisen" veröffentlicht werden, zeigen, daß die starken Produktionsziffern vom April nicht nur auf die schnelle saisonmäßige Regelung der Wirtschaft zurückzuführen waren. Die Gesamtproduktion von 1,13 Millionen Tonnen übertrifft sogar die Aprilergebnisse noch um rund 30 000 Tonnen, dagegen liegt die arbeitstägliche Leistung mit 36 500 gegen 36 800 Tonnen im Vormonat etwas niedriger, da der Mai 31 Arbeitstage gegen 30 im April aufzuweisen hatte. Bemerkenswert ist jedoch, daß die arbeitstäglichen Produktionsziffern vom Mai 1928 im Berichtsmonat um fast 9 Prozent übertroffen wurden.

Wie gut die Schwerindustrie zurzeit beschäftigt ist, zeigt eine Gegenüberstellung der Roheisenproduktion in den letzten drei Monaten mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Roheisenerzeugung betrug arbeitstäglich:

	1928	1929
März	37,900 Tonnen	34,200 Tonnen
April	34,900 „	36,800 „
Mai	33,700 „	36,500 „

Die durchschnittliche tägliche Roheisengewinnung von März bis Mai 1929 liegt also mit 35 833 Tonnen noch um 333 Tonnen über der Produktion in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Da sämtliche schwerindustriellen Berichte im vergangenen Jahre darin übereinstimmten, daß die Eisenkonjunktur in Deutschland im vergangenen Jahre bis zum Sommer durchaus gut war, so läßt sich aus dieser Gegenüberstellung am besten die gegenwärtige starke Belebung der deutschen Eisenkonjunktur erkennen.

Auch der Güterverkehr der deutschen Reichsbahn, der ein wesentliches Merkmal zur Beurteilung der Konjunktur bietet, hat sich weiterhin sehr günstig entwickelt. So wurden in der letzten Berichtswoche zum 1. Juni arbeitstäglich 159 500 gegen 149 000 Wagen in der entsprechenden Berichtswoche 1928 gestellt. Diese Entwicklung kann nicht mehr allein auf Saisoneinflüsse zurückgeführt werden, denn von Ende Januar bis zum 11. Mai hatte die gesamte Güterwagengestellung der Reichsbahn mit 9,63 gegen 9,56 Millionen Wagen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres die Verkehrsverluste aus der Kälteperiode bereits mehr als aufgeholt. In den letzten drei Berichtswochen bis zum 1. Juni lag die Güterwagengestellung mit 2,65 gegen 2,42 Millionen Wagen um fast 10 Prozent über dem Verkehrsumfang des Vorjahres. Insgesamt übertrifft der Umfang des Güterverkehrs der Reichsbahn seit Ende Januar die Verkehrsleistungen in der gleichen Zeit 1928 um 2,5 Proz. In Verbindung mit der guten Beschäftigung der Montanindustrie wird man also dem wachsenden Umfang des Güterverkehrs eine nicht zu unterschätzende konjunkturelle Bedeutung beizumessen haben.

Der deutsch-südafrikanische Handelsvertrag in Kraft. Die Ratifikationsurkunden des deutsch-südafrikanischen Handelsvertrages vom 1. September 1928 sind am 11. Juni im Auswärtigen Amt ausgetauscht worden. Damit ist der Vertrag gemäß Artikel 26 in Kraft getreten. — Dieser Vertrag, der ein starkes Aktivum der deutschen Handelspolitik darstellt, wurde seit dem Verhandlungsabschluß im Herbst vergangenen Jahres mit seltener Heftigkeit von Interessentengruppen der Gegenseite bekämpft. Insbesondere versuchten englische Industrie- und Handelskammern die Ratifizierung zu hintertreiben.

Verkehrsfragen im Reichstag.

Sicherung und Verbesserung der Kindertransporte verlangt.

In der gestrigen Reichstagssitzung sprach nach dem Reichsverkehrsminister der

Abg. Hünlich (Soz.):

Bei aller stürmischen Entwicklung des Verkehrs fehlt es sehr oft an dem notwendigen Ineinandergreifen der Ressorts. Dadurch entstehen die unangenehmsten Reibungen. Das Verkehrsministerium kann nicht ohne weiteres hier eingreifen. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit.)

Die einzelnen Verwaltungen sind zu selbständig und so kann der Reichsminister meist nur die Rolle eines Vermittlers spielen.

Er ist Reichsverkehrsminister nur dem Namen nach, nicht aber nach seiner Zuständigkeit. Hier muß bald Wandel geschaffen werden, weil nur so die großen Verkehrsfragen befriedigend gelöst werden können. Andernfalls werden sich die gewohnten Klagen von Jahr zu Jahr wiederholen. (Sehr richtig! links.)

Ueber die Reichsbahn selbst wird noch einer meiner Fraktionskollegen sprechen. Zu unserer Freude hat der Minister erklärt, die Reichsregierung lehne jede Tariferhöhung ab. Dieser Standpunkt ist nach Lage der Dinge durchaus richtig. (Zustimmung der Mehrheit.) Daß

die Reichsbahn eine innerdeutsche Einrichtung

ist, muß dadurch zum Ausdruck kommen, daß Reichstag und Reichsregierung in höherem Grade auf die Verkehrsunternehmen Einfluß bekommen. (Sehr richtig! links.)

Immer wieder hören wir Klagen darüber, daß für den Ausbau der Wasserstraßen die Mittel zu knapp bemessen seien, und zwar für geplante wie für bereits in Angriff genommene. Leider ist auch in diesem Jahr wieder ein empfindlicher Abstrich notwendig gewesen. Dadurch wird die Bauzeit der Wasserstraßen weiter verlängert. Wenn sich aber der Bau der Kanäle längere Zeit als vorgesehen hinzieht, können sie erst Jahre später dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Es ist dringend zu hoffen, daß das Ministerium alles tut, was getan werden kann, um wenigstens die angefangenen Wasserstraßen baldigst fertigzustellen. Dann werden endlich die Benutzungsgebühren die Einnahmen der Verwaltung vergrößern. Der Minister hat versprochen, sich dafür einzusetzen, daß die Wasserstraße Stettin—Swinemünde die 8-Meter-Tiefe erhält. Es sind aber auch Sicherungen zu schaffen, daß nicht bei Unfällen, wie kürzlich, die Straße für größere Schiffe unpassierbar wird.

Sehr unangenehm ist die Zersplitterung im Kraftfahrwesen. Die Reichspost arbeitet für sich, ebenso die Reichsbahn, dazu noch Privatgesellschaften und solche, an denen das Reichsverkehrsministerium beteiligt ist. Dem Kraftverkehr obliegt in erster Reihe die Erschließung verkehrsarmer Gebiete. Hätte das Ministerium die Macht, die ich ihm wünsche, dann wäre manches besser und viele Wünsche könnten erfüllt werden. (Sehr wahr! links.) Die Kraftfahrzeugsteuer hat unseren Motorbau in wenig erfreulicher Weise beeinflußt. Unser in schlechtem Zustand befindliches Straßennetz muß verbessert werden, neue Luxusautomobilstraßen sind nicht so nötig. (Sehr richtig! bei den Soz.) So die Straße Hamburg-Basel.

Erst soll man einmal die vorhandenen Straßen in einen Zustand bringen, daß sie dem Verkehr genügen.

Die Verkehrsordnung ist in mancher Beziehung zu revidieren.

Die Mittel für die Luftfahrt sind mit Recht verkürzt worden. Bisher ist auf diesem Gebiete nicht nach dem Grundsatze verfahren worden, mit möglichst geringen Mitteln das denkbar beste zu leisten. Eher war das Gegenteil der Fall. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir glauben auch, daß in Zukunft noch weiter Ersparnisse zu machen sind. Es gibt

im deutschen Luftfahrwesen eine ganze Menge Dinge, die man auch billiger aufziehen kann,

so z. B. manche Ausgaben für die Fliegerausrüstung. Außerdem herrscht bei der Luftfahrt ein völliges Durch- und Nebeneinander. Da gibt es Unternehmungen rein privatwirtschaftlicher Art, andere, die den Ländern gehören, und wieder andere, über die Privatwirtschaft und Staat gemeinsam die Verfügung haben. Die Folge ist

reibungsvolles und teures Arbeiten.

Deshalb muß hier eine energische Zusammenfassung vorgenommen werden. Es ist falsch, wenn der Minister zum Vergleich die Luftfahrtausgaben anderer Länder heranzieht. Gewiß sind diese Ausgaben höher, dafür halten die anderen aber auch tausende Militärflugzeuge dauernd in Betrieb, die bei uns wegfallen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Vom Prinzip der Zweckmäßigkeit und der Billigkeit lassen wir uns da leiten.

Dringend notwendig ist die Vertiefung und Kanalisierung des Oberrheins, die Weser-Kanalisierung und die Fortführung der Arbeiten am Dortmund-Ems-Kanal, da sonst die schlimmsten Folgen eintreten würden.

Endlich ist es gelungen, einen Ueberblick über den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums zu gewinnen. Wir hoffen, daß der Verkehrsminister diese Entwicklung zur klaren Etatsgestaltung weiter fortsetzt. Die Wolke des Mißtrauens, die jahrelang gerade über dem Verkehrsministerium lag, muß endlich ein für allemal verschwinden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Gros** (Ztr.): Die Pariser Beschlüsse werden das Verkehrsministerium vor wichtige und schwere Aufgaben stellen. Am besten wäre es, wenn

die Reichsbahn dem Verkehrsminister wieder unterstellt

würde. Bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen der Reichsbahn muß das Agententum ausgeschaltet werden. Im Luftverkehr wird es zunächst nicht ohne Reichshilfe gehen; er muß sich aber auf wenige große Linien beschränken und der Unfug aufhören, daß jede kleine Stadt sich einen kostspieligen Flugplatz zulegt.

Abg. Dr. **Quaatz** (Dnat.): Die Hoffnung der Eisenbahner auf eine günstige Wirkung der Internationalisierung der Reichsbahn ist vollständig enttäuscht worden. Ebensowenig wird ihnen das Pariser Ergebnis nützen, denn der finanzielle Druck auf die Reichsbahn ist in keiner Weise erleichtert worden. Zunächst muß die Eisenbahn ihren Apparat wieder so herstellen, wie er vorher war. Das wird aber außerordentlich schwierig sein, denn die Substanz der Eisenbahn hat einen Verlust von 2,1 bis 2,5 Milliarden erlitten.

Die Entente hinterläßt uns ein finanziell ruiniertes Unternehmen, wenn auch die deutsche Leitung und Führung ausgezeichnet ist.

Die Tarifgestaltung schädigt die deutschen Produkte und begünstigt die Konkurrenz der polnischen und englischen Kohle. Es ist ein Skandal, daß die Stadt Berlin zumeist englische Kohle verfeuert. Der Mittellandkanal ist ein dilettantisches und verfehltes Unternehmen.

Abg. **Schroeter-Merseburg** (Komm.) verlangt eine Abstellung der vom Sparkommissar aufgedeckten Mißstände.

Abg. Dr. **Hugo** (D. Vp.): 70 Proz. der Reichsbahneinnahmen werden durch Ausgaben in Anspruch genommen, die nicht vom Willen der Reichsbahn abhängen, sondern politisch beeinflußt sind: Reparationen, Pensionen und Personalausgaben.

Bei Neubelastungen der Reichsbahn muß man sehr vorsichtig sein namentlich bei der Lohnfestsetzung.

Die Reichsbahn muß in die Lage gesetzt werden, durch Ausnahmetarife die deutsche Konkurrenzfähigkeit zu heben. Die Konkurrenz der verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander muß aufhören.

Minister Dr. Stegerwald

beantwortet mehrere Interpellationen: Wir hoffen, demnächst eine Einigung der Ressorts über die Neugestaltung der Automobilsteuer und über die Luftfahrlinien zu erreichen. Die vorjährige Tariferhöhung war vom Schiedsgericht gebilligt, dagegen konnte die Reichsregierung nichts tun. Wegen der neuen Rheinbrücke bei Speyer wird in Paris verhandelt. Ein Grenzlandprogramm wird vom Ministerium der besetzten Gebiete ausgearbeitet. Die generelle Einführung der 48-Stunden-Arbeitswoche bei Post und Eisenbahn würde 400 Millionen kosten; daran ist jetzt nicht zu denken.

Abg. **Mollath** (Wirtschaftsp.): Die Reichsbahn sollte jetzt nach der Pariser Vereinbarung wieder direkter Reichsbetrieb werden. Die neue Holzklasse ist nicht besser als die frühere vierte, und die Polsterklasse nicht besser als die frühere dritte. Die Reichsbahn sollte der Gewerbeordnung unterstellt werden, schon damit

die Bahnhöfe nicht zur Einrichtung von Warenhäusern, die der Sperrstunde nicht unterworfen sind,

mißbraucht werden.

Abg. **Wieland** (Dem.) fordert Senkung der Eisenbahntarife, worin uns England, Schweden und die Schweiz vorangegangen sind. Der Personalfahrplan wird ständig verbessert. Die Leistung des Personals während der Frostperiode muß dankbar anerkannt werden. (Zustimmung.) Die Abstriche am Luftfahretat sind sehr bedauerlich. In Nordamerika legt der Rechnungshof seinen Bericht schon nach fünf Monaten rechtzeitig zur neuen Etatsberatung vor. Die Autofahrer in Amerika fahren viel rücksichtsvoller gegen die Fußgänger, aber sie hupen viel weniger als bei uns. Loblieder auf die Technik hören wir immerzu, aber

nach wie vor wird der Techniker in der Verwaltung hinter den Juristen zurückgesetzt,

und im Reich besteht für die technische Entwicklung überhaupt keine Führung; z. B. müßte die Elektrizitätswirtschaft längst Reichssache sein, zumal die Länder aus egoistischen Interessen die Wirtschaftlichkeit hintansetzen. (Zustimmung.)

Abg. **Dauer** (Bayer. Vp.): Eine Tariferhöhung wäre nicht zu ertragen, die Lohnerhöhung ist kein ausreichender Grund dazu. Die Leistungszulagen bei der Reichsbahn sollten abgeschafft und mit den uferlosen Kanal- und Hafenplänen Schluß gemacht werden.

Abg. **Neddenriep** (Chr.-nat. Bauernp.) fordert bessere Entschädigung der durch Flußregulierungen geschädigten Landwirte.

Abg. Clara Bohm-Schuch (Soz.):

Die Autoraserei auf den Landstraßen ist nicht nur mit Lebensgefahr für Wanderer verbunden, sondern beeinträchtigt ihnen die Erholung, die so viele nur im Wandern finden können. Die vom Ausschuß vorgelegte Entschließung über den Transport von Kindererholungsgruppen sollte schleunigst durchgeführt werden. Wenn die Kinder lange Reisen in Personenzügen zurücklegen müssen, so ist das eine solche Anstrengung, daß ein großer Teil der Erholung nur zum Ausgleich dieser Schädigung draufgeht. Die bedauerlichen Unfälle bei Kindertransporten mußten dazu führen, daß

diese Transporte nur in D-Zugwagen

befördert werden, aber natürlich nicht an Personenzüge angehängt. Von einer Belästigung des übrigen D-Zug-Publikums kann dabei doch gar keine Rede sein. Die ganze Erholungsfürsorge kann nur Erfolg haben und die Kosten sind nur dann nicht nutzlos aufgewendet, wenn die Kinder in möglichst kurzer Zeit an ihren Erholungsort kommen. Ungerecht ist es, daß nach Dänemark geladene Kinder und schulentlassene Jugendliche nur dann freie Fahrt erhalten, wenn sie auf mindestens vier Wochen nach Dänemark gehen. Die anderen erhalten nicht einmal Ermäßigung. Ein solches System macht es bei der weiten Entfernung vielfach unmöglich, daß diese Kinder den

Einladungen unserer dänischen Gastfreunde

Folge leisten. Die notwendigen Aenderungen sollten schon für diese Sommerreisezeit durchgeführt werden. (Lebh. Beifall.)

Abg. Scheffel (Soz.):

Die Reichsbahnfinanzen sind durch den Eisenkonflikt in Westdeutschland und durch die lange Frostperiode zwar nicht günstig beeinflußt worden, aber die gewaltige Verkehrssteigerung in den darauf folgenden Monaten hat diesen Ausfall reichlich eingeholt, so daß das erste Vierteljahr mit einem Mehrertrag von 7,7 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr abschließen konnte. Auch die Leistung ist mit 8000 Zug- und Tonnenkilometern mehr als im Vorjahr wesentlich gestiegen. Der Mai hat sogar eine Rekordziffer gebracht. Dabei ist eine Steigerung der Personalausgaben nur selbstverständlich, und die Klagen darüber desto unberechtigter.

Das Steigen der Personalausgaben war durch die steigenden Preise zwangsläufig bedingt.

Von einer Verschwendung der Reichsbahnverwaltung kann gar keine Rede sein. Im übrigen steigern Lohnerhöhungen nur die Kaufkraft der Arbeitermassen und kommen dadurch der Gesamtheit zugute. Gegenüber einem gehässigen Angriff der „DAZ." auf die Löhne der Eisenbahnarbeiter stelle ich fest, daß sie nachweislich bedeutend niedriger sind, als bei vergleichbaren Arbeitergruppen der Privatindustrie. Freilich hat

die Reichsbahn kein moralisches Recht, bei jeder noch so geringen Lohnerhöhung nach einer Tariferhöhung zu schreien.

(Sehr wahr! links.) Dadurch wird die Oeffentlichkeit fortwährend beunruhigt. Von der Pariser Vereinbarung kann die Reichsbahn sicher eine finanzielle Entlastung erwarten, denn sie hat in Zukunft 660 Millionen gegenüber den 1100 Millionen des Dawes-Planes zu zahlen. Es ist nur ein berechtigtes Verlangen, daß diese Entlastung benutzt wird, um notwendigen Erfordernissen zu genügen. Durch die Neuregelung der Rücklagefonds hat die Reichsbahn in Zukunft 408 Millionen zur Verfügung. Um so mehr muß sie besser und kaufmännischer arbeiten und disponieren. Die Reichsbahn wird auch der ausländischen Kontrolle ledig. Wir fordern, daß in den neuen Verwaltungsrat neben Parlamentariern und Volkswirtschaftlern auch Personalvertreter berufen werden. Mit dem Fall des Dawes-Plans und der notwendigen Aenderung des Reichsbahngesetzes muß auch das

Unrecht wieder gut gemacht werden, das bei der Schaffung der Dawes-Gesetze an dem Eisenbahnpersonal begangen wurde, indem man es unter Ausnahmezustand und Ausnahmerecht gestellt

hat. Reichstag und Reichsregierung müssen den ihnen zustehenden Einfluß in jeder Beziehung wahrnehmen, und vor allem das Chaos in unserem Verkehrswesen beseitigen. Eisenbahn und Post sollten gleiche Betriebsform erhalten und gleiche Betriebspraxis ausüben. Die Regelung der Frage „Eisenbahn und Lastautoverkehr" ist dringend; ein gerechter Ausgleich liegt im allgemeinen Interesse. Man kann von der Reichsbahn verlangen, daß sie gut, billig und schnell fährt. Wenn es wahr sein sollte, daß 55 Proz. der Reichsbahnreisenden zu ermäßigtem Tarif oder sogar frei fahren, so dürfte das mit der Wirtschaftlichkeit des Betriebes kaum in Einklang zu bringen sein. Die Klagen über die Wasserumschlagtarife scheinen nicht unberechtigt zu sein; Mannheim verliert — Straßburg gewinnt! Daran kann Deutschland nicht interessiert sein. Generaldirektor Dörpmüller aber wünscht sogar, daß der Verkehr mit einer vierfachen Steuer belegt werde!

Trotz mancher falschen Maßnahme hat sich der Reichsbahnbetrieb gut bewährt. Die Leistungen des Personals in diesem langen harten Winter lassen sich sehen, und das Ausland hat mit einem gewissen Neid darauf geblickt. Aber

diese Leistungen sind bisher immer nur mit Dankesworten und billigen Redensarten belohnt

worden. Mehr soziales Verständnis, mehr menschliches Empfinden und Entgegenkommen gegenüber den berechtigten Forderungen des Personals wären durchaus am Platz. Reichstag und Minister würden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie endlich einmal mit fester Hand das Chaos im Verkehrswesen beseitigen und Verhältnisse schaffen würden, die dem deutschen Organisationstalent entsprechen und der Wohlfahrt des deutschen Volkes dienen. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Dr. **Scheller** (Z.) verweist auf die Notlage des Grenzbezirks Aachen.

Abg. **Brüninghaus** (DVp. fordert Unterstützung des mitteldeutschen Luftverkehrs.

Abg. **Haindl** (Dt. Bauernp.) wünscht bessere Verkehrsverhältnisse zwischen dem Bayerischen Wald und Böhmen.

Abg. **Alpers** (Dt. Hannover.) verlangt Verbesserung der Uferbefestigung an der Unterelbe.

Abg. **Göring** (Natsoz.) tritt für Förderung der Luftfahrt ein und bedauert die Streichungen beim Luftverkehrsetat. Besonders verhängnisvoll seien diese bei den Verkehrsfliegerschulen. Dadurch werde die erste Bedingung der Fliegerei, die Sicherheit, in Gefahr gebracht. Die Angriffe gegen die Lufthansa seien unberechtigt.

Abg. **Schroeter-Merseburg** (Komm.) behauptet große Verschwendung beim Bau und Betrieb der Autorennstraße Nürburgring. Der Reichswasserschutz ist mehr gegen innere Unruhen bestimmt.

Nachdem die Beratung des Verkehrsetats beendet war — die Abstimmungen finden am Montag statt —, wurde ein von mehreren Parteien eingebrachter Entwurf eines Gesetzes über die Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer dem Steuerausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Sonnabend, 10 Uhr: Wehretat. Schluß 7¼ Uhr.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

7. **Kreis Charlottenburg und Spandau.** Juristische Sprechstunde heute Sonnabend, 15. Juni, 17—18 Uhr, im Jugendheim Rastenstr. 4. **Gelegenheit zum Kirchenaustritt!**

Heute, Sonnabend, 15. Juni:

90. Abt. Weiß-Buckow. Treffpunkt des Arbeitsausschusses „Fest der Arbeit" pünktlich 18 Uhr in der Großsiedlung, Hufeisen, zur Ortsbesichtigung.

120a. Abt. Freie Schole. 20 Uhr im Schulenkrug **Mitgliederversammlung.** Vortrag: „Meine Erlebnisse in Sowjetrußland". Referent: **Eugen Hase.** Alle Mitglieder werden um Erscheinen gebeten.

Morgen, Sonntag, 16. Juni:

7. Abt. Ausflug nach Hohen-Neuendorf, zum Restaurant „Zur Waldschänke" (Südausgang). Spiel und Sport, Kinderbelustigungen, Kaffeekochen. Treffpunkt 9 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. Nachzügler finden uns in der Waldschänke.

42. Abt. Familienausflug nach Machnower Schleuse. Treffpunkt 9 Uhr. Nachzügler 13½ Uhr. Endstation der Straßenbahnlinie 100. Fahrverbindung: Straßenbahn 96 ab Belle-Alliance-Platz oder Vorortbahn ab Bahnhof Yorckstraße bis Groß-Lichterfelde-Ost. Dort umsteigen in Straßenbahn Linie 100. Rege Beteiligung wird erwartet.

101. Abt. Treptow. Ausflug nach dem Teufelssee, Müggelberge. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Treptow, oder zwischen 8 und 8½ Uhr an der Endhaltestelle der Linie 83 (Wendenschloß). Nachzügler ab 14 Uhr im Lokal „Waldschänke" (am Teufelssee). Fahrverbindung: Linie 87 bis Köpenick, Krankenhaus oder Linie 83 bis Wendenschloß.

*

85. Abt. Tempelhof. Montag, 17. Juni, 20 Uhr, bei Pinger, Dorfstr. 50, Mitgliederversammlung. Bericht vom Parteitag. Referent: **Richard Hille.**

Frauenveranstaltungen.

8. Abt. Sonntag, 16. Juni, Ausflug nach Blankenfelde, Lokal **Paul Kuke.** Treffpunkt 9 Uhr am Bahnhof Yorckstraße, Zugverbindung ab Yorckstraße 9,18 und 9,48 Uhr bis Mahlow. Gäste willkommen.

48. Abt. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Flugblattverbreitung am Sonnabend und Montag um 17 Uhr bei Eichholz, Cunrystraße.

56. Abt. Charlottenburg. Die Genossinnen werden gebeten, die Flugblätter für die Kundgebung am 16. Juni von Liersch abzuholen und zur Verteilung zu bringen.

Arbeiterwohlfahrt.

19. Kreis Pankow. Die Abteilungen Pankow, Niederschönhausen, Buch, Karow, Blankenburg, Blankenfelde, werden gebeten, am Sonnabend, dem 15. Juni, 16 Uhr, sich an der Besichtigung der Ausstellung „Mutter und Kind" im Gesundheitshaus, Berlin-Pankow, Grunowstraße, recht zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt 16 Uhr vor dem Gesundheitshaus, Portal III.

Jungsozialisten.

Werbebezirk Süden. Alle Genossen beteiligen sich an der Gesamtveranstaltung am Montag, 17. Juni, im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Referent: Engelbert Graf.

Gruppe Neukölln. Morgen, Sonntag, 16. Juni, Fahrt nach Königswusterhausen. Treffpunkt für Fußgänger und Faltbootfahrer 5¼ Uhr Ringbahnhof Neukölln.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Reinickendorf. Sonntag, 16. Juni, Kreisfahrt. Treffen aller Gruppen 9½ Uhr in der Walderholungsstätte Tegel.

Geburtstage, Jubiläen usw.

21. Abt. Berichtigung! Unserem Genossen, dem Schlosser (nicht dem Tischler) Karl Walter zu seinem 60. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.

Unserem Genossen Friedrich Dinkelmeyer (nicht Winkelmeyer) zum 25-jährigen Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Sonnabend, 15. Juni:

Reinickendorf-Ost: Wochenendkursus in Zossen, Treffpunkt 18 Uhr Potsdamer Bahnhof. Thema: „Zweck und Ziele der SAJ." Referent: Arthur Reichardt.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Ueben des Tambourkorps um 20 Uhr im Altersheim. Montag, 17. Juni, 20 Uhr, übt die Kapelle in der Turnhalle Danziger Str. 28. Erscheinen ist Pflicht. Sonntag, 7. Juli, findet der Ausmarsch für Wien statt.

Werbebezirk Westen: Treffahrt des Werbebezirks nach dem Rudhetal. Treffpunkt 17 Uhr Bahnhof Charlottenburg. Nachzügler um 20 Uhr ebendort.

Werbebezirk Teltowkanal: Schülerversammlung pünktlich 18 Uhr im Heim Steglitz, Albrechtstr. 47a. Es spricht Gerd Pothur über „Die Aufgaben der SSB." Anschließend pünktlich 20½ Uhr Werbebezirksvorstandssitzung.

SSB. Prenzlauer Berg: Danziger Str. 62, H. 3, 20 Uhr Schülerreferate.

Morgen, Sonntag, 16. Juni:

Falkplatz I: Fahrt nach Erkner-Werlsee. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. — **Falkplatz II:** Fahrt nach dem Krämer. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — **Frankfurter Viertel:** Fahrt. Treffpunkt 6 Uhr Baltenplatz. — **Steglitz:** Spielen im Grunewald. Treffpunkt 8 Uhr Rathausplatz. — **Neukölln III:** Fahrt nach Neu-Kamerun. Treffpunkt 6½ Uhr Bahnhof Neukölln. Unkosten 50 Pf.

Werbebezirk Mitte: Dampferfahrt nach Wernsdorf. Abfahrt 7½ Uhr Michaelkirchbrücke. Erwachsene 2 M., Kinder 1 M. Die Parteigenossinnen und -genossen unseres Kreises sind herzlich eingeladen.

Werbebezirk Neukölln: Alle Obmänner treffen sich zum Kinderfest des Jugendamtes um 14 Uhr am Eingang des Volksparks Neukölln.

Werbebezirk Kreuzberg: Werbebezirksmitgliederversammlung im Heim Belzer Str. 30, Montag, 17. Juni. Vortrag: „Der Magdeburger Parteitag". Referentin: Genossin Anna Siemsen, M. d. R.

Sonnabend
15. Juni 1929

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Die erste deutsche Journalistin

Zwei Göttinger Professorentöchter sind in der deutschen Geistesgeschichte berühmt geworden, beides die Töchter berühmter Philologen, beide mit seltenen Gaben ausgestattet, in tragische Schicksale verstrickt, sich vielfach in ihren Lebensläufen berührend und doch so entgegengesetzt wie nur möglich: es sind Caroline Schlegel und Therese Huber, die eine das Kind des großen Hebraisten Michaelis, die andere die Tochter des nicht weniger hervorragenden klassischen Philologen Heyne. Caroline lebt fort als die genialste Frau der Romantik, ein durch und durch künstlerisches Wesen, das sich fortreißen ließ von seinen Leidenschaften und doch auch in den bedenklichsten Lagen nie seine Anmut und Hoheit verlor; Therese dagegen hatte eine größere Begabung des Verstandes, war klug, energisch, gebildet und tüchtig. So hat sie nicht jene Verklärung erfahren, die ihrer so anders artigen Jugendfreundin zuteil wurde, aber sie lebt nicht nur fort im Briefwechsel Schillers und Goethes, in der Lebensgeschichte ihres Mannes Georg Forster und ihres zweiten Mannes, des bedeutenden Schriftstellers Huber, sondern sie erscheint uns ehrwürdig als die erste deutsche Frau, die sich selbständig mit der Feder ernährte, die ihre Kinder als Schriftstellerin durchbrachte und aus dem Journalismus einen Beruf machte.

Nach den Schilderungen Carolinens, die der Nebenbuhlerin freilich nicht recht wohl wollte, war sie schon als junges Mädchen Freigeist und Kokette und sehr eifrig auf der Jagd nach dem Mann. Als sie aber dann mit 20 Jahren den berühmten Reisenden und genialen Schriftsteller Georg Forster heiratete, da war die Ehe von Anfang an nicht glücklich, denn als Therese Forster die Hand zum Bunde reichte, war sie unglücklich verliebt in jenen dämonischen Friedrich Ludwig Meyer, der damals so vielen Frauen den Kopf verdrehte. Sie folgte dem Gatten nach Polen und dann nach Mainz, wo er in das gefährliche Abenteuer der revolutionären Bewegung verstrickt wurde. Therese hat versucht, dem unglücklichen und schwankenden Forster eine gute Frau zu sein, soweit dies ohne innigere Anteilnahme der Seele und der Sinne möglich war, aber als dann der junge Ludwig Ferdinand Huber bei ihnen Hausfreund wurde, da wandte sich diesem ihr ganzes Herz zu; sie ließ Forster im Stich und floh nach Straßburg, wo sie mit Huber zusammenlebte. Nachdem Forster, die tiefe Wunde des verlassenen Ehemannes nach Paris mit sich tragend, dort gestorben war, heiratete Therese Huber und wurde nun eine ideale Gattin und Mutter. Nun erst entdeckte die in den Stürmen des Daseins gereifte Frau ihre schriftstellerische Begabung; sie legte aber darauf so wenig Gewicht, daß sie zunächst nur als Gehilfin ihres Mannes tätig war und ihre ersten Erzählungen unter seinem Namen erscheinen ließ.

Huber, der die Redaktion der Cottaschen „Allgemeinen Zeitung", des damals wichtigsten Blattes, übernommen hatte, starb 1804, und nun mußte Therese sich selbst und ihre zahlreichen Kinder durchbringen, so gut es ging. Eigentlich machte ihr die Hausarbeit mehr Freude als das Bücherschreiben, denn sie war im Grunde auch für damalige Zeit „altmodisch". „Mir ist das Gedrucktwerden immer ein beunruhigendes, schmerzliches, demütigendes Gefühl," schrieb sie 1810 an ihren Vater, „es geziemt dem Weibe nicht." Auch als sie dann die Redaktion des „Morgenblattes für die gebildeten Stände" übernommen hatte und diese für die Erziehung des deutschen Publikums so mächtige Zeitschrift auf eine hohe Stufe hob, vernachlässigte sie darüber ihre Hausfrauenpflichten nicht, stand sogar am Waschtrog, nachdem sie ihre Artikel geschrieben hatte. Durch diese erfolgreiche redaktionelle Arbeit ist sie aber die erste bedeutendere Journalistin in Deutschland geworden. Als sie am 15. Juni 1829 starb, urteilte Wilhelm von Humboldt über sie: „Sie war an Geisteskräften gewiß eine der vorzüglichsten Frauen ihrer Zeit; sie wußte auch sehr viel und besaß einen sehr hohen Grad von intellektueller Bildung. Allein das alles wurde überstrahlt durch die inneren angeborenen Geisteskräfte und durch die Fülle einer reichen schöpferischen Phantasie. Dabei hatte sie mit ihren Kindern die liebenswürdigste weibliche Einfachheit. . ."

Maurice Dekobra: Inkognito

Die schöne Mrs. Constance Treewhat speiste allein im Kasino. Mit den Spitzen ihrer langen rosigen Finger handhabte sie die silberne Klinge wie ein Chirurg das Skalpel, um den saftigen Leib eines samtenen Pfirsich zu öffnen. Sie schien abgespannt. Die blauen Schatten des Lebensüberdrusses legten Ringe um ihre Augen und verschleierten ihre schmachtenden Pupillen mit Melancholie.

Es war zehn Uhr abends. Die Jazz des Dancin sandte seine Rhythmen zu den Sternen der Riviera empor. Mrs. Treewhat träumte. Worin bestehen die uneingestandenen Wünsche einer schönen Amerikanerin? Noch dazu, wenn sie sich in Cannes langweilt? Das Abenteuer mit der Maske vor dem Gesicht, das verführerische Gespenst Abenteuer flüsterte ihr gefährlichen Rat ins Ohr:

„Verlasse doch dieses Restaurant, Constance! Flaniere unter den Sternen im Dunkel der Nacht, dearest — das Unerwartete erwartet dich mit seinem Gefolge von Ueberraschungen — Der Vogel schwingt sich empor. . . Schönes Vogelhirnchen, tue desgleichen . . .!

Mrs. Treewhat bezahlte ihre Rechnung, befahl ihrem Chauffeur, den Wagen in die Garage zu bringen, und wanderte ziellos unter den von dunklen Schatten verhüllten Palmen.

Ein Mann hatte beobachtet, wie sie das Restaurant verließ und war ihr gefolgt. Vor einem, im Lichterglanz erstrahlenden Luxushotel begrüßte er sie mit ausgesuchter Höflichkeit:

„Madame, verzeihen Sie meine Unverfrorenheit. Aber es gibt im Leben Umstände, die zu Verwegenheit zwingen."

„Mein Herr, ich kenne Sie nicht."

„Ich bin ein bescheidener Beamter der Republik, Madame, Emile Hurdot, Spezialkommissär der Sicherheitspolizei."

Mrs. Treewhat, besorgt und beunruhigt zugleich, blickte den Mann hoheitsvoll forschend an:

„Aber . . . mein Paß ist in Ordnung . . . ich . . . ich . . ."

„Oh, Madame, darum handelt es sich nicht. . . Im Gegenteil: Ich bin gezwungen, Ihre Gefälligkeit in Anspruch zu nehmen. . . Stellen Sie sich vor, Madame, ich bin der Person eines großen Herrn, der inkognito reist, attachiert, und habe von der Regierung den Auftrag, ihn Tag und Nacht zu bewachen. Es ist zufällig der Erbprinz von Monteblanco, der seit einigen Tagen in Cannes weilt. . ."

Mrs. Treewhat war gar nicht mehr beunruhigt. Das Gespräch mit diesem Vertreter der französischen Geheimpolizei interessierte sie außerordentlich. „Und was weiter, mein Herr?"

„Erlauben Sie, daß ich Ihnen das ziemlich einfache Problem auseinandersetze. Der Prinz von Monteblanco ist schön und verführerisch. Das Kino hätte ihn schon längst mit Beschlag belegt, wenn ihn seine dynastischen Pflichten nicht an den Thron seiner Väter gefesselt hielten. Aber ist man darum weniger Mann, weil man blaues Blut hat? Der Prinz hat geruht, mir zu gestehen, die Riviera ohne Abtenteuer schiene ihm wie ein Zigeuner ohne Violine. . . Verstehen Sie?"

„Er ist reizend, Ihr „boy", M. Hurdot."

„Madame, wenn Sie wüßten, wie recht Sie haben. . . Nun, ich unterbreitete also höheren Orts die Wünsche des Prinzen, und man hat geruht, sie zu befriedigen."

„Wie das?"

„Sehr einfach, Madame. Es entzieht sich meiner Beurteilung, ob Sie auch in den Vereinigten Staaten eine so verständnisvolle Organisation besitzen. Wir hierzulande sehen alle Wünsche unserer gekrönten Häupter voraus. Alle, selbst die geheimsten. Wir besitzen eine Reihe freiwilliger (natürlich auch reizender) Hilfskräfte, die aus Gefälligkeit gegen die Regierung sich ohne Zögern auf dem Altar des Vaterlandes opfern. Der Altar ist in diesem Falle ein Palasthotel, und der Kult entspricht weniger den Evangelien als dem Dekamerone."

„Und wer sind diese Hilfskräfte?"

„Im allgemeinen dramatische Künstlerinnen oder Frauen aus der Gesellschaft, die die Geheimnisse des Gotha zu ergründen lieben. Wir besitzen eine Gruppe von vierundzwanzig vertauschbaren Volontärinnen. Ich hatte Seiner Königlichen Hoheit Nummer 7 angeboten, und er hatte geruht, sie anzunehmen. Alles war in die Wege geleitet. . . Nummer 7 sollte heute abend in Cannes eintreffen. . . Aber mein Programm wurde durch einen unglücklichen Zufall gekreuzt. . . Nummer 7 hat telegraphiert, daß sie sich morgen einer Blinddarmoperation unterziehen müsse. . ."

„O! Welche Enttäuschung für Ihren „boy"."

„Nicht wahr, Madame? . . . Ich habe noch nicht gewagt, es ihm mitzuteilen. Ich habe eine Autopanne zwischen Nizza und Cannes vorgeschützt. . . Der Prinz erwartete daher immer noch Nummer 7. . ."

„Ja . . und?"

„Und Madame — Sie sind mir heute abend im Kasino aufgefallen. . . Sie sehen Nummer 7 verblüffend ähnlich. . . Dieselbe blonde Schönheit . . . dieselbe Eleganz . . . derselbe Charme im Blick!""

„Go on!"

„Doch . . . Doch. . . Natürlich sagte ich mir sofort, das ist die ideale Nummer 7! Wenn doch diese Dame, die sich heute abend langweilt, geneigt wäre, ihren Aufenthalt in Cannes durch ein bezauberndes Abenteuer zu würzen . . . selbst wenn ein Morgen nicht existiert. . . Wenn sie bereit wäre, eine Episode zu erleben, die sich im Buche ihrer Erinnerungen mit einem rosigen Kreuz eintragen würde? Das war es, Madame, was ich, ein bedauernswerter, tief beunruhigter Beamter, mir zu sagen wagte."

Mrs. Treewhat betrachtete den Privatkommissär. In ihrem zweideutigen Blick glänzte ein Schimmer. Sie schien zu zögern und spielte mit ihren Perlen, die um ihren dekolletierten Hals glitten:

Sie zögerte. M. Hourdot, der erfahrene Psychologe, sagte eindringlich:

„Madame, lieben Sie unser Land?"

„Sicherlich. . ."

„Tun Sie es für Frankreich!"

Mrs. Treewhat lachte herausfordernd. Sie streichelte immer noch die feuchten Perlen des Orients mit ihren roten Lippen und fragte: „Mr. Hurdot, sind Sie ein Gentleman? Geben Sie mir Ihr Ehrenwort, daß Seine Hoheit nicht eine alte vertrocknete Nuß ist?"

„Madame, die Ehre meines Ministers, die Ehre des ganzen Kabinetts steht hinter mir. . . Sie werden nicht enttäuscht sein."

„Gut. . . Stellen Sie mich dem Prinzen vor. Ich werde heute nacht Nummer 7 sein!"

Einige Tage später, als die schöne Mrs. Treewhat eben von den „links" zurückkehrte, näherte sie sich dem Klubhaus des Golfplatzes, um sich auszuruhen. Da bemerkte sie zu ihrer Ueberraschung, der sich eine gewisse Erregung beimischte, hinter einer Tamarindenhecke den Prinzen von Monteblanco, den Kommissär der Sicherheitspolizei und noch einen Mann in einem weißen Sweater, in traulichem Geplauder bei drei Portoflips.

Neugierig lauschte Mrs. Treewhat. Sie hörte, wie der Prinz zu dem Mann im weißen Sweater sagte:

„Mein Alter, ich habe einen unerhörten Trick entdeckt, um die schönsten Frauen zu verführen. Ich verkaufe ihn dir für einen Flip. . . Gib dich für einen Prinzen von Geblüt aus, der inkognito reist, entsende zu der Schönen, die du begehrst, einen Kameraden, der sich ihr als Beamter der Sicherheitspolizei ausgibt — besitzt dein Freund die Gabe der Beredsamkeit, so fliegt dir die gebratene Taube in den Mund. . . Wie neulich zum Beispiel eine entzückende Amerikanerin. . ."

(Deutsch von L. Naylann)

Glasbläser an der Ruhr

Ein Hexenkessel diese Halle hier: Das surrt und knarrt, das knirscht und kreischt, das zischt und faucht, das ächzt und schreit, aus Motoren, aus Röhren, Schläuchen, Kesseln, Oefen und Menschenkehlen. Ohrenbetäubend der Lärm, mahlos die Hitze; und unheimlich ist das Tempo, in dem hier geschafft wird.

Auf einem Eisenpodium, das einen riesigen Schmelzofen umschließt, stehen halbnackte Männer. In dicken Tropfen rinnt ihnen der Schweiß von Stirn und Brust und Rücken. Sie hantieren mit langen Stangen, an deren Spitzen eine siedend heiße gallertartige Masse hängt; sie blasen und drehen sie, tauchen sie in Formen, geben sie weiter an andere Arbeiter, die sie mit ebenfalls langen Stangen oder Zangen anfassen und weiterbehandeln. Ein beängstigendes Gefuchtel für den Schauenden, der sich wundert, daß keiner dem anderen mit der gelb- und rotglühenden Masse Gesicht und Körper verbrennt. Allerdings sind bei aller Vorsicht Brandwunden und Augenverletzungen an der Tagesordnung, weil die heiße Masse gerne spritzt. Die andere Berufskrankheit ist Tuberkulose. Der Ventilator schafft längst nicht so viel gute Luft, als diese Menschen hier zum Atmen und zum Blasen brauchen.

*

Diese farblose Suppe in dem Tonherd ist flüssiges Glas. Vor den Ofenlöchern stehen die Kurbelmacher mit den „Pfeifen", eineinhalb Meter langen Eisenrohren, und fischen aus dem Riesentiegel die Glasmasse. Längst haben sie die notwendige Menge im Gefühl. Hat sich genügend Glas angehängt, so reichen sie die Pfeifen den geübten Bläsern. Diese wiederum formen das halbflüssige Klümpchen an der Pfeifenspitze an verschiedenen Vorrichtungen, nehmen dann die Pfeife in den Mund und blasen, das Rohr dabei dauernd drehend, je nach Art und Größe des zu fabrizierenden Glasgegenstandes die Masse entsprechend auf. Eben sind Kognakflaschen an der Reihe. Schnell bekommt die bereits rötlich-orangefarbene Blase unter den flinken Formerhänden ein flaschenähnliches Gesicht. Es dauert keine ganze Minute, da hält schon der dritte Mann der jeweils zusammenarbeitenden Vierergruppe, der zangenbewaffnete Auftreiber, die rotglühende, nun erstarrte Flasche in die Stichflamme seines Oelofens, um den Flaschenkopf zu formen. Hier holen dann die 14-, 15jährigen Einträger die endgültig fertigen Kognakflaschen und eilen mit ihnen zu den Kühlöfen. Die letzte Station.

Das geht so von sechs Uhr früh mit dreiviertel drei Uhr nachmittags, im Akkord. Außer einer halben Stunde Mittagspause gibt's keine Unterbrechung. Keiner leistet sich den Luxus einer weiteren kleinen Pause. Selten, daß einer dem anderen mal ein scherzhaftes Wort zuruft. Nicht nur die aufsehenden Hüttenmeister, manchmal mehr Werksunteroffiziere als Arbeitskollegen, würden das sofort ankreiden. Es verbietet sich von selbst. Jeder will für den Wochenzahltag noch ein paar Groschen mehr herausschinden. Dabei ist fünfzig Mark das allerhöchste, was ein Bläser heimbringen kann. Aber dieses Hetzen, so menschlich begreiflich es ist, bringt obendrein noch Streit mit anderen Kollegen und Streit mit der Werksleitung. Nicht selten wird nämlich der Akkordsatz erniedrigt, wenn der eine oder andere sich einige Groschen über das im Auge des Unternehmers gebührende Maß erarbeitet, und die ganze Belegschaft flucht dann über den notgetriebenen Ueberfleiß einzelner.

Sechshundert, siebenhundert solcher Kognakflaschen muß einer am Tage blasen, wenn er den Akkord einhalten will. Sechshundert bis siebenhundert Flaschen, sechshundert- bis siebenhundertmal die lange Pfeife in den Mund nehmen, daran blasen, dann formen, wieder blasen, wieder formen; dazu ein Lärm, eine Hitze, eine Stickluft, schon kommt die nächste Pfeife, alle zwei Minuten drei Flaschen — siebenhundert am Tag. Dabei heißt es scharf aufpassen, daß jede Flasche gelingt, denn fehlerhafte Flaschen werden nicht bezahlt, werden von der Gesamtzahl abgezogen. Einfachere Flaschenformen kann man bereits maschinell blasen. Neben den Mundbläsern sitzen an modernen Flaschenmaschinen die vom Maschinen-Abbau Uebriggebliebenen. Ihr Schicksal ist nicht viel besser als das ihrer Kollegen an den Pfeifen. Ihre Akkordzahl ist nämlich statt siebenhundert siebzehnhundert Kognakflaschen.

*

Eine Sirene. Mittagspause. Die Halle, noch vor einer Minute eine tobende Hölle, ist jetzt ein Friedhof toter Maschinen. Kein Motor rattert, kein Rad dreht sich, keine Stichflamme zischt. Jene, die das alles bewirkten, sitzen oder liegen draußen im Hof, halten zwischen Scherbenhaufen und erstarrten Glasmassen dürftige Mittagsrast.

Da hat die Frau dem Mann, das Kind dem Vater, die Schwester dem Bruder Essen gebracht. Jetzt hocken sie stumm beieinander, auf Kisten, auf Steinen, auf dem bißchen grüne Wiese. Die in blauen Hemden löffeln aus blechernen Schüsseln, essen aus Tüten und Zeitungspapier, so wie's Mutter eben einpacken konnte. Es schmeckt alles stark nach Margarine, aber es bleibt nichts übrig. Andere liegen wie tot am Boden ausgestreckt, die Augen geschlossen oder starr zu den Wolken gerichtet. Lebende Arbeitsleichen. Es ist täglich das gleiche. Manche sitzen hier, Alte, Graue, die arbeiten nun schon seit ihrem neunten Lebensjahr auf der Hütte.

Eine halbe Stunde verrinnt schnell, wenn man nicht am Schmelzofen steht, nicht an der Oeltrommel. Wieder heult die Sirene. Und wieder hebt es an, das Surren und Knarren, das Knirschen und Kreischen, das Zischen und Fauchen, das Aechzen und Schreien, die Hitze, der Akkord.

*

Kognakflaschen. Siebenhundert mit dem Mund, siebzehnhundert mit der Maschine, pro Mann und Tag. Wer denkt bei einem Branntweinschluck an jenen Schweiß, der an der Flasche klebt?

Wilhelm Kristl.

Wer soll nicht ins Hochgebirge?

Obwohl das Höhenklima den menschlichen Organismus günstig zu beeinflussen vermag, gibt es leider nicht wenig Menschen, die den Aufenthalt im Hochgebirge lieber meiden sollten. Das Höhenklima verlangt gewisse Mehrleistungen vom Organismus. Infolge des geringeren Sauerstoffgehalts der Luft tritt eine Vermehrung der roten Blutkörperchen ein, und bei längerem Aufenthalt im Höhenklima nimmt auch der Blutfarbstoffgehalt absolut zu. Es ist das eine Anpassung des Körpers, denn der Blutfarbstoff bindet in der Lunge den Sauerstoff und gibt diesen an die Gewebe ab. Dieser Neubildung von Blutkörperchen geht eine allgemeine Steigerung des Stoffwechsels, dabei auch eine Vermehrung der Atembewegungen, parallel. Gewiß alles Faktoren, die für Gesundheit und Wohlbefinden eines kräftigen Menschen nur förderlich sein können. Anders bei Kranken! Wie Staehelin (Basel) in der „Therapie der Gegenwart" kürzlich ausführte, dürfen alle Kranken, die eine Stoffwechselmehrleistung nicht mehr oder nur mit Mühe aufbringen können, das Hochgebirge nicht aufsuchen. Hierher gehören zunächst alle Fiebernden und sehr schwer Blutarme (perniziöse Anämie), ferner gibt es bestimmte Neurosen, bei denen ein Hochgebirgsaufenthalt nicht angezeigt ist. Noch wichtiger sind aber Störungen der Kreislauforgane, weil besonders an den Blutkreislauf die höchsten Anforderungen gestellt werden. Menschen, die an schwerer Arterienverkalkung, an Blutdruckerhöhung, an Brustkrämpfen, an Herzfehlern, die mit rascher Kurzatmigkeit einhergehen, leiden, gehören nicht ins Hochgebirge. Wegen der Trockenheit der Luft ist das Hochgebirge auch zweckmäßig zu meiden bei trockenem Bronchialkatarrh und schwerer Lungenlähmung.

Billige Strümpfe

Für Damen: Verkauf soweit Vorrat

Strapazierqualitäten .... 95 Pf.
Seidenflor oder künstliche Seide 1.45
Künstliche Waschseide moderne Farben.. 1.95
„Hertie"-Seide (künstliche Seide), 2. Sortierung, oder künstliche Seide mit Flor verstärkt 2.45
Reine Seide L. B. O. 4.50

Für Herren: (Socken)

Jacquard moderne Muster.................................. 78 Pf.
Baumwolle mit Kunstseide, hübsche Muster ... 95 Pf.
Flor mit künstlicher Seide 1.45
Eleg. Fantasiesocken haltbare Qualität 1.95
Reinwollene Sportstutzen 1.95

HERMANN **TIETZ**

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str.
Wilmersdorfer Str. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Andreasstr.

Kleines Theater
Täglich 8¼ Uhr
Naß oder trocken?
Lucie Mannheim, Max Adalbert, Hermann-Schaufuß, Hermine Sterler, Fr. Holländer, Fr. **Friedmann-Frederich.**

Theat. am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr

Elite-Sänger
Die Juni-Sensation:
„Berlin hat's große Los!"

Planetarium
— am Zoo —
Verlag. Joachimsthaler Straße
B. 5 Barbarossa 5578
16¼ Uhr **Sternbilder des Sommers**
18¼ Uhr **Der Glutball der Sonne**
20¼ U. **Von Pol zu Pol am Sternenhimmel**
Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf.
Mittw.: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit **48 Jahr** als **Spezialität,**
Conrad Müller
Leipzig - Schkeuditz

Verkäufe

Linoleum. Saillat, Koloniestraße 9 •

Bettenverkauf! Wegen Geldmangel spottbillig! Neue 15.—! Prachtvolle 22.50! 35.—! Bauernbetten 29.—! Keine Lombardware! Leihhaus Brunnenstraße 47

Wochenendbetten, komplett 24.—. Pappelallee nur 12; Pankow, Schmidtstraße 1.

Waldparzellen 1200.—, herrlich am See, kleine Anzahlung. Wagner, Wandlitzsee, Stolzenhagenerstraße. •

Landparzellen 950.—, schön gelegen, kleine Anzahlung. Restaurant Hoffmann, Oranienburg, Berliner Allee 21.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. •

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gummimäntel, Cutawayanzüge, Gabardinemäntel, Covercoatpaletots, für jede Figur passend, Spezialität: Bauchanzüge spottbillig. Gesellschaftsanzüge werden verliehen. Halpern, Rosenthalerstraße 4, 1. Etage. •

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Bauchanzüge, für jede Figur passend, getragene Sommerpaletots in allen Formen; außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Gelegenheitskäufe in Herren- und Damenpelzen. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware. •

Von Kavalieren wenig getragene und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Abendanzüge, Sommerpaletots, farbig und marengo, Bauchanzüge u. Paletots, für jede Figur passend. Pelzwaren-Gelegenheitskäufe enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstr. 2, Hallesches Tor. •

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105

Damenmäntel, Frühjahrsmäntel 4.—, Herrenstoff 7.—, entzückende Frauenmodelle 10.—, 20.—, 39.—, Seidenmäntel, reizende Kleider 4.—, 8.—, 12.—, 16.—; Schmechel, Gipsstraße 13, Bahnhof Börse.

Möbel

Möbelkäufer
merkt Kredit
und bar
Möbelbazar,
große Auswahl,
kleine Preise!
Beispiele:

Schlafzimmer 435, Speisezimmer 345, Herrenzimmer 260, Spiegelschränke 118, Anrichteküchen 75, Kleiderschränke 48, Holzbettstellen 48, Chaiselongues 28, Metallbettstellen 16, Auflegematratzen 13. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten. Kleine Anzahlungen. Kassa-Rabatte bis zehn Prozent. Kredite bis zwei Jahre. Mäßige Zinsen. Neukölln, Hermannplatz 7; Steglitz, Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Straße 90, Untergrund-Bahnhof •

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Nußbaum-Waschkommoden, englische Bettstellen, Nachttische. Riesenauswahl Plüschsofas. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Wochenend-Chaiselongues 24.—, 30.—, 35.—, Pappelallee nur 12; Pankow, Schmidtstraße 1. •

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden •

Musikinstrumente

350.—, 450.—, 485.—, schöne gebrauchte, Uebungsklavier 120.—, Fabrikneue Prachtpianos spottbillig. Auch Teilzahlung. Auguststraße 38. (Fachmann.)

Kleinpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35. •

Fahrräder

Teilzahlung, kulante Bedingungen, Fabrikpreise, nur Qualitätsräder. Fahrradbau „Mima", Ackerstraße dreißig.

Gebrauchte Fahrräder, größte Auswahl, 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—, Machnow, Weinmeisterstraße 14. •

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 29 (Haltestelle Adalbertstraße). •

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Johannisstraße 4. •

Unterricht

Autofahrschule Gerber, gründliche Ausbildung auf ganz modernen Fahrzeugen. Eintritt jederzeit. Urbanstraße 10 (nahe Hallesches Tor).

Unserem lieben Genossen
August Sellin
am Volkshause 1
zum 70. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche
Die 34. Abt.

Am 11. Juni erlöste der Tod von ihren Schmerzen unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin
Ida Barthelmann
geb. Stahl
In tiefer Trauer **die Kinder.**
Berlin, Kiautschoustraße 14.
Die Einäscherung findet am Montag, dem 17. Juni, 17 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Deutsche Lederwarenfabr.
Zentrale Alt-Moabit 130
Kottbusser Damm 75 Greifswalder Str. 2
Andreasstraße 40 Schbg., Herbertstr. 4
Invalidenstraße 7 Charl., Bismarckstr. 78
Chausseestr. 90-92 Spand., Bahnhofstr. 4
Neueröffnet unser
Warenhaus Rosenthaler Straße 58

Verschiedenes

Vereins-, Sport-, Festabzeichen laut Musterpreisliste. Petsch, Niederschöneweide, Kölnischestr. 38.

Vermietungen

Wohnungen

2-, 2½-, 3-, 3½-Zimmer-Neubauwohnungen in Hirschgarten, Rummelsburg, Karlshorst und Reinickendorf. Rückzahlbarer Bauzuschuß 500 M. pro Zimmer. Beziehbar Frühjahr 1929. Wohnraum, Belle-Alliance-Str. 79. Bergmann 6394.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

50 Altpapier-Sortiererinnen per sofort gesucht. Vorstellung: Vereinscheck, Hohenlohebrücke, Ecke Rudolfstraße. •

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnabend, 15.6.	Sonnabend, 15.6.
Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 153 19½ Uhr **André Chenier**	**Städt. Oper** Bismarckstr. 20 Uhr **Bohème**
Staats-Oper Am Pl. d. Republ. A.-V. 24 19½ Uhr **Freischütz**	**Staatl. Schausp.** am Gendarmenmarkt A.-V. 137 20 Uhr **Florian Geyer**

Staatl. Schiller-Theater, Charlb.
20 Uhr
Gespenster

SCALA
8 Uhr B 5 Barbarossa 9256
O'Hanlon & Zambuni
und die weiteren Attraktionen
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
3½ und 8 Uhr. — 3½ ermäßigte Pr.

PLAZA
Am Küstriner Platz
Alex. 8066—69
Täglich 5, 8¼ Sonntag 2, 5 8¼
INTERNAT. VARIETÉ
Ab morgen vollst. neues Programm
Vorverkauf stets für die laufende Woche inkl. Sonntag

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132.
Täglich 8.15 Uhr:
Meiseken
Komödie in 4 Akten v. H. A. Kim
Gartenbühne:
8.15 Uhr
Ein Walzertraum
Ab Montag, den 17. Juni
„**Die geschiedene Frau**"

Winter Garten
8 Uhr • Zentr. 2818 • Rauchen erlaubt
Bob Fisher singt: „Sonny Boy"
Bon John Jazz-Girls,
Antonet & Beby und weitere Varieté-Neuheiten.
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
3½ und 8 Uhr. 3½ kleine Preise.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Unwiderruf. nur noch bis 16. Juni
„**Mütter von heute**"
Für unsere Leser:
Gutschein für 1—4 Personen
Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.65 M.,
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.

Renaissance — Theater
Hardenbergstr. 6.
Tel.: Steinpl. C 1, 0901 und 2563/64.
8¼ Uhr Täglich 8¼ Uhr
Die heilige Flamme
Regie: Gustav Hartung.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Berlin, wie es weint u. lacht

Thalia - Theater
8½ Uhr
Pfarrhauskomödie

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Gespenster

Theater am Schiffbauerdamm.
Norden 1141 u. 281
Täglich 8 Uhr
Der größte Erfolg der Saison
Dreigroschen-Oper

Theat. d. Westens
Täglich 8¼ Uhr
Sonntag 3½ u. 8¼
Franz Lehars Welterfolg!
Friederike
Telephon Steinplatz 0931 u. 7180

Theater am Nollendorfplatz
Täglich 8¼ Uhr
Die Männer der Manon
Operette in 3 Akten v. Walter W. Goetze

Lessing - Theater
Täglich 8¼ Uhr
Ich betrüg' Dich nur aus Liebe
Ein Stück mit Musik nach Verneuil.

Metropol-Th.
Festspiele 1929
Tägl. 8¼ Uhr
Blaubart
Operette von Offenbach
Käthe Dorsch Leo Slezak

Lustspielhaus
Tägl. 8¼ Uhr
Arm wie eine Kirchenmaus
Skidelsky, Flink Berisch u. a.
Rundfunkhörer halbe Preise.

Deutsches Theater
D. 1. Norden 12 310
8 U. Ende gegen 11
Die Fledermaus
Musik v. Joh. Strauß.
Regie:
Max Reinhardt.
Musik. Einstud. und Leitg. Erich Wolfg. Korngold.

Kammerspiele
D. 1. Norden 12 310
8½ U. Ende nach 10
Zum letzten Male:
Aufgang nur für Herrschaften
Kleine Komödie von Siegfried Geyer

Die Komödie
J 1 Bismck. 2414/7516
8¼, Ende geg. 10¼ U.
Der Mann, der seinen Namen änderte
3 Akte
von Edgar Wallace.
Regie: Heinz Hilpert

Barnowsky - Bühnen
Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8¼ Uhr
Rivalen
Komödienhaus
Täglich 8¼ Uhr
Charleys Tante
mit Curt Bois.

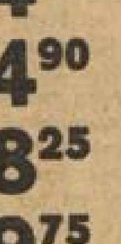
Dtsch. Künstler - Th.
Täglich 8¼ Uhr:
Polnische Wirtschaft

Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 90
A. 7. Dönhoff 170
8.15 U. Ende 10¼ U.
Reporter
(The Front Page)
Ein Stück in 3 Akten von Ben Hecht und Charles Mac Arthur
Regie: Heinz Hilpert

Trianon-Th.
Täglich 8¼ Uhr
Sonntag 3½ u. 8¼
Gastspiel der Tegernseer Bauernbühne
Die 3 Dorfheiligen
Ein toller Schwank
Preise: 2, 3, 4, 5 Mk. usw.
Rundfunkhörer halbe Preise.

Thalia-Theater
Dresdener Str. 72-73.
8½ Uhr
Pfarrhauskomödie

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr



Stettiner Sänger
u. a.: „*Eine Nacht im Ratsweinkeller*".
Sommerpreise! Billettbestellung, Zentrum 11 263
Dönhoff - Brettl:
(Saal und Garten)
Varieté — Tanz — Becker-Konzert

Sommer-Garten-Theater
Berliner Prater
N 58, Kast.-Allee 7-9. Tel. Hb. 2246
Gr. Ausstattungs-Revue-Operette
Wie einst im Mai
von Bernauer und Schanzer.
Musik von Walter Kollo.
Ausserdem: Gr. Sketsch und Varieté.
Anfang Konzert 4.30, Sketsch und Varieté 6 Uhr. Operette 8.30.

Rennen zu Grunewald
Sonnabend, d. 15. Juni
nachmittags 3½ Uhr

Billige Reise-Artikel

Verkauf soweit Vorrat

Stadtkoffer ca. 30 cm gross, aus farbigem Kunstleder, rund genäht, mit Stoffutter und Faltentasche im Deckel..................... 3.25
Japan-Reisetaschen mit Stulpdeckel, 8 Rindleder-Schutzecken, Vollrindleder-Tragriemen, ca. 50 cm 4.50
Coupékoffer echt schokoladefarbige Hartplatte, ca. 55 cm gross, mit 2 vermessingten Patentschlössern, Metallgriff und 8 echten Vulkanfiber-Ecken 4.90
Coupékoffer echt Vulkanfibre, mit lederbezogenem Patentgriff und Patentschlössern, ca. 60 cm gross... 8.25
Stadtkoffer echt Vollrindleder, ca. 35 cm gross, rund genäht, mit gutem Moirefutter und Deckeltaschen..................... 9.75
Reissverschlusstaschen aus farbigem Velourleder, elegantes Strassentäschchen 2.45
Trotteurtaschen aus echt ostindischem Saffianleder, ca. 24 cm gross, elegante flache Form, in vielen Modefarben.... 8.50

HERMANN **TIETZ**

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle Alliance-Str.
Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Andreasstr.